18. Jahrgang 1970 / 3. Heft / Juli

E 22019 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

PIERRE RENOUVIN

Die öffentliche Meinung in Frankreich 1914–1918

HENRIK LINDGREN

Adam von Trotts Reisen nach Schweden 1942–1944

L.-J. BONNY DUALA-M'BEDY

Die Problematik afrikanischer Staatenbildung

DOKUMENTATION

Papens „Preußenschlag" und die Länder

NOTIZEN/BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher, Dietrich Geyer und Hans Mommsen

Schriftleitung: Prof. Dr. Helmut Krausnick, Dr. Martin Broszat, Dr. Thilo Vogelsang
Redaktion: Hellmuth Auerbach
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 80, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Pierre Renouvin . . . . Die öffentliche Meinung in Frankreich während des Krieges 1914–1918 239

Henrik Lindgren . . . Adam von Trotts Reisen nach Schweden 1942–1944 274

L. J. Bonny Duala-M'bedy Die Problematik afrikanischer Staatenbildung 292

DOKUMENTATION

Papens „Preußenschlag" und die Länder *(Wolfgang Benz)* 320

NOTIZEN 339

BIBLIOGRAPHIE *125*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 29 98 61. Preis des Einzelheftes DM 9.– = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 30.– = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 24.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.–; für Studenten DM 38.– (zuzüglich Versandpesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlags gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
18. Jahrgang 1970 3. Heft/Juli

PIERRE RENOUVIN

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN FRANKREICH WÄHREND DES KRIEGES 1914 – 1918

Was hat das Verhalten der französischen Bevölkerung gegenüber den Belastungen des Ersten Weltkrieges bestimmt? Begeisterung, Resignation, Überdruß? Welche Ziele sah sie mit jenen Belastungen verknüpft? Wie hat sie die Führung der militärischen Operationen und die Zukunftsaussichten beurteilt? Das sind die wichtigsten Fragen, die eine Untersuchung der damaligen öffentlichen Meinung aufwirft. Der „Kriegspolitik" gebührt dabei offensichtlich der Vorrang. Die verschiedenartigen Strömungen, die sich geltend machten, ihr jeweiliger Umfang und die im Verlaufe des Krieges sich wandelnde Einstellung zu jenen Fragen stehen im Mittelpunkt des Interesses. Doch würden die diesbezüglichen Feststellungen nicht ausreichen. Sie müssen vielmehr vertieft werden durch eine Analyse der allgemeinen Denkweise. Man muß versuchen aufzuspüren, in welchem Maße die einzelnen Bevölkerungsgruppen dem Aufruf zur Einigkeit, zur „Union sacrée", den die Regierung bei Kriegsbeginn ergehen ließ, Folge geleistet haben, wann und unter welchen Umständen sie zu schwanken begannen; man muß ferner die Fortschritte und Wechselfälle pazifistischer Stimmungen zu erkennen suchen. Ohne Zweifel unterlag die Haltung der Bevölkerung dem Einfluß einer in unterschiedlichem Sinne auf Wirkung angelegten Propaganda; sie war jedoch auch von wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen abhängig: die Schwierigkeiten der Lebensmittel- und Kohlenversorgung, die ab 1916 auftraten; die Lebensmittelpreise, die 1916/17 spürbar schneller stiegen als die Gehälter und die meisten Löhne, haben auf die Einstellung der städtischen Bevölkerung zum Kriege unmittelbar eingewirkt, hingegen die von der Landbevölkerung erzielten Profite diese die Leiden des Krieges leichter ertragen lassen. Unsere Untersuchung darf sich also nicht nur auf das Studium der politischen Kreise beschränken; sie muß versuchen, die Meinung der Masse herauszufinden.

Die politischen Kreise? Auf jeden Fall muß man das Verhalten der Parteien prüfen, die den vielfältigen Meinungstendenzen ja Ausdrucksformen bieten und sie berufenermaßen im Parlament vertreten. Normalerweise erkennt man ihre Positionen am häufigsten an ihren Stellungnahmen zu dem, was die Regierung erklärt oder verschweigt. In Kriegszeiten jedoch ist die freie Meinungsäußerung auf der Parlamentstribüne faktisch beschränkt, einmal weil die Politiker nicht riskieren wollen, die „Union sacrée" zu erschüttern, zum andern weil sie fürchten,

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von ihren Gegnern einer „antipatriotischen" Haltung bezichtigt zu werden. Man muß auch die Rolle der anderen „pressure groups" feststellen, darunter derer, welche auf religiösem oder sozialem Gebiet oder im Bereich wirtschaftlicher Interessen agieren, aber auch derer, welche erst aus Anlaß des Kriegszustandes, mit oder ohne Hilfe des Staates, geschaffen wurden. Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren waren die wesentlichsten Medien einer Einflußnahme von seiten dieser Parteien und Gruppen.

Und die Masse? In welchem Grade unterliegt sie diesen Einflüssen? Natürlich sind die Reaktionen des städtischen Bürgertums, der Arbeiterschaft und der Landbevölkerung sehr unterschiedlich. Im Bürgertum finden die „pressure groups" am leichtesten geneigte Ohren; trotzdem haben sie hier selbst bei Gleichgesinnten große Mühe, diese dahin zu bringen, sich einer Organisation anzuschließen und einer Leitung unterzuordnen. Überdies ist die Haltung der verschiedenen Gruppen der bürgerlichen Gesellschaft — geistige Berufe, Großkaufleute, Kleingewerbetreibende, Künstler — recht unterschiedlich. Viel leichter lassen sich die Reaktionen der Arbeiterschaft feststellen, da diese seit langem von der Propaganda der Gewerkschaften durchdrungen ist und sich gewöhnt hat, Parolen zu empfangen und weiterzugeben. Die Landbevölkerung endlich bleibt dem politischen Beobachter oft verschlossen, denn sie ist weit verstreut, schwer zu erreichen, in vielen Gegenden bleiben ihre politischen Regungen auch recht elementar.

Läßt sich nun anhand der Dokumente, die der historischen Forschung in Frankreich zur Verfügung stehen, eine Antwort auf all diese Probleme geben?

Außer den verstreuten Auskünften, die er bei der Lektüre der (sehr wenigen) Zeugnisse von Politikern und Journalisten findet, wird der Historiker wohl zuerst die Presse heranziehen. Gewiß, diese Presse war keineswegs frei. Die Beschränkungen, denen sie unterlag, sind aber ziemlich genau festzustellen, denn die Weisungen, die den Pariser Zeitungen von der Zensurbehörde gegeben wurden, sind bis in die Einzelheiten hinein erhalten geblieben, zumindest seit Anfang 1916. Die „Zensoren" erhielten diese Weisungen manchmal schriftlich, meistens telefonisch, machten aber sofort eine Notiz darüber. Die Archive enthalten daher Verzeichnisse[1], in denen Tag für Tag und Stunde für Stunde sowohl die Informationen verzeichnet sind, die die Zeitungen nicht veröffentlichen durften, als auch diejenigen, die sie bringen konnten[2].

Außerdem haben die Archive der Presse-Abteilung des Generalstabs Korrekturabzüge der Zeitungsartikel aufbewahrt, deren Erscheinen die Zensur ganz oder teilweise verboten hat. In diesen Artikeln sind also Meinungen zu erkennen, die keine weitere Verbreitung finden sollten, aber höchstwahrscheinlich auf mündlichem Wege doch weitergefunden haben. Darüber hinaus enthalten jene Archive Aktendossiers, die von den für die Überwachung der Presse zuständigen Dienststellen über

[1] Sie sind in der „Bibliothèque de documentation internationale contemporaine" in Paris aufbewahrt.

[2] Die Archive der Zensurkommissionen in der Provinz sind teilweise erhalten geblieben. Diejenigen von Toulouse sind besonders interessant.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bestimmte Zeitungen angelegt wurden, die sich Strafen oder Verweise zugezogen hatten. Diese Dossiers erleichtern die Aufgabe des Historikers auch dadurch, daß sie seine Aufmerksamkeit auf einige kleine Provinzzeitungen lenken, die sich ohne solche Hinweise in der Masse „verloren" hätten, — in einer Masse, deren Umfang und erdrückende Banalität den Forscher entmutigt.

Der größte Teil der Kommentare in der Presse geht auf den Einfluß der Parteien und der „pressure groups" zurück. In der Tat wäre die Tätigkeit mancher solcher Gruppen kaum bekannt ohne ihre öffentlichen Verlautbarungen. Es wäre nun sehr wichtig, die Geisteshaltung der führenden Leute dieser Parteien und Gruppen näher kennenzulernen und darüber hinaus ihre Verhaltensweise, ihre Absichten und Ziele festzustellen. Doch die Archive der französischen politischen Parteien sind dürftig; sie enthalten meist nur die Rechenschaftsberichte der Parteikongresse. Korrespondenzen, Aufzeichnungen von den Beratungen der leitenden Gremien wurden nicht systematisch aufbewahrt und sind zerstreut in privaten Archiven, die zum größten Teil der Findigkeit der Forscher bis jetzt entgingen. Die Archive der großen Verbände täuschen oft mehr vor, als sie wirklich enthalten — so die der Gewerkschaften und der religiösen Organisationen. Die Initiatoren der Vereinigungen, die während des Krieges und für den Krieg gegründet wurden, haben höchst selten ihre Akten an ein öffentliches Archiv abgegeben; da ist der Historiker auf die immer schwierige und von Zufällen abhängige Suche nach privaten Papieren angewiesen.

In den meisten Fällen kann die Aktivität der Parteien und Verbände wohl aus ihren Deklarationen und Stellungnahmen erschlossen werden. So bilden die Protokolle der Parlamentsdebatten selbstverständlich eine wichtige Quelle — unter der Bedingung freilich, daß man über die öffentlichen Sitzungen hinausgelangt, in denen die Redner angesichts des Kriegszustandes schwerlich ihre letzten Gedanken aussprachen. Den Protokollen der Geheimsitzungen der Deputiertenkammer[3] und des Senats und der großen Parlamentskommissionen (für die Armee und für die Auswärtigen Angelegenheiten) gebührt hier jedenfalls mehr Aufmerksamkeit. Auch die Protokolle der Départementsverwaltungsräte sollte man nicht vernachlässigen: die Conseils généraux[4] hielten zweimal im Jahr Sitzungen ab, und obwohl sie in ihren Kompetenzen auf Verwaltungsangelegenheiten beschränkt waren, können ihre Beratungen doch recht nützliche Hinweise über die Stimmung geben, vor allem über das Ausmaß ihrer Beeinflussung durch wirtschaftliche und soziale Probleme.

Für die Meinung der Masse des Volkes schließlich sind die Berichte der Verwaltungsbehörden die Hauptquelle. Das Oberkommando der Armee war begreiflicherweise vor allem daran interessiert, über die Stimmung der kämpfenden Truppe

[3] Die Deputiertenkammer hat acht Geheimsitzungen abgehalten, die erste im Juni 1916, die letzte im Oktober 1917.

[4] Die aus direkt gewählten Abgeordneten zusammengesetzten Conseils généraux der Départements üben die Kontrolle über die Verwaltung der Départements aus, haben ein Vorschlagsrecht für die von der Verwaltung auszuführenden Arbeiten regionalen Charakters und verteilen die öffentlichen Lasten innerhalb des Départements.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unterrichtet zu werden, und erhielt regelmäßige Berichte hierüber. In bezug auf die Zivilbevölkerung ist die Quellenlage sehr viel ungleichmäßiger. In den Jahren 1914, 1915 und 1916 begnügte sich die Regierung mit Berichten, die die Polizeidienststellen (der Allgemeine Nachrichtendienst) und von Zeit zu Zeit die Präfekten an das Innenministerium richteten. Erst vom Frühjahr 1917 ab wurde der Stand der öffentlichen Meinung in größerem Umfang ständig und systematisch untersucht: durch monatliche Berichte, die die kommandierenden Generale der einzelnen Militärregionen in Zusammenarbeit mit den Präfekten ausarbeiteten; Erhebungen, die zu bestimmten Terminen bei den Präfekten selbst erfolgten; Beobachtungen der Polizeidienststellen; Berichte der Oberstaatsanwälte sowie monatlich, ja manchmal vierzehntägig erstattete Berichte der Kommissionen der Postkontrolle, die sowohl die Korrespondenz von Zivilisten wie von Soldaten überprüften. Schon der Umfang dieser Erhebungen beweist die Besorgnis der Regierung. Gewiß sind diese Quellen mitunter recht mittelmäßig und fragwürdig. Die Qualität der Berichte der Präfekte hängt von ihrer Beobachtungsgabe und geistigen Unabhängigkeit ab; manche von ihnen scheinen tatsächlich die simpelsten und unwesentlichsten Feststellungen für die klügsten gehalten zu haben. Die individuellen Meinungen, die in den Berichten der Postkontrolle angeführt werden, stammen immerhin von Personen, die auch das Risiko einer Verzögerung ihrer Korrespondenz nicht hinderte, ihre Überzeugung kundzutun. Die Berichte der Polizeidienststellen leiden unter der berufsspezifisch engen Sicht ihrer Verfasser. In diesem Bereich muß der Historiker also die Prinzipien der Textkritik besonders sorgfältig beachten. Trotzdem wird er ein überaus reiches Maß an Erkenntnissen daraus gewinnen können. Auch wird er sie bei einigem Finderglück durch direkte Zeugnisse, Tagebuchaufzeichnungen und Privatkorrespondenzen, noch ergänzen können.

Die Geschichte der öffentlichen Meinung in Frankreich während des Krieges ist also ein ausgedehntes, fast noch unerforschtes Gebiet[5]. Es verlangt den Einsatz einer ganzen Gruppe von Forschern. Beim gegenwärtigen Stand der Arbeiten kann hier nur ein allgemeiner Überblick gegeben, können lediglich die wesentlichen Etappen der Entwicklung und ihre spezifischen Merkmale aufgezeigt, einige bereits gewonnene Ergebnisse festgehalten und weitere Forschungen angeregt werden.

I

Seit dem 26. Juli 1914 begann ein großer Teil der französischen Öffentlichkeit, zumindest in den Städten, mit der Möglichkeit eines europäischen Krieges zu rechnen. In Paris machten sich am 27. Juli zwei einander entgegengesetzte Ten-

[5] Herr J. J. Becker bereitet eine Dissertation über die französische öffentliche Meinung im Jahre 1914 vor. Herr Kupferman untersucht die pazifistischen Strömungen zwischen 1914 und 1918. Ich selbst arbeite an einer Darstellung der öffentlichen Meinung im Jahre 1917. Es existieren außerdem schon einige Einzelstudien auf Départementsebene, die nur als maschinenschriftliche Manuskripte vorliegen.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denzen auf der Straße bemerkbar: der aus Rußland zurückkehrende Präsident der Republik wurde auf der ganzen Strecke zwischen Nordbahnhof und Elysée-Palast von einem zweireihigen Spalier von Zuschauern mit Begeisterungsrufen begrüßt: „Vive Poincaré! Vive l'alliance russe! Vive la France!" In den Abendstunden jedoch folgten auf den großen Boulevards und im Stadtteil Belleville 30000 Demonstranten dem Ruf der Gewerkschaften des Seine-Départements und der Zeitung „La Bataille syndicaliste", die ein Manifest des Generalsekretärs der Confédération générale du travail (CGT) veröffentlicht hatte: „A bas la guerre!"[6] In diesem Augenblick schienen die Gewerkschaftler also entschlossen, die „Strategie" anzuwenden, die die Sozialistenkongresse von 1907 und 1912 vorgesehen hatten. Aber schon am 29. Juli zeichnete sich ein Umschwung ab: als „La Bataille syndicaliste" eine Versammlung ankündigte, auf der Maßnahmen „zur Verhinderung der Mobilmachung" besprochen werden sollten, verbot die Regierung diese Veranstaltung; und siehe da, die Arbeiterorganisationen beugten sich alsbald dieser Anordnung. Am Abend des 31. Juli verwarf das gemeinsame Komitee der Gewerkschaften einstimmig den Gedanken, einen Mobilmachungsbefehl mit dem Aufruf zum Generalstreik zu beantworten[7]. Nur die Anarchisten bekundeten noch Oppositionsgelüste; sie versuchten ein Flugblatt zu verbreiten, das unter der Überschrift „Appell an den gesunden Menschenverstand" Bürgerkrieg und Revolution predigte. Der militante Flügel der Arbeiterschaft war sich offensichtlich seiner Machtlosigkeit bewußt. Andererseits aber wiederholte sich in den folgenden Tagen auch nicht die „nationalistische" Manifestation vom 27. Es wurde also in Paris auf die Regierung keinerlei direkter Druck ausgeübt, als sie die schwerwiegende Entscheidung traf: die allgemeine Mobilmachung zu befehlen.

In der Provinz war die Stimmung auch nicht überschwenglicher. Der Präfekt des Département du Nord meldete, es habe sich am 29. Juli abends in Valenciennes ein Demonstrationszug von Metallarbeitern und Bergarbeitern — etwa 600–700 Teilnehmern — gebildet, mit einer roten Fahne in der Mitte — wohingegen zur gleichen Stunde in einem anderen Teil der Stadt 1000–1200 Personen begeistert applaudierten, als die Stadtkapelle die Marseillaise spielte. In dieser Stadt von 35000 Einwohnern zeigte die Bevölkerung also wenig Aktivität. Der Präfekt des Pas-de-Calais seinerseits stellte am 1. August fest, daß keinerlei Kundgebungen „für oder gegen den Krieg" erfolgt seien. In Bordeaux, berichtete der Präfekt, sei die Bevölkerung kaltblütig, auf die Mobilmachung gefaßt und „scheine" sie zu wünschen. In Bayonne verteilten am 30. Juli einige militante Gewerkschaftler Flugblätter: „Erhebt Euch und verkündet Euren Friedenswillen!" Sie kündigten eine Versammlung „gegen den Krieg" an, die am gleichen Abend stattfinden sollte. Aber diese Radikalen wurden auf der Straße von der Mehrheit der Bevölkerung ausgepfiffen, die „ihren patriotischen Gefühlen" Ausdruck gab. Die Versammlung wurde abgesagt. Am Abend sangen zweihundert junge Leute die Marseillaise, während nur eine

[6] 35 verhaftete Demonstranten wurden schon am nächsten Tage dem Strafrichter vorgeführt und zu Gefängnisstrafen verurteilt, die schwerste Strafe betrug zwei Monate.

[7] Vgl. A. Kriegel, Histoire du mouvement ouvrier français 1914-1920, Paris 1964, Kapitel 2.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kleine Gruppe die Internationale anstimmte. Eine Versammlung in der Bourse du Travail[8] in Limoges äußerte den Wunsch, es möge ein Aufruf an alle sozialistischen Parteien gerichtet werden, einen europäischen Krieg zu verhindern. Die Presse meldete außerdem „kurze pazifistische Kundgebungen" in Lyon, Dijon, Amiens und Reims. Nirgends melden die Präfekturberichte Zusammenstöße zwischen Demonstranten gegensätzlicher Ansichten. Außerdem zeigen sie, daß überall eine große Mehrheit sich mit der Möglichkeit eines Krieges abfand. Doch nur für Nizza und Toulon — eine Gegend, wo die Bevölkerung immer überschwenglicher reagierte — sprechen die Beobachter von „Begeisterung".

Der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung erging am Abend des 1. August. Er wurde überall ruhig und mit kühlem Blut aufgenommen. Proteste waren sehr selten. Als am 2. August in Paris vor dem Gewerkschaftshaus ein militanter Funktionär „A bas la guerre! Vive la paix!" schrie, wurde er von der Menge geprügelt und zum Polizeikommissariat gebracht, aber sogleich wieder freigelassen. Die Polizeiberichte melden noch zwei ähnliche Fälle. Ganz offensichtlich desavouierte die allgemeine Stimmung solche Einzelgänger. Den Polizeiberichten zufolge war die Stimmung „ausgezeichnet".

Indes, dieser patriotische Elan trug nicht den Charakter einer Massenbewegung. In Paris marschierten am 2. August drei Kolonnen von Demonstranten über die großen Boulevards von der Oper zum Platz der Republik und sangen: „Wir brauchen das Elsaß!" Nach den Polizeiberichten waren es insgesamt kaum 10000 Personen. Jene Bekundungen „stürmischer Begeisterung", die am 4. und 5. August stattfanden, blieben auf die Gegend um den Ostbahnhof beschränkt, wo sich die mobilisierten Truppen versammelten.

In der Provinz wurden ähnliche Feststellungen gemacht. Die Berichte der Präfekten schrieben von Ruhe, Gelassenheit und Würde. „Mißtöne", die von da und dort gemeldet wurden (am 4. August aus St. Etienne, am 6. aus Brest) waren einigen Anarchisten zuzuschreiben, nicht den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Freilich schildern diese Berichte nur die Verhältnisse in den Städten. Auf dem Lande herrschte, nach den Feststellungen mancher Volksschullehrer, Bestürzung, zumindest während der ersten Tage aber allgemeine Resignation.

Das Wesentliche an dieser Entwicklung der öffentlichen Meinung war also der Anschluß der militanten Sozialisten und Gewerkschaftler an die „Union sacrée". Am 1. August bejahten Edouard Vaillant[9] und Jean Longuet[10] die Pflicht, „das

[8] Die „Bourses du Travail" waren von den Gewerkschaften eingerichtete Arbeitsvermittlungsstellen, die gleichzeitig als Versammlungsorte und Schulungszentren dienten; vgl. dazu Rudolf v. Albertini in Handbuch der Europäischen Geschichte, hrsg. von Th. Schieder, Band 6, Stuttgart 1968, S. 253 f., und das „klassische" Werk von F. Pelloutier, Histoire des Bourses du Travail, Paris 1902.

[9] Edouard Vaillant, ehem. Kommunekämpfer und Führer einer linken sozialistischen Parteigruppe (der früheren Partei socialiste révolutionnaire), schrieb seit Beginn des Krieges sehr national getönte Leitartikel in der „Humanité".

[10] Jean Longuet, Advokat, 1914–1919 sozialistischer Parlamentsabgeordneter, gehörte zum linken Flügel der Partei.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vaterland" zu verteidigen. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Dubreuilh, erklärte, man müsse „die Unabhängigkeit und Unversehrtheit des demokratischen und friedliebenden Frankreich schützen", soweit es „einen Verteidigungskrieg" „... ohne Revanchegedanken und mit dem festen Vorsatz" führe, „das Vaterland anderer zu respektieren". Am selben Abend erließ die CGT den Aufruf: „Die Ereignisse haben uns überrollt. Das Proletariat war nicht geschlossen genug, um zu erfassen, welcher fortwährenden Anstrengungen es bedurfte, um die Menschheit vor den Schrecken des Krieges zu bewahren." Man müsse sich „den Tatsachen beugen". Bei einer Versammlung der Fédération de la Seine der Sozialistischen Partei am 2. August betonten alle Redner — Longuet, Cachin[11], Sembat[12] —, daß die Sozialisten „angesichts der Aggression des kaiserlichen Deutschland ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland" erfüllen müßten. Am 4. August, bei der Trauerfeier für Jean Jaurès, bekräftigte Léon Jouhaux, der Generalsekretär der CGT in einer zündenden Stegreifrede diese Einigkeit mit einer Entschiedenheit, die ihm den Beifall des Nationalisten Maurice Barrès eintrug. Am gleichen Tage bewilligte die sozialistische Gruppe im Parlament einstimmig die Kriegskredite.

Erklärt sich dieser völlige Gesinnungswandel der Sozialisten und Gewerkschaftler allein daraus, daß sie von den Fühlungnahmen mit den deutschen Sozialisten und Gewerkschaftlern Ende Juli enttäuscht und damit für die versöhnlichen Gesten von seiten der Regierung empfänglicher geworden waren?[13] Gewiß nicht. Der entscheidende Grund war der plötzliche Durchbruch einer nationalen Gefühlswelle in der Arbeiterschaft selbst. „Hätten wir versucht, dem zu widerstehen", erklärten Gewerkschaftsfunktionäre später, „so wären wir von dem Sturzbach des Chauvinismus, der über das Land brauste, hinweggeschwemmt worden"[14]. Die Arbeiter waren bereit, an einem „Kreuzzug gegen den preußischen Militarismus" teilzunehmen. Sie wurden von einer Begeisterung mitgerissen, die um so stärker war, als nur wenige sich von einer Schlacht einen Begriff machen konnten, und alle an einen kurzen Krieg glaubten. Auf dem Lande legte sich die anfängliche Bestürzung sehr schnell: das nationale Pflichtgefühl siegte.

Am 20. August begannen die großen militärischen Operationen. Vier Wochen hindurch wurde die Zivilbevölkerung von den Ereignissen in Atem gehalten: den Niederlagen vom 22. August, dem schnellen und schwierigen Rückzug, der Marne-Schlacht (5.–9. September) und der schwungvollen französischen Gegenoffensive, die am 17. September an der Aisne steckenblieb. Im Laufe dieses rapiden Wandels, der innerhalb weniger Tage die strategischen Voraussetzungen in ihr Gegenteil verkehrte, schlug die öffentliche Meinung, soweit sie sich der Presse entnehmen läßt,

[11] Marcel Cachin, Mitglied der sozialistischen Partei, war 1914 Stadtrat von Paris und Parlamentsabgeordneter.

[12] Marcel Sembat, Mitglied der sozialistischen Parlamentsfraktion, wurde Ende August 1914 als Minister für öffentliche Arbeiten in die Regierung aufgenommen.

[13] Am Abend des 31. Juli hatte die Regierung beschlossen, die von der Polizei für den Fall der Mobilmachung geplanten Maßnahmen, die die Verhaftung militanter Gewerkschaftsführer vorsahen („Carnet B"), nicht anzuwenden.

[14] Vgl. dazu A. Kriegel a. a. O., Kap. 2.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Angst in Begeisterung um — ohne daß sie Zeit genug gehabt hätte, die volle Tragweite der Ereignisse zu erfassen.

Im ganzen gesehen wurde in diesen ersten Wochen des Krieges dem Appell zur „Union sacrée", den die Regierung am 4. August erlassen hatte, widerspruchslos Folge geleistet. Am 26. August, unmittelbar nach den ersten französischen Niederlagen, traten zwei Sozialisten, Marcel Sembat und Jules Guesde[15], in die Regierung ein. Weder eine Opposition im Parlament (dieses hatte sich nach Bordeaux „zurückgezogen", tagte aber nicht), noch eine solche in der Presse! Keinerlei Forderung nach Friedensverhandlungen, doch aber auch keine Äußerung von Unzufriedenheit oder Zweifel in den Arbeiterorganisationen, deren jüngste Funktionäre sämtlich eingezogen waren! Leiter und Führungsgruppen der Gewerkschaftsbewegung blieben der Erklärung treu, die der Generalsekretär der CGT bei der Mobilmachung abgegeben hatte. Wohl stellten einige Beobachter im August, namentlich bei den Arbeitern des Département Gard, eine gewisse „Zurückhaltung" fest, im Oktober auch hie und da Zeichen von Erschlaffung; doch das blieben unartikulierte Stimmungsäußerungen. Fälle von „Ungehorsam" oder „aufrührerischem Gerede", die zu gerichtlichen Verfolgungen führten, gab es zwar ziemlich viele, aber es handelte sich um Einzelfälle: die Militärgerichte entdeckten keine Spur organisierter Aktionen. Selbst als in den letzten Augusttagen die Nachrichten von der Front die Moral der Zivilbevölkerung vorübergehend stark absinken ließen[16], wuchs sich diese Entmutigung nirgends zu einer „politischen Stellungnahme" aus.

Trotzdem beginnen sich innerhalb dieser scheinbaren Einmütigkeit kleine Bruchstellen zu zeigen.

Der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, Merrheim, sammelte mit Hilfe eines weiteren Gewerkschaftlers, Monatte, sowie eines Intellektuellen, Rosmer, einige Aktivisten um sich, die der patriotischen Strömung entgegentreten wollten. Diese kleine Pariser Gruppe publizierte eine Zeitschrift, „La Vie ouvrière", die 2000 Abonnenten hatte, und trat mit einem emigrierten russischen Sozialisten, Martov, in Verbindung, der ab September 1914 die Zeitschrift „Nache Slovo" herausgab. Die Gruppe fand vor allem bei den gewerkschaftlich organisierten Volksschullehrern Anhang. Seit Anfang September warf Merrheim Jouhaux vor, auf eine Zusammenarbeit mit der Regierung hinzusteuern. Im November forderte die sozialistische Ortsgruppe von Oyonnax (Dépt. Ain) von den Führern der Partei, mit anderen Sektionen der Internationale Verbindung aufzunehmen: man erhoffte eine „kraftvolle Intervention der sozialistischen Parteien", „die den Krieg abkürzen könnte". Im Dezember verteilte ein Redakteur der „Humanité", Laffitte, unter den Pariser Sozialisten ein Rundschreiben, in dem er erklärte, falls die Deutschen bereit wären, das besetzte französische Gebiet zu räumen, müsse man „sofort mit ihnen Frieden schließen" — ohne Rücksicht also auf Belgien und Elsaß-Lothringen. Doch dieses

---

[15] Jules Guesde, Journalist und sozialistischer Abgeordneter marxistischer Prägung, 1914 bis 1916 Minister ohne Geschäftsbereich.

[16] Vor allem in den Départements, die durch die deutsche Offensive bedroht waren.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zirkular wurde von der Sozialistischen Vereinigung des Département Seine sofort mißbilligt.

Der Anarchist Sébastien Faure wiederum erließ einen Aufruf, der für einen auf die „Solidarität der Arbeiterklasse" und das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegründeten Frieden eintrat; aber auch diesmal forderte die Fédération socialiste de la Seine ihre Mitglieder auf, diesem „Faktum" keine Beachtung zu schenken. Selbst unter den Anarchisten wurde dieser Aufruf von einer Minderheit abgelehnt, die sich seit Oktober unter der Führung von Jean Grave der „Union sacrée" angeschlossen hatte. Die Journalistin Louise Saumoneau schließlich, eine zum Anarchismus tendierende Sozialistin, die 15 Jahre vorher die erste „Gruppe sozialistischer Frauen" gegründet hatte, organisierte ein „Comité d'action féminine socialiste pour la paix". Als am 20. November 1914 Trotzki in Paris eintraf, vermerkte er die Existenz „einiger hier und da in der Partei und den Gewerkschaften verstreuter oppositioneller Elemente", stellte allerdings auch fest, daß sie „fast kein Lebenszeichen" von sich gäben.

II

Mit Beginn des Jahres 1915 veränderten sich die psychologischen Voraussetzungen: zum einen war die Illusion von einem kurzen Krieg verschwunden; zum anderen zwangen die Erfordernisse der Kriegsproduktion dazu, die eingezogenen Metallarbeiter und Bergleute wieder freizustellen. Die U.K.-Gestellten füllten die Gewerkschaften wieder auf. Doch die Entwicklung der öffentlichen Meinung wurde vor allem durch die Nachrichten von der Front bestimmt. Bis Juli 1916 behielten tatsächlich die Mittelmächte die militärische Initiative, zuerst in Rußland, dann in Serbien, schließlich bei Verdun. Der militärische Einsatz Frankreichs, wirksam in der großen Abwehrschlacht von Februar bis Juni 1916, blieb in der Offensive erfolglos: er konnte weder die russische Front entlasten, noch die Durchfahrt durch die Dardanellen erzwingen, noch Serbien retten. Während dieser ganzen achtzehn Monate 1915/16 ließ sich nie so recht absehen, mit welchen militärischen Mitteln der Gegner zu besiegen war. Lediglich mit wirtschaftlichen Waffen — mit der Blokkade — hofften die Ententemächte schließlich mit der deutschen Macht fertig zu werden. Die Regierung war sich der schwierigen Lage völlig bewußt und hütete sich daher, so etwas wie Friedensverhandlungen ins Auge zu fassen; denn dann lief sie Gefahr, „eine Bewegung in der öffentlichen Meinung" auszulösen, „die peinlich werden könnte". Außenminister Delcassé schrieb in einem Privatbrief vom 6. April 1915 an Paul Cambon, Botschafter in London: „Machen Sie keine Pläne für die Zeit nach dem Krieg. Vor allem sprechen Sie nicht davon."

In diesem allgemeinen Rahmen machten sich zwei Richtungen in der öffentlichen Meinung Frankreichs bemerkbar und begannen, die „Union sacrée" zu erschüttern. Ihre Ziele und ihr Charakter waren jedoch grundverschieden.

Die eine dieser Richtungen kritisierte das Verhalten der Regierung, weil es ihr als zu ängstlich erschien. Sie bedauerte, daß die „Kriegsziele" nicht offen ausgesprochen und daß die Kriegsanstrengungen nicht kraftvoller betrieben wurden.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Mai 1915 erfolgte ein Vorstoß, um die öffentliche Meinung zu einer kritischeren Haltung gegenüber der Kriegspolitik der Regierung zu bewegen. Maurice Barrès, ein Doktrinär des Nationalismus, der in der Deputiertenkammer zur Gruppe der Rechten gehörte, hatte in politischen Kreisen zwar nur begrenzten Einfluß, genoß aber durch sein literarisches Werk unter den Intellektuellen hohes Ansehen. Er nahm sich intensiv der Frage der Kriegsziele an: Selbstverständlich mußte Frankreich die Rückgabe Elsaß-Lothringens erreichen. Damit aber dürfte es sich nach dem Siege — der vielleicht noch in weiter Ferne liege, aber sicher sei — nicht zufrieden geben: es müsse vielmehr die deutschen Gebiete links des Rheins zurückverlangen, die zwar seit 1815 unter preußischer Herrschaft standen, jedoch — Barrès zufolge — Sympathien für Frankreich bewahrt hatten. Diese Forderung wurde mit Argumenten vertreten, die wohl die Beachtung der Intellektuellen zu finden wußten, jedoch in keiner Weise das Interesse der Massen dafür zu wecken verstanden. Gleichwohl organisierte das „Comité Michelet" (schon Ende 1914 gegründet), mit der Verbreitung von Flugblättern und Postkarten eine Propagandaaktion, die ein breites Publikum erfassen sollte.

Ohne daß eine direkte Verbindung mit dieser Initiative bestand, erklärte der Generalsekretär der Vereinigung der Hüttenbesitzer (Comité des Forges), Maurice Pernot, zur gleichen Zeit, Frankreich müsse die Annexion des Saarreviers durchsetzen. Er begründete dies ausschließlich mit wirtschaftlichen Argumenten: der Notwendigkeit eines Ausgleichs für die Schäden, welche die Kohlenbecken der Départements Nord und Pas de Calais durch die deutsche Invasion erlitten hätten, sowie einer Zufuhr neuer Kohlereserven an die französischen Eisenhütten zur Aufbereitung des lothringischen Erzes. Die Forderung wurde zum damaligen Zeitpunkt nur in technischen Fachzeitschriften erhoben, sie wandte sich an industrielle Kreise und fand auch Unterstützung bei den Parlamentariern; man versuchte nicht, die Masse der Bevölkerung dafür zu gewinnen.

Indes, diese beiden Initiativen entsprachen in keiner Weise den Erwägungen und Absichten der Regierung. Ministerpräsident Viviani und sein Kabinett wollten daher möglichst vermeiden, daß die Ansichten von Maurice Barrès oder Pernot in der Bevölkerung Widerhall fanden und womöglich Hoffnungen erweckten, die zu Enttäuschungen führen mußten. So erhielt im April 1915 die Presse strenge Weisung, nicht über die Bedingungen des künftigen Friedens zu sprechen. Dabei ließ die Zensur einige Artikel passieren, wenn sie von einem „siegreichen Frieden" schrieben, der „auf der Gerechtigkeit und dem Triumph des Rechts" basiere — ohne daß bestimmte Ziele aufgezeigt wurden. Als Briand Viviani ablöste, verschärfte er diese Bestimmungen noch: am 14. Dezember 1915 wurde die Zensurbehörde angewiesen, jeden Artikel zu unterdrücken, der sich positiv oder negativ mit dem Frieden beschäftige, und keine Ausnahme zuzulassen. Am 23. Dezember 1915 erklärte der Ministerpräsident in einer Geheimsitzung des außenpolitischen Ausschusses der Deputiertenkammer, daß er versucht sei, das Wort „Friede" als „strafbar" zu betrachten, denn dieses Wort könnte in der öffentlichen Meinung „Verwüstungen anrichten".

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Andererseits äußerten die Parlamentsausschüsse den Wunsch, in bestimmten Fällen über das Oberkommando ein Kontrollrecht auszuüben. Dem Kriegsminister Millerand warfen sie 1915 vor, er räume in Rüstungs- und Wirtschaftsangelegenheiten dem Großen Hauptquartier Initiativen ein, die diesem nicht zuständen. Als im Frühjahr 1916 die deutsche Offensive bei Verdun ihre ersten Erfolge erzielte, scheuten sie nicht mehr davor zurück, die Führung der militärischen Operationen in Zweifel zu ziehen: Warum habe sich das französische Kommando überraschen lassen? Warum waren in diesem Frontabschnitt die Abwehrstellungen nicht besser ausgebaut worden? Diese Kritik richtete sich zwar gegen den General Herr, den für die Befestigungen von Verdun verantwortlichen Kommandanten, und nicht gegen den Oberbefehlshaber; doch wurde sie in den Verhandlungen des Geheimen Ausschusses vom 16. bis 22. Juni 1916 erhoben. In der Öffentlichkeit konnte sie allerdings keine große Resonanz finden, da die der Zensur unterworfene Presse über diese geheimen Debatten ja nicht berichten durfte, sondern sich auf diskrete Andeutungen beschränken mußte. Eine Untersuchung der öffentlichen Meinung muß sich daher auf eine Analyse der Reaktionen unter den Politikern beschränken.

Weder diese Kritiker noch die oben erwähnten ungeduldigen Stimmen ließen jemals Zweifel aufkommen, daß sie den Krieg bis zum siegreichen Ende führen würden; eine andere Richtung hingegen zog die Notwendigkeit einer Weiterführung des Krieges in Frage, eine „pazifistische" Richtung also. Aber unter dieser Bezeichnung werden sehr unterschiedliche Mentalitäten und politische Haltungen künstlich unter einen Hut gebracht.

Die erste predigte die Erhebung der Völker, um dem Krieg ein Ende zu machen: ihr Pazifismus verknüpfte sich also direkt mit der Hoffnung auf Revolution. Doch diese Revolutionäre unterschieden sich gründlich voneinander. Die von Lenin beeinflußte „Zimmerwalder" Richtung wollte zwischen den Völkern Frieden herstellen, um den Weg zum Bürgerkrieg freizumachen, der eine neue Herrschaft und eine neue soziale Ordnung schaffen sollte[17]. Die zweite war die anarchistische Richtung. Sie vermied jede doktrinäre Festlegung. Wie die Zimmerwalder proklamierte sie eine totale Opposition gegen den Krieg, verabscheute jedoch autoritäre Lösungen, wie die Bolschewisten sie predigten, und hatte auch kein Mittel parat, dem Kriege unmittelbar ein Ende zu bereiten. Das neue Manifest, das Sébastien Faure im Juni 1916 verbreitete, beschränkte sich auf den Vorschlag, die Arbeiterschaft solle den Kriegführenden eine „eintägige Waffenruhe" aufzwingen.

Die dritte, zwar pazifistische aber nicht revolutionäre Richtung vertraute, trotz des Versagens der Zweiten Internationale im August 1914, weiterhin dem Sozialismus. Der Zusammentritt eines internationalen Sozialistenkongresses würde einem Verhandlungsfrieden den Weg ebnen, falls alle Kriegführenden sich verpflichteten, die „Rechte der Völker" zu respektieren, und darauf verzichten würden, Gebiete zu

[17] Über die Zimmerwalder Konferenz ist viel geschrieben worden, als beste Darstellungen gelten derzeit: Olga Hess Gankin und H. H. Fisher, The Bolsheviks and the World War, The Origin of the Third International, Stanford 1960, und Yves Collart, Le parti socialiste suisse et l'Internationale 1914–1915, De l'Union nationale à Zimmerwald, Genf 1969.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

annektieren. Dieses Programm vertrat das — im Januar 1916 von Merrheim gegründete — „Comité pour la reprise des relations internationales".

Tatsächlich fand die Zimmerwalder Richtung — die von der sozialistischen Parteiführung öffentlich mißbilligt worden war (durch einen Beschluß, den die „Humanité" am 9. November 1915 publiziert hatte) — in Frankreich nur ein sehr schwaches, ja fast bedeutungsloses Echo, wie selbst ihre Anhänger zugeben mußten. Die anarchistische Richtung, die die Polizei sehr beunruhigte, hatte sicherlich viel mehr Anhänger. Sie hatte in gut zwanzig Städten ihre Vorkämpfer und verbreitete auf dem Postwege eine Zeitschrift „Temps Nouveaux", aber auch Flugblätter und Broschüren, die nicht der Zensur unterworfen waren. Doch da sie jeder organisatorischen Zusammenfassung abhold war, blieb sie in ihrer Wirkungsmöglichkeit beschränkt. Beide Richtungen bauten in ihrer Propaganda vor allem auf die heimliche Verbreitung von Flugblättern. Das „Comité pour la reprise des relations internationales" hatte eine etwas größere Resonanz[18]. Die kleine Gruppe des „Vie ouvrière", Initiator des Widerstandes gegen die „Union sacrée", nahm seit Anfang 1915 mit zwei gleichgesinnten Gruppen Verbindung auf, die sich in der Provinz, nämlich im Département Ain (in dem schon genannten Oyonnax) und im Département Haute-Vienne gebildet hatten. Sie war über die Aktivität der Mitglieder der englischen Labour-Partei informiert, die den Eintritt Großbritanniens in den Krieg abgelehnt hatten.

Im April 1915 begann sich diese Protestbewegung in den Gewerkschaftskreisen auszuwirken, obwohl sich der Generalsekretär der CGT der „Union sacrée" angeschlossen hatte[18a]. Der Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft, Merrheim, der gerade von dem Aufruf Liebknechts[19] Kenntnis erhalten hatte, forderte die Metallarbeiter auf, die Regierung zu einem schnellen Friedensschluß zu zwingen, dessen Grundlagen er so skizzierte: Verzicht aller kriegführenden Staaten auf Annexionen, Recht „jedes Volkes" auf politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, Abrüstung und Einführung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit. Die Zensur genehmigte die Veröffentlichung dieses Aufrufs in der Zeitung des Verbandes „Union des Métaux", am 1. Mai 1915 unter der Bedingung, daß die Worte „die Regierung zu zwingen" („imposer au gouvernement") wegfielen. Dasselbe Programm wurde im August in einem „Manifest der gewerkschaftlich organisierten Lehrer" wiederholt, das eine kleine Funktionärsgruppe herausgab. Die Polizeiberichte meldeten Ende 1915 mehrmals, der Verbindungsausschuß der Gewerkschaften des Départements Seine („Comité Confédéral des Syndicats de la Seine") sei ein Herd pazifistischer Propaganda.

Zur gleichen Zeit begannen diese pazifistischen Tendenzen in der Sozialistischen

[18] Wie am 28. April 1916 einer seiner Hauptfunktionäre erklärte, hatte das „Comité pour la reprise des relations internationales" 850 Mitglieder.

[18a] Vgl. A. Kriegel, a. a. O., Kap. IV.

[19] Karl Liebknecht ließ seine Erklärung, warum er in der Reichstagssitzung vom 2. 12. 1914 die Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigerte („Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg..."), als Flugblatt verbreiten.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Partei Fuß zu fassen, nämlich im Kreise ihrer unteren Funktionäre. Die Informanten der Polizei meldeten erste Anzeichen dafür im Frühjahr 1915 in einigen Sektionsversammlungen der Partei in Paris. Ins Gewicht fiel jedoch die Initiative, die von der „Fédération socialiste" von Haute-Vienne ausging. Am 15. Mai richtete diese Parteiorganisation, deren Motor der Abgeordnete und Bürgermeister von Limoges, Betoulle, war, an den Verwaltungsausschuß der Sozialistischen Partei einen „Bericht", den sie auch allen anderen Départementsgruppen übersandte. Sie schlug die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien vor und knüpfte hieran kritische Bemerkungen: Der Krieg ziehe sich in die Länge, ohne daß sich ein „entscheidendes Ergebnis" abzeichne, Frankreich erschöpfe sich. Man müsse deshalb „im Interesse des Sozialismus, der Arbeiterklasse und unseres Vaterlandes ein Ende des Krieges" wünschen. Die Sozialistische Partei solle deshalb jeden Friedensvorschlag aufgreifen, von wo er auch komme, „vorausgesetzt, daß in den Diskussionsgrundlagen die territoriale Integrität Belgiens und Frankreichs nicht angetastet werde". Das würde also einen Frieden ohne Sieg („paix blanche") bedeuten, in dem die Rückforderung Elsaß-Lothringens aufgegeben wäre. Der Bericht mißbilligte ausdrücklich den „Chauvinismus der sozialistischen Journalisten, welche die Zeitung der Partei redigieren", womit die „Humanité" gemeint war. Der Verwaltungsausschuß aber erwiderte am 14. Juni, er verwerfe den Gedanken eines „voreiligen Friedens", der nur ein „Waffenstillstand" sein könnte; er wolle den Kampf fortsetzen, um die Rückgabe Elsaß-Lothringens und das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchzusetzen, sowie dem „preußischen Imperialismus" Einhalt zu gebieten.

Doch in den führenden Kreisen der Partei rief der Appell der Gruppe von Haute-Vienne eine Bewegung hervor, die im September und Oktober sich kundzutun begann. Jean Longuet, Enkel von Karl Marx, erklärte, Frankreich müsse sich aus einem Krieg lösen, in den es durch Rußland hineingezogen worden sei. Gleichzeitig aber wies Marcel Cachin in seinen kritischen Kommentaren auf die militärischen und diplomatischen Bemühungen hin. Am 29. Dezember kam es auf dem Nationalkongreß der Partei zu einer Debatte zwischen Longuet, der die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung beenden wollte, und Renaudel, der der „Union sacrée" treu blieb. Die pazifistische Richtung bildete jedoch nur eine ganz kleine Minderheit: für die von Renaudel vorgeschlagene Tagesordnung stimmten 2759 Teilnehmer, dagegen 72, bei 92 Enthaltungen.

Aber während der Kämpfe um Verdun kam die Auffassung der Minderheit stärker zur Geltung. Merrheim erklärte am 28. März 1916 in einer Sitzung der Seine-Gewerkschaften, daß man versuchen müsse, Frieden zu schließen. Longuet äußerte sich nuancierter: gewiß sei der Friede notwendig, aber er lasse sich nicht „sofort" herbeiführen, denn das würde ein „hinkender", ein unsicherer Friede sein. Doch am 9. April erhielt die Minderheit im Nationalrat der Sozialistischen Partei bereits 980 Stimmen gegen 1980.

Im Winter 1915/16 stellten die Polizeibehörden eine Liste von Personen auf, deren Zugehörigkeit zur pazifistischen Bewegung offenkundig war. Diese Liste umfaßte 380 Namen: gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Anarchisten, einige

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Funktionäre der Lehrergewerkschaft, eine Anzahl Journalisten, sowie Ausländer (an ihrer Spitze Trotzki). Sie verzeichnete zu diesem Zeitpunkt kein Mitglied der Universität und auch kein Mitglied der „Liga der Menschenrechte". Welchen Umfang dürfte die Bewegung im Herbst 1916 gehabt haben? Beim derzeitigen Forschungsstand ist er noch nicht abzuschätzen. Doch lassen die polizeilichen Versammlungsberichte vermuten, daß er sehr begrenzt war. Trotzdem bereitete die Bewegung der Regierung Sorge: am 6. Dezember befahl ein Rundschreiben des Innenministers den Präfekten, eine strenge Überwachung der Pazifisten vorzunehmen und, wenn es Beamten seien, deren Betätigung dem Minister mitzuteilen, dem sie unterständen.

Hatte diese pazifistische Agitation damals irgendwelchen Einfluß auf die Haltung der Massen? Nach dem gegenwärtigen Stand der Forschungen besteht kein Grund für eine solche Annahme[20]. Nur über die Stimmung in Paris sind wir zuverlässig informiert durch die Berichte des Polizeipräfekten an das Innenministerium aus dem zweiten Halbjahr 1915. Diesen Berichten zufolge zeigten sich bei einem Teil der Bevölkerung — nämlich dem, der nicht in Rüstungsbetrieben arbeitete, wo die Löhne erhöht worden waren — Zeichen von Unzufriedenheit und Niedergeschlagenheit. Die Hauptursache dieser Mißstimmung war jedoch das Ansteigen der Lebensmittelpreise. Man übte Kritik an der Regierung, weil sie hier keine wirksame Abhilfe geschaffen habe. Die Polizeibeamten, die auf öffentlichen Plätzen — hauptsächlich auf Märkten — Notizen über Gespräche machten, haben aber festgestellt, daß die militärische Lage zu jener Zeit (nämlich nach dem Scheitern der Champagne-Offensive) keinen Anlaß zu pessimistischen Kommentaren gebildet hat. Daß die französischen Armeen außerstande waren, die russische Armee zu entlasten, schien die Bevölkerung nicht weiter aufzuregen. Nur im Frühsommer 1916, nach der schweren Prüfung von Verdun, meldeten die Präfekturberichte aus mehreren Gegenden eine gedrückte Stimmung, die aber bald wieder verschwand, als die Nachrichten von der Front besser wurden. Nach zwei Jahren Krieg war also die Moral der Bevölkerung offenbar nicht ernstlich erschüttert.

III

Ab Juni 1916 wird in Land- und Seekrieg ein Wandel spürbar. Zum ersten Mal ergreifen die Heere der Entente die Initiative; sie unternehmen große, zeitlich koordinierte Offensiven, die sie im Frühjahr 1917 fortzusetzen gedenken. Die deutsche Oberste Heeresleitung glaubt nicht mehr an eine Entscheidung zu Lande und sucht ihr Heil im „uneingeschränkten" U-Bootkrieg. Doch zuvor, im Dezember, hält sie es für zweckmäßig, ein Verhandlungsangebot zu machen, dem der Vermittlungsvorschlag des amerikanischen Präsidenten Wilson unerwartete Perspek-

[20] Die Polizeidienststellen, die - laut Präfekturberichten - Nachrichten über die Tätigkeit der Pazifisten sammelten, stellten für das ganze Jahr 1915 und in ganz Frankreich 52, größtenteils unbedeutende Fälle fest. In der ersten Hälfte des Jahres 1916 stieg die Zahl auf 77. Es war also offenbar eine sehr begrenzte Bewegung. Dennoch müßte man regionale Untersuchungen anstellen und die Archive der Départements heranziehen.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tiven eröffnet. Doch diese Friedensschritte offenbaren zugleich die tiefgreifenden Unterschiede in den Kriegszielen beider Seiten.

In diesen Rahmen muß man die Tätigkeit der „pressure groups"[21] stellen, die im Laufe des Winters 1916/17 die französische öffentliche Meinung zu beeinflussen suchten.

Die „nationalistische" Tendenz hatte sich in den politischen Kreisen bereits im Sommer 1915 anläßlich der Diskussion um die Kriegsziele[22] geltend gemacht. Nach einer von der Zensur befohlenen Pause des Schweigens trat sie nun wieder hervor und fand viel größeren Anklang als bisher. Die Rückforderung des Rheinlandes wurde von Maurice Barrès und der „Patriotenliga" wieder aufgegriffen; sie wurde vom „Comité Michelet", dem einige Universitätslehrer, Journalisten und Politiker angehörten, und von der „Ligue de la guerre d'appui" („Liga zur Unterstützung des Krieges"), einer Gruppe der „Action française", unterstützt. Neu aber war namentlich die Haltung des rechten Flügels der Radikalsozialistischen Partei[23], von der mehrere Mitglieder — darunter als wichtigstes der Präsident des Senats, Antonin Dubost, — die Kampagne förderten. Auch der Präsident der Republik setzte sich zu wiederholten Malen in Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten für diese Rückforderung ein[24]. Obwohl die Regierung den Zensurbehörden „empfahl", die Publikation von Artikeln über die Rheinlandfrage zu bremsen, ließ sie der Kampagne doch ihren Lauf, die sich nun nicht nur in der Presse der Rechten äußerte, sondern, wenngleich in anderer Form, auch in bestimmten radikalsozialistischen Zeitungen, besonders in „Le Rappel" und in „Le Matin", einer Zeitung mit großer Auflage. Nach den „Friedensfühlern" vom Dezember 1916 entschloß sich der Ministerpräsident — Aristide Briand nämlich —, seinen Verbündeten die Rückforderung des Rheinlandes mitzuteilen, und bekräftigte sie in feierlicher Form durch das französisch-russische Geheimabkommen vom 14. Februar/10. März 1917. Doch der Öffentlichkeit war dieses Verhalten der Regierung unbekannt, denn am 14. Dezember hatte die Zensurbehörde die Anweisung erhalten, „nichts über unsere Kriegsziele veröffentlichen zu lassen". Erst vier Monate später sollte die Existenz des Abkommens bekanntwerden.

Auf der anderen Seite erhielten die pazifistischen Tendenzen spürbaren Auftrieb. Zum Ausdruck kam dies namentlich in drei Organisationen:

Das „Comité d'études documentaires et critiques sur la guerre", das am 23. Januar 1916 von Mathias Morhardt, einem höchst aktiven Mitglied der „Liga für

[21] Über die „pressure groups" und ihre Aktivität vgl. die Arbeit von J. Meynaud, Les groupes de pression en France, Paris 1962, die zwar eine spätere Periode behandelt, in ihren allgemeinen Gesichtspunkten aber auch für die Darstellung der Vorgänge von 1917 nützlich ist.

[22] Vgl. oben Seite 248.

[23] Die französische radikalsozialistische Partei der Dritten Republik war eine bürgerliche Partei mit ideologischer Tendenz nach links; vgl. Partis politiques et classes sociales en France, hrsg. von Maurice Duverger, Paris 1955 (Cahiers de la Fondation nationale des Sciences politiques, No. 74).

[24] Siehe dazu meinen Aufsatz: Die Kriegsziele der französischen Regierung 1914–1918, in: Geschichte in Wissenschaft u. Unterricht, 17 (1966), S. 129–158.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Menschenrechte", gegründet worden war, wollte vor allem die Ursachen des Krieges untersuchen. Seine Anhänger bemühten sich nachzuweisen, daß es falsch sei, Deutschland die alleinige Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges zuzuschreiben. Nach ihrer Meinung fiel auch dem Präsidenten der Französischen Republik, Raymond Poincaré, ein Teil dieser Verantwortlichkeit zu. Sobald man die ausschließliche Schuld des „deutschen Militarismus" in Zweifel zog, wurde man auch dem Gedanken eines Verhandlungsfriedens zugänglich. Doch die Vereinigung enthielt sich — im Einklang mit ihrer Satzung — einer organisierten pazifistischen Propaganda, denn sie wollte Frankreich nicht „schwächen".

Die „Amis de Ce qu'il faut dire" waren eine Anarchistengruppe unter der Führung von Sébastien Faure. Die unter diesem Titel („Ce qu'il faut dire"[25]) herausgegebenen Hefte, die nach Auskunft der Polizei eine Auflage von ca. 20000 Exemplaren erreichten, hatten nicht nur unter einer strengen Zensur zu leiden, sondern häufig auch an Geldmangel. Die Gruppe hielt in Paris zahlreiche Versammlungen ab, die aber sehr schwach besucht waren.

Das „Comité pour la reprise des relations internationales" seinerseits wollte die Verbindung zu den ausländischen sozialistischen Parteien wieder aufnehmen, selbst zu denen feindlicher Länder, um den „Völkerfrieden" anzubahnen; es übernahm teilweise das Zimmerwalder Programm, nämlich die Forderung nach Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen", aber nicht dessen Hauptbestandteil, die revolutionäre Idee. — Doch alle diese Gruppen hatten nur eine ziemlich schwache Ausstrahlungskraft.

Was sehr viel mehr ins Gewicht fiel, war das rasche Anwachsen der Minderheitsgruppe, der „minoritaires", im Schoße der Sozialistischen Partei. Bei der Sitzung des Nationalrates im April 1916 hatten sie ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigt[26]. Auf dem Parteikongreß im Dezember machten zwei Abstimmungen ihren Fortschritt deutlich: 1407 Delegierte (gegenüber 1537) stimmten für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den sozialistischen Parteien der Feindstaaten; und 1372 (gegenüber 1637) forderten den Austritt der Sozialisten aus der Regierung. Wohl war die Minderheit noch einmal in Schach gehalten worden, aber sie hatte sich doch innerhalb der Partei eine Stellung geschaffen, die sie hoffen lassen konnte, bald die Mehrheit zu werden. In der Parteiorganisation des Seine-Départements hatten sie seitdem jedenfalls eine beherrschende Stellung. Aber auch diese Anhänger eines Verhandlungsfriedens verzichteten nicht alle auf die Rückforderung Elsaß-Lothringens; ihr aktivster Wortführer, Jean Longuet, bestand jedenfalls darauf, mit der Einschränkung, daß die Elsaß-Lothringer in einer Volksabstimmung selbst ihrem Willen Ausdruck gäben.

Zu gleicher Zeit begann sich auch unter den bürgerlichen Intellektuellen eine pazifistische Strömung geltend zu machen. Am 1. und 2. Dezember 1916 fand der Kongreß der „Liga für Menschenrechte"[27] — mit 250 Delegierten der einzelnen Orts-

[25] Wörtlich: „Was gesagt werden muß".

[26] Siehe oben Seite 251.

[27] Es existiert ein Rechenschaftsbericht des Kongresses, der 1917 veröffentlicht wurde.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gruppen — statt. Ihm wurde ein von dem jungen Philosophieprofessor und Sekretär des „Comité d'études documentaires et critiques", Michel Alexandre, formulierter und von zwei bekannten Pazifisten, Frau Séverine und Mathias Morhardt, unterzeichneter Antrag vorgelegt. Man dürfe, so hieß es darin, nicht versuchen, dem Gegner eine „bedingungslose Kapitulation" aufzuzwingen; um von Dauer zu sein, müsse der Frieden „auf ein unanfechtbares Urteil, also auf einen Schiedsspruch, gegründet werden", er dürfe nicht das Ergebnis eines militärischen Sieges sein. „Ja oder Nein", so fragte Alexandre die Anwesenden, „wollen Sie einen Krieg bis zum Äußersten, oder sind Sie damit einverstanden, daß der Konflikt ein Ende nimmt, sobald der Gegner Lösungen akzeptiert, die dem Recht entsprechen?"

Der Antrag wurde von bedeutenden Mitgliedern der Liga bekämpft, namentlich von Théodore Ruyssen, welcher vor 1914 der internationalen pazifistischen Bewegung eng verbunden gewesen war. Ehe von Schiedsspruch die Rede sein könne, so meinte Ruyssen, müsse man siegen; im übrigen laufe ein Schiedsspruch auf einen „Vergleich" hinaus, und das würde genügen, einer solchen Idee mit Mißtrauen zu begegnen. Wohl aber müsse die Liga für Menschenrechte „Eroberungs- und Zerstückelungspläne" verwerfen und dürfte nur die „rechtmäßigen Rückerstattungen" vertreten (d. h. Elsaß-Lothringens und wohl auch das Trentino). Der Hauptreferent, Gabriel Séailles, Professor der Pariser rechtswissenschaftlichen Fakultät, erklärte demgegenüber, der Krieg müsse ohne Schranken fortgeführt werden; einen Schiedsspruch anzustreben, heiße die „unterdrückten Völker" — Österreich-Ungarns zum Beispiel — ihrem Schicksal überlassen. Der Präsident der Liga, Ferdinand Buisson, betonte, daß der Vorschlag Alexandres mit der „Würde Frankreichs" und „mit der Menschenwürde unvereinbar sei: Frankreich dürfe seine Gegner nicht im Besitz von Pfändern belassen, die sie dazu benutzen wollten, Europa ihre Herrschaft aufzuzwingen".

Die abschließende Resolution (die größtenteils die Vorschläge Ruyssens enthält und ausdrücklich die Rückforderung Elsaß-Lothringens erwähnt) wurde bis auf zwei Stimmen einmütig angenommen. Allerdings verzeichnet das Protokoll nicht die Zahl der Stimmenthaltungen, ein Polizeibericht schätzte sie immerhin auf ein Drittel der Anwesenden. Als kurz danach Alexandre seinen Vorschlag in Form eines Alternativantrags wiederaufnahm, erhielt er jedoch nur 30 Stimmen.

Über das Anwachsen der pazifistischen Strömung berichtet eine umfangreiche[28] Studie, die am 1. Januar 1917 von der Leitung der Sûreté générale dem Innenministerium unterbreitet wurde. Dieser Bericht analysierte Informationen, die man über die Gewerkschaftskreise, die Sozialisten, die Anarchisten, die Lehrer, die „Intellektuellen" und die nach Paris geflüchteten russischen Revolutionäre gesammelt hatte. Die pazifistische Propaganda, so heißt es, sei eine Fortsetzung der antimilitaristischen Propaganda aus der Zeit vor 1914, von denselben Leuten betrieben, die eine Niederlage Frankreichs kalt lasse und die entschlossen seien, für die Nachkriegszeit eine soziale Revolution vorzubereiten. Und da die pazifistischen Versammlungen

[28] 137 Schreibmaschinenseiten.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

immer zahlreicher[29] würden, sei es notwendig, so schließt der Autor der Studie, sofort Unterdrückungsmaßnahmen zu ergreifen: nämlich die angeblich rein fachlichen geschlossenen Versammlungen zu verbieten und den Druck pazifistischer Flugblätter zu verhindern[30].

Die Mängel dieses Berichts waren offenkundig. Die Polizeidienststellen warfen die verschiedenartigen Formen des Pazifismus in einen Topf: den „revolutionären" Pazifismus der Zimmerwalder, den doktrinären Pazifismus und den „opportunistischen" Pazifismus derer, die in Anbetracht der Gesamtlage und des Kräfteverhältnisses der Kriegführenden einen Verhandlungsfrieden befürworteten, bei dem Frankreich die meisten oder alle seine Kriegsziele aufgab. Vielleicht ist dies der Grund, warum der Innenminister Malvy das Papier unbeachtet ließ. Auf jeden Fall machte er sich dessen Schlußfolgerungen nicht zu eigen. Von Zeit zu Zeit aber wurde jetzt gegen Verteiler pazifistischer Flugblätter eine gerichtliche Verfolgung eingeleitet. So verurteilte im März 1917 die 10. Strafkammer des Départementgerichts Seine drei Anarchisten. Alle drei hatten erklärt, der Krieg sei von „gewissen Finanz- und Industriemagnaten" angezettelt worden und der Präsident der Republik, Raymond Poincaré, sei mitschuldig hieran. Das Gericht verurteilte zwei der Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis, den dritten zu sechs Monaten. Die Verurteilten riefen „À bas la guerre!". Von seiten des Publikums, das der Verhandlung beiwohnte, kam es zu keinem Zwischenfall.

Die aktiven Pazifisten waren sich ihrer begrenzten Wirkungsmöglichkeiten durchaus bewußt. Bei einer Versammlung der „Amis de Ce qu'il faut dire" im 2. Arrondissement in Paris (die 21 Anwesende zählte) schlug einer der Teilnehmer eine neue Methode vor, wie man die Regierung zur Beendigung des Krieges zwingen könne: es würde genügen, die in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Frauen zur Einstellung der Arbeit zu veranlassen. Ein anderer erklärte diese Methode jedoch für undurchführbar: die Frauen ständen den neuen Ideen noch zu ablehnend gegenüber. Im übrigen sei jede „Propaganda durch die Tat" eine „Utopie", denn sie würde der Regierung nur den Vorwand liefern, die Aktivisten einzusperren und die Versammlungen zu unterdrücken. Kurzum, diese Aktivisten mußten sich ihre Ohnmacht eingestehen.

Wie weit ging nun die Anteilnahme der Masse der Bevölkerung an den Sorgen und Aktivitäten der Politiker und der Arbeiterführer? Die Berichte der Pariser Polizeipräfektur gestatten in dieser Hinsicht zwei generelle Feststellungen: Einerseits wurden die Anzeichen von Überdrüssigkeit immer häufiger, nicht nur infolge der seelischen Belastungen, denen die Familien der Eingezogenen ausgesetzt waren, sondern auch wegen der Versorgungsschwierigkeiten bei Kohle und Lebensmitteln und wegen der Preissteigerungen. Die Streikbewegungen, die im Januar 1917 in der Rüstungsindustrie um sich griffen, zielten auf eine Lohnerhöhung ab. Politi-

[29] Im Februar 1917 allein 22 Versammlungen in vierzehn Tagen, laut Feststellung des allgemeinen Nachrichtendienstes.

[30] Die Polizei besaß eine Liste der Druckereien in der Pariser Region, die sich dieser Arbeit widmeten; es waren durchweg kleine Betriebe.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Charakter hatten sie nach den Feststellungen der Nachrichtenabteilung des Generalstabs nicht[31]. Andererseits zeigte die Masse im Februar keinerlei Beunruhigung über den deutschen U-Bootkrieg. Sie schien sich nicht darüber klar zu sein, daß die Verluste der Handelsmarine sich auf die Versorgungslage unmittelbar auswirken konnten. Hinsichtlich der militärischen Operationen war sie optimistisch: die für das Frühjahr 1917 geplante Generaloffensive der alliierten Armeen erweckte große Hoffnungen.

Die Berichte der Kommissionen der Postkontrolle, die gerade in sieben Départements eingerichtet worden war, ergaben ein sehr ähnliches Bild. Überall standen die Klagen über die Lebensmittelversorgung im Vordergrund, zumal der Winter sehr streng war und das Erfrieren des Wintergetreides die Ernte schwer zu schädigen drohte. Die Auswirkungen auf die Stimmung waren jedoch örtlich verschieden: während z. B. in Château-Thierry die Bevölkerung „heiß den Frieden ersehnte", sprach in Chaumont „niemand von Frieden". Doch überall sah die Zivilbevölkerung vertrauensvoll der nächsten großen Offensive entgegen.

Was nun die Stimmung der kämpfenden Truppe angeht, so hatte das Oberhauptquartier erstmals im Juni 1916 in einzelnen Einheiten „Anzeichen von Überdruß und Entmutigung" festgestellt. Joffre machte in einem Bericht an das Kriegsministerium dafür den unheilvollen Einfluß verantwortlich, den „gewisse Zügellosigkeiten der Presse" und gewisse „politische Polemiken" ausübten, deren Echo die Zeitungen „bis in die Kampflinien" hineintrügen[32].

Bis zu diesem Zeitpunkt gab er der pazifistischen Propaganda nicht die Schuld. Im Oktober und November 1916 hingegen wies der Nachrichtendienst der Armeen in zwei großen Berichten auf diese Propaganda hin, „die sich organisiere und verstärke"; und die Verbindungsoffiziere meldeten dem Präsidenten der Republik einen „schlechten Geist" im Heeresbereich, namentlich beim Landsturm[33]. Der neue Oberkommandierende, Nivelle, verurteilte jene Propaganda scharf in einem Brief an das Kriegsministerium vom 28. Januar 1917. Einige Tage darauf stellte er „in einer großen Zahl von Einheiten eine wenig befriedigende Moral" fest. Die Stimmung besserte sich jedoch, als die deutschen Truppen am 24. Februar und 12. März „vorsorgliche Frontbegradigungen" vornahmen. Nunmehr schenkte der Großteil der kämpfenden Truppe den Versicherungen Nivelles, daß man die deutsche Front durchbrechen werde, Vertrauen. Nur einige Generale hegten Zweifel daran, die aber nie öffentlich Ausdruck fanden. Der beherrschende Zug der französischen öffentlichen Meinung in dieser Phase war also die hartnäckige Hoffnung auf einen Erfolg der großen Frühjahrsoffensive, von der fast alle, Zivilisten wie Militärs, entscheidende Ergebnisse erwarteten.

[31] Die einzige Ausnahme schien der Streik in den Rüstungswerken in Roanne im März 1917 gewesen zu sein, der von Kundgebungen gegen den Krieg begleitet war.

[32] Guy Pedroncini, Les mutineries de 1917, Paris 1967, S. 27 und S. 41–46. Die Polemik war auf die Kritik zurückzuführen, die einige Parlamentsmitglieder gegen die Operationsführung und die Methoden des Oberkommandos richteten.

[33] Raymond Poincaré, Au service de la France, Neuf années de souvenirs, Paris 1926, Bd. IX, S. 14.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV

Im März-April 1917 bekam der Krieg durch die russische Revolution und den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten ein ganz neues Gesicht. Doch die Konsequenzen dieser beiden Ereignisse zeigten sich nicht auf Anhieb. Vorerst war das bestimmende Moment der Lage die Tatsache, daß weder die eine noch die andere Seite mit den Waffen einen entscheidenden Vorteil erringen konnte: die große französisch-britische Offensive scheiterte am 16. April. Der deutsche U-Bootkrieg erzielte, nach beachtlichen Erfolgen, ab Mai nicht mehr die von seinen Urhebern erwarteten Resultate. Im Laufe des Sommers wurde daher der Gedanke an Frieden offen ins Spiel gebracht: im Juni durch den Sozialistenkongreß in Stockholm, im Juli durch die Friedensresolution des Reichstages und im August durch die Papstnote an die Kriegführenden. Alle diese Versuche scheiterten. Anfang November aber stellte der bolschewistische Staatsstreich in Rußland Europa vor ein besonderes Ereignis — die Geburt eines sozialistischen Staates, der die Absicht verkündete, Frieden zu machen. Wie reagierte die öffentliche Meinung Frankreichs hierauf angesichts der letzten Enttäuschungen und der neuen Aussichten, die sich da abzeichneten?

Die entscheidende Frage dieser Tage stellte, bei einer Aussprache in einer Geheimsitzung der Deputiertenkammer am 2. Juni, der ehemalige Minister Augagneur[34]: Sollte Frankreich, das seit fast drei Jahren die Hauptlast der Kriegführung im Westen trage und erhebliche Opfer an Menschenleben gebracht habe, angesichts der vermutlichen Paralysierung des russischen Heeres und der langen Zeitspanne, welche die Aufstellung einer amerikanischen Armee benötigen werde, nicht daran denken, eine Gelegenheit zum Friedensschluß wahrzunehmen, auch unter Verzicht auf den größten Teil der „Kriegsziele" des französisch-russischen Geheimabkommens vom Februar/März[35]? Über diesen entscheidenden Punkt bestand freilich in den Kreisen, die die öffentliche Meinung bestimmten oder zu bestimmen glaubten, keine einheitliche Auffassung mehr.

Es gab einmal Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung. Als Alexandre Ribot[36] am 20. März Ministerpräsident geworden war, hatte er in seiner Regierungserklärung jeden Eroberungsgedanken von sich gewiesen, obgleich der Präsident der Republik ihn ausdrücklich gebeten hatte, nichts dergleichen zu tun. Ribot hielt zwar die Forderung nach Rückgabe Elsaß-Lothringens aufrecht, die „keine Annexion" sei, beschränkte sich im übrigen aber darauf, auf „notwendige Garantien gegen eine künftige Aggression" anzuspielen, ohne näher zu präzisieren, was er darunter verstand. Als Paul Painlevé[37] am 15. September Ribots Nachfolger wurde,

---

[34] Jean Victor Augagneur, Radikalsozialist, 1914/15 Marineminister.

[35] Dieses Abkommen war nach dem Sturz des Zaren publik gemacht worden.

[36] Alexandre Ribot, liberaler Politiker, hatte im August 1914 das Finanzministerium übernommen.

[37] Paul Painlevé, radikalsozialistischer Abgeordneter, Oktober 1915 – Dezember 1916 Unterrichtsminister, März–November 1917 Kriegsminister, September–November 1917 gleichzeitig Ministerpräsident.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ging er über diese „notwendigen Garantien" stillschweigend hinweg; vielleicht meinte er sogar, Frankreich werde Deutschland Indo-China und Madagaskar anbieten müssen, um die Rückgabe Elsaß-Lothringens zu erreichen[38].

Es gab ferner Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, und zwar zwischen den beiden wichtigsten in diesem im Mai 1914 gewählten Parlament, den Sozialisten und den Radikalsozialisten:

In der Sozialistischen Partei, die in der Deputiertenkammer 102 Sitze hatte, ging die Auseinandersetzung über die Beteiligung an der Regierung zwischen der Mehrheit[39] und ihren Gegnern weiter. Sie verschärfte sich, als die provisorische russische Regierung vorschlug, in Stockholm eine internationale Sozialistenkonferenz abzuhalten — die einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen durchsetzen sollte — und als in der Folge die französische Regierung den sozialistischen Delegierten die Pässe verweigerte. Verwaltungsausschuß und Nationalrat der Partei gaben innerhalb dreier Tage einander entgegengesetzte Erklärungen ab. Am 4. Juni war die Mehrheit der Parlamentsfraktion der „Union sacrée" treu geblieben, Anfang August jedoch stimmten zwei Drittel der sozialistischen Abgeordneten gegen die Regierung. Am 7. September beschloß die Fraktion den Austritt aus der Regierung. Die „Union sacrée" war damit zerbrochen. Ausschlaggebend dafür war nicht nur die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zu den Sozialisten der Feindstaaten, sondern auch die elsaß-lothringische Frage: die Mehrzahl der Sozialisten war dafür, daß die Rückgabe erst *nach einer Volksabstimmung* stattfinden sollte, während die Regierung diese Bedingung rundweg ablehnte. In keiner Phase dieser Auseinandersetzung dachte die Sozialistische Partei jedoch daran, die Kriegskredite zu verweigern[40].

In der Radikalsozialistischen Partei, die bei den Wahlen 1914 136 Sitze in der Deputiertenkammer erhalten hatte, prallten die Gegensätze heftig aufeinander, bis am 22. Juli Clemenceau, der Vorsitzende des Ausschusses für Heeresangelegenheiten, in einer Senatssitzung den Innenminister Malvy wegen seiner Passivität gegenüber der wachsenden pazifistischen Propaganda angriff und ihm Liebedienerei gegenüber den Gewerkschaftsfunktionären und sogar den Anarchisten vorwarf. Fünf Wochen später wurde Malvy zum Rücktritt gezwungen. Noch schwerer wogen jedoch die Schwankungen und Meinungsverschiedenheiten, die, wenn auch nicht in öffentlicher Debatte, so doch bei Gesprächen in den Wandelgängen der Kammer hinsichtlich der Frage „Krieg oder Frieden" zutage traten. Im Juni 1917 übergab ein französischer Politiker[41], der seit 1915 der deutschen Gesandtschaft in Bern Nachrichten lieferte, dieser eine Liste von Parlamentariern, die nach seiner Angabe für einen „paix blanche" eintraten, also auf Elsaß-Lothringen verzichten wollten; sie umfaßte etwa 60 radikalsozialistische Abgeordnete. Sicher war der Wert dieser

[38] Vgl. meinen in Anmerkung 24 genannten Aufsatz.

[39] Vgl. oben, S. 251, 254.

[40] Ein diesbezüglicher Antrag, der am 6. Oktober von Brizon auf dem Sozialistenkongreß gestellt wurde, wurde mit 2300 gegen 385 Stimmen verworfen.

[41] Die derzeit bekannten Dokumente enthalten seinen Namen nicht.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Information recht zweifelhaft. Sie besaß dennoch einige Wahrscheinlichkeit, da nach dem Zeugnis des Präsidenten der Republik die Minister im November (nach der bolschewistischen Revolution) „übereinstimmend erklärten, daß ein Drittel der Kammerabgeordneten für Frieden sei und es nur nicht wage, dies offen zuzugeben". Mittelpunkt dieser Friedensbestrebungen war Joseph Caillaux[42]. Als schließlich im September jene „Verratsaffären" aufkamen, durch die Parlamentarier und hohe Beamte in Prozesse verwickelt wurden, war der erste Angeklagte, Turmel, ein Mitglied der radikalsozialen Partei. Und die unbegründeten Anklagen, die der politische Polemiker Léon Daudet gegen Malvy erhob, leisteten einer „antiparlamentarischen" Kampagne Vorschub, deren Zielscheibe die Radikalsozialisten waren.

Uneinigkeit zeigte sich endlich auch in Organisationen und geistigen Zentren, die auf die Entwicklung der öffentlichen Meinung Einfluß zu nehmen pflegen.

In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage spielten die gewerkschaftlichen Spitzenverbände eine wichtige Rolle. Die immer größer werdende Spanne zwischen den gestiegenen Lebenshaltungskosten und dem Lohnniveau[43] führte seit Mai in ganz Frankreich zu umfangreichen Streikbewegungen. Diese Streiks waren häufig spontan, doch die Gewerkschaftsführer bekamen sie schnell in Griff. Hatte die Bewegung politische Ziele? Im Frühjahr glaubten die Oberstaatsanwälte, die sie zu überwachen hatten, noch, daß es in den meisten Fällen nur um die Frage der Löhne gehe. Im Herbst 1917 jedoch wurde die Rüstungsindustrie in gefährlicher Weise von Streikbewegungen getroffen, die revolutionären Charakter hatten — was vor allem für die großen Streiks von St. Etienne gilt. Hoffte die CGT etwa, die Regierung zwingen zu können, Frieden zu schließen? In Wirklichkeit war sie selbst schwer zerstritten. Der Generalsekretär Léon Jouhaux wollte „im Rahmen der Vertretung der Arbeiterinteressen bleiben"[44]. Merrheim jedoch, der bereits wiederholt genannte Sekretär des Metallarbeiterverbandes, führte einen politischen Kampf gegen die Regierung, förderte die pazifistische Bewegung und griff gleichzeitig Jouhaux an. Das im August gegründete „Comité de défense syndicaliste" war Ausdruck dieser Richtung. Auf der Gewerkschaftskonferenz im November 1917 aber gelang es den „minoritaires" der CGT nicht einmal, die von ihnen vorbereitete Tagesordnung zur Abstimmung zu bringen. Die Mehrheit bekundete ihre Entschlossenheit, die Kriegsanstrengungen fortzusetzen, ohne indes eine Anspielung auf Elsaß-Lothringen für zweckmäßig zu halten.

Auch der französische Episkopat war geteilter Meinung. Er hatte allerdings in politischer Hinsicht nur einen sehr begrenzten Einfluß. Wohl aber vermochte er auf einen Teil der Landbevölkerung einzuwirken. Die päpstliche Note an die Oberhäupter der kriegführenden Staaten, die am 16. August 1917 veröffentlicht wurde, bot Gelegenheit festzustellen, in welchem Sinne sich diese Einwirkungsmöglichkeit

[42] Joseph Caillaux, 1911/12 Ministerpräsident, 1913/14 Finanzminister, galt als deutschfreundlich und trat seit 1911 für eine Verständigung mit Deutschland ein.

[43] Außer in der Rüstungsindustrie.

[44] Vgl. Bernard Georges und Denise Tintant, Léon Jouhaux, Cinquante ans de syndicalisme, Paris 1962, Bd. I, S. 191.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geltend machte. Benedikt XV. trat für einen Kompromißfrieden ein; er erwähnte das elsaß-lothringische Problem nicht direkt, sondern begnügte sich mit der Anregung, die zwischen Deutschland und Frankreich „strittigen Territorialfragen" sollten „in versöhnlichem Geiste geprüft" und „die Wünsche der Völker nach Maßgabe der Gerechtigkeit und des Möglichen berücksichtigt" werden. Die französische Presse erklärte jedoch fast einstimmig — das Organ der sozialistischen Minderheit, das „Journal du Peuple" war eine der wenigen Ausnahmen —, daß diese Note keine Verhandlungsgrundlage bilden könne, weil sie die deutsche Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und für die Verletzungen des Völkerrechts während des Krieges mit Stillschweigen übergehe und weil sie Frankreich nicht das Recht zuerkenne, die vollständige Rückerstattung Elsaß-Lothringens zu erhalten. Welcher Art war nun die Stellungnahme der französischen Bischöfe zu diesem Problem?[45]. In den in Frage kommenden 70 Diözesen[46] billigten nur elf Bischöfe ausdrücklich die Initiative des Papstes. Alle anderen kritisierten sie mehr oder weniger offen oder zogen vor, sie mit Stillschweigen zu übergehen. Im ganzen genommen stand die höhere Geistlichkeit wie schon vor 1914 in ihrer großen Mehrheit dem Nationalismus sehr viel näher als den pazifistischen Ideen.

Was die Bedeutung der Freimauerer angeht, so kann man sie nicht nach der Zahl ihrer Mitglieder bemessen, die 40000 kaum überschritt. Ihr Einfluß im Parlament war stark, denn sie hatten in ihm, namentlich unter den Radikalsozialisten und den Sozialisten, zahlreiche Anhänger und waren in jeder Regierung in beachtlichem Maße vertreten[47]. Doch sie verlangten von ihren Mitgliedern lediglich die Vertretung des laizistischen Prinzips. In der Frage „Krieg oder Frieden" hatten sie keine einheitliche Meinung. Der Präsident des „Grand Orient de France", Corneau, war ein erklärter Verfechter des Krieges „bis zum Sieg". Auf dem interalliierten Freimaurerkongreß Ende Juni 1917 brachte der französische Berichterstatter, der Abgeordnete André Lebey, eine Resolution durch, welche die Rückgabe Elsaß-Lothringens, die Wiederherstellung Polens, die Unabhängigkeit Böhmens und die „Befreiung" aller Völker Österreich-Ungarns, die Abtretung des Trentinos und Triests an Italien sowie die Bildung eines südslawischen Staates vorsah. Das waren sehr weitreichende Kriegsziele, die jedoch sämtlich das Nationalitätsprinzip zur Grundlage hatten und weder die Saar noch das linke Rheinufer erwähnten. Aber die einzelnen Logen, die häufig über Friedensbedingungen diskutierten, billigten nicht alle dieses Programm. Tatsächlich fand man Freimaurer sowohl unter den Annexionisten des „Comité de la rive gauche du Rhin" wie in der sozialistischen Minderheitsgruppe.

Die „Liga der Menschenrechte", deren Präsident Ferdinand Buisson und zahl-

[45] Vgl. dazu meinen Aufsatz: L'Episcopat français devant l'Offre de paix du Saint-Siège, in: Mélanges offerts à G. Jacquemyns, Brüssel 1968.

[46] Die Diözesen in den besetzten Gebieten sind ausgenommen.

[47] Das Kabinett Briand zählte acht Freimaurer, ebenso das Kabinett Ribot. Das Kabinett Painlevé hatte fünfzehn, das Kabinett Clemenceau acht (jeweils die Minister und die Staatssekretäre mitgerechnet).

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reiche Mitglieder zu den Freimaurern gehörten, hatte ja schon Ende 1916 ihre Uneinigkeit zur Schau gestellt[48]. Die „pazifistische" Richtung in ihr bildete damals nur eine kleine Minderheit; sie machte jetzt aber merkliche Fortschritte. Am 1. April 1917 veranstaltete die Liga in Paris im Städtischen Gymnasium an der Avenue Jean-Jaurès eine große öffentliche Versammlung, die 6000 Teilnehmer zählte[49]. Die Pazifisten waren dabei so zahlreich vertreten, daß sie die „Mehrheits"-Sozialisten und den Generalsekretär der CGT am Sprechen hindern konnten. Zum Schluß verwandelte sich die Versammlung — allen Bemühungen der Vorsitzenden der Liga zum Trotz — in eine Kundgebung gegen den Krieg. Im Oktober, auf einer Konferenz in Nimes, waren sich aber auch die Vorsitzenden nicht mehr einig. Einer von ihnen, Victor Basch, gab offen dem Wunsch nach Frieden Ausdruck.

Die wirtschaftlichen Interessenverbände schließlich schienen weder in Grundsatzfragen noch in der politischen Haltung irgendwie eine einheitliche Meinung zu haben. Das „Comité des Forges", das die Interessen der Großindustriellen der Eisenhütten vertrat, forderte weiterhin die Annexion der Saar, die sein Generalsekretär schon 1915 zum Programm erhoben hatte[50]. Doch die Pariser Handelskammer erwähnte in ihrem Bulletin nichts dergleichen. Da den meisten industriellen Unternehmungen im Kriege erhebliche Profite winkten, wurde von seiten der Wirtschaft selten einer Hoffnung auf Frieden Ausdruck gegeben; es wurden aber auch selten „Kriegsziele" aufgestellt — ausgenommen Forderungen, die eine wirtschaftliche Expansion in der Nachkriegszeit begünstigen konnten.

Da die traditionellen großen Verbände zu keiner einheitlichen politischen Willensbildung mehr fähig waren, mußte die Rolle der aus Anlaß des Krieges gegründeten „pressure groups", die in sich geschlossen blieben, immer bedeutsamer werden. Die Aktivität dieser Gruppen nahm denn auch — nach der Zahl ihrer Veröffentlichungen und ihrer Erwähnung in der Presse zu urteilen — im Sommer und Herbst 1917 ständig zu. Was die zum „Pazifismus" neigenden Gruppen betrifft, so fühlten sie sich durch die Anzeichen von Unsicherheit innerhalb der großen politischen Organisationen offensichtlich ermutigt. Um so mehr verstärkten die Gruppen nationalistischer und annexionistischer Richtung ihre Bemühungen, die schwankend Gewordenen zurückzugewinnen; und sie betrieben dies um so versessener, als der objektive Stand der Dinge ihrem Vorhaben wenig günstig war. Die im Juni 1917 gegründete „Republikanische Liga" wollte gegen die *antiparlamentarische* Propaganda ankämpfen, ohne dabei jedoch die *Pazifisten* zu unterstützen. — Welches Echo riefen diese unterschiedlichen Aktivitäten in der Masse der Bevölkerung hervor?

Für diese kritische Periode steht nun der historischen Forschung, welche die Stimmung der Massen und der sie beeinflussenden Tendenzen kennenlernen möchte, reiches Material zur Verfügung. Beunruhigt über die allgemeine Lage, weiteten nämlich Regierung und Oberkommando ihre Erhebungen über die Moral des Heeres und der Zivilbevölkerung beträchtlich aus und ordneten sowohl auf dem zivilen wie

[48] Siehe oben, S. 255.

[49] Dabei waren 0,50 f. Eintrittsgeld zu bezahlen.

[50] Siehe oben, S. 248.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf dem militärischen Sektor Postkontrollen an, über die zahlreiche Berichte vorliegen[51]. Die kritische Auswertung dieser Dokumente ist noch nicht völlig abgeschlossen, doch die großen Linien sind deutlich erkennbar.

1. Das Heer: Die Moral der kämpfenden Truppe, die schon gegen Ende 1916 Zeichen von Ermüdung und manchmal sogar Schwäche gezeigt hatte, geriet im Mai und Juni 1917 in eine schwere Krise. Über sie ist unlängst ein wichtiges Werk erschienen[52], so daß ich mich hier mit einer Zusammenfassung seiner Ergebnisse begnügen kann. Zwischen dem 20. Mai und dem 10. Juni kam es bei der kämpfenden Truppe zu 250 Fällen gemeinschaftlicher Gehorsamsverweigerung. Die Unruhen erfaßten zwar nur eine kleine Minderheit der Soldaten, meist 10–15% der Gesamtstärke der betroffenen Regimenter. Doch die Hälfte aller Divisionen war mehr oder minder stark davon berührt. Insgesamt erreichte die Zahl der Meuterer vielleicht 40000, darunter allerdings kein einziger Offizier. Die Meutereien entstanden nie bei den Truppen der vordersten Linie. Sie fanden vielmehr jeweils in dem Augenblick statt, wo ein Regiment nach einer kurzen Ruhepause hinter der Front den Befehl erhielt, wieder nach vorn zu gehen. Es war also eher ein „Streik" als ein Aufstand: Die Meuterer erklärten, daß sie sich nicht mehr in vergeblichen Angriffen gegen die feindlichen Stellungen „verheizen" lassen wollten, daß sie aber durchaus bereit seien zu kämpfen, wenn es galt, einen feindlichen Angriff abzuwehren. Nur in zwei Fällen nahm die Bewegung einen ernsteren Charakter an, sowohl dem Umfang wie dem Ziele nach: Die Meuterei erfaßte eine ganze Infanteriedivision, und die Rädelsführer äußerten einen revolutionären Plan, sie wollten „nach Paris marschieren". Die örtliche Verteilung dieser Meutereien war bezeichnend: fast alle fanden in der Zone statt, in der die Offensive vom 16. April begonnen und in der das Oberkommando sich nach deren Scheitern darauf versteift hatte, Teilerfolge zu erzielen (besonders im Abschnitt des Chemin des Dames). Einige Fälle ereigneten sich auch im Abschnitt von Verdun, als gerade ein Angriff vorbereitet wurde. Überall sonst blieb die Armee ruhig. Wie sich übrigens aus den Akten der Kriegsgerichte ergibt, stammten die Meuterer aus allen Gegenden Frankreichs und allen sozialen Schichten, und es waren bis auf wenige Ausnahmen Infanteristen.

Folge dieser Krise war die große Besorgnis, ja Angst des Oberkommandos, die Armee könnte sich „auflösen"[53]; fast einen Monat lang war die Armee praktisch gelähmt, weil die Kommandeure der größeren Einheiten nicht mehr sicher waren, daß ihre Befehle ausgeführt wurden. Das Oberkommando sah sich gezwungen, während des größten Teils des Sommers 1917 die Hauptlast der Operationen dem englischen Heer zu überlassen.

Was waren die Ursachen dieser Entwicklung? Die Generale gaben fast ausnahmslos der pazifistischen Propaganda die Schuld. Verantwortlich machten sie dafür die

---

[51] Siehe oben, S. 242.

[52] Guy Pedroncini, Les mutineries de 1917, Paris 1967 (Publications de la Faculté des Lettres et Sciences humaines de Paris, Série Recherches, Tome 35), 328 S.

[53] Vgl. die Erklärungen des Oberkommandierenden - seit 15. Mai war dies General Pétain - vor dem Kriegsrat am 31. Mai.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regierung, besonders den Innenminister, der, wie sie sagten, die Ausbreitung dieser Propaganda im ganzen Lande zugelassen habe; wie hätte da die militärische Autorität das Eindringen der Zeitschriften und Flugblätter in den Bereich der Armee verhindern können? Eine unparteiische Untersuchung erweist jedoch, daß die Hauptursache der Meuterei das Scheitern der Offensive vom 16. April war, von der die Kämpfenden im Vertrauen auf die Versicherungen ihrer Führer entscheidende Ergebnisse erwartet hatten. Sie wollten keine Wiederholung so abenteuerlicher Angriffsversuche mit ungenügenden Mitteln auf ihre Kosten. Zu dieser Schlußfolgerung führten eindeutig die Feststellungen der Kriegsgerichte, der mit der Truppe in unmittelbarem Kontakt stehenden Offiziere und selbst der Polizeibeamten, die in den Standorten der von den Meutereien betroffenen Regimenter mit Nachforschungen betraut waren. Die pazifistische Propaganda hatte die Stimmung wohl ausgenützt, sie aber nicht geschaffen.

Der Genesungsprozeß der Armee verlief rascher, als man zunächst zu hoffen wagte. Die von General Pétain getroffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Truppe während der Ruhepausen hinter der Front sowie zur Verbesserung der Urlaubsordnung taten ihre Wirkung. Zwei Monate nach dem Ende der Meutereien hörten die pazifistischen Äußerungen, in denen sich die Soldaten in den Urlaubszügen häufig ergingen, fast völlig auf. Auch die Berichte der Postkontrolle stellten übereinstimmend fest, die Moral der Truppe scheine wiederhergestellt.

2. Die Zivilbevölkerung: In der Zivilbevölkerung war das Stimmungstief zwar nicht so ausgeprägt, dafür aber von längerer Dauer; am kritischsten waren hier der Juni und der November, doch auch der Sommer 1917 und der Winter 1917/18 verliefen nicht gerade befriedigend.

Die Junikrise fiel mit den Meutereien in der Armee zeitlich zusammen, ohne daß jedoch eine unmittelbare Verbindung zwischen beiden bestand. Ausmaß und Charakter der Krise zeigen die Berichte der Präfekten von Ende Juni. Nur in zwölf Départements (nämlich den am wenigsten industrialisierten) erklärten die Präfekten die Stimmung für zufriedenstellend. In fünf anderen war sie — ihren Angaben zufolge — mittelmäßig, doch begann das Vertrauen wieder zu wachsen. Überall sonst zeigten sich Anzeichen einer Depression von unterschiedlicher Stärke: „flaue Stimmung" (in fünfzehn Départements), „Mißbehagen" (dreißig Départements), „starke Gereiztheit", die Beunruhigung hervorrief (zehn Départements), „moralische Verwirrung" beim überwiegenden Teil der Bevölkerung (sieben Départements). In drei Départements (Haute-Garonne, Vaucluse, Loire) äußerten die Präfekten sogar unmittelbare Befürchtungen, denn die Bevölkerung „wolle um jeden Preis Frieden" und „weigere sich, einen neuen Kriegswinter hinzunehmen". In der Gironde schließlich sei „das Wort Revolution in aller Munde" und man spreche davon „wie von etwas Unvermeidlichem".

Fast alle Präfekten führten diese depressive Stimmung auf zwei Hauptursachen zurück: auf die tiefe Enttäuschung über das Scheitern der Offensive vom 16. April und auf die Beunruhigung über die Lähmung des russischen Heeres seit dem Sturz

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Zaren. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die man schon Ende des letzten Winters hatte ertragen müssen, verschärften noch die Malaise. Selbst der Kriegseintritt Amerikas löste keine Beruhigung aus, steigerte hier und dort sogar noch die Entmutigung, denn er konnte sich ja erst nach einem Jahr oder achtzehn Monaten militärisch auswirken, zeigte somit an, daß der Krieg noch lange dauern würde.

Im Laufe des Sommers ließ die Depression zwar nach. Die Berichte stellten fest, daß man sich in der Öffentlichkeit weniger pessimistisch äußere und daß auch im privaten Briefwechsel kein Wort mehr von Revolution verlaute. Doch die Sehnsucht nach einem schnellen Frieden fand fast überall weiterhin Ausdruck, ohne daß die meisten sich über zufriedenstellende Kriegsziele weiter Gedanken machten[54].

Im November wuchs der Pessimismus erneut, und wiederum äußerte sich der Mißmut, den Präfekturberichten zufolge, besonders heftig in Limoges, Clermont-Ferrand, Bourges, Besançon, Châlons s/Marne, Troyes und Langres. Aus Lyon und Bordeaux wurde große Kriegsmüdigkeit gemeldet. Im „zivilen" Briefwechsel fanden die Kontrollorgane wieder Anspielungen auf unmittelbar bevorstehende Volksunruhen und sogar auf eine drohende Revolution — namentlich als in St. Etienne ein großer Metallarbeiterstreik unzweideutig politischer Natur ausbrach. Als Ursache dieser neuen Krise der Moral bezeichneten sämtliche Berichte die bolschewistische Revolution — die Deutschland gestatten würde, alle seine Kräfte an der Westfront zusammenzuziehen. Diese Krisenstimmung sprang jedoch nicht auf die Armee über. Der Regierungsantritt Clemenceaus, sein Appell an die nationale Energie, der sofort von ihm aufgenommene Kampf gegen die pazifistischen Tendenzen und sein erklärter Wille, den Krieg „bis zum Siege" zu führen, rissen die Stimmung der Zivilbevölkerung zwar nicht sofort wieder hoch. Doch im Januar 1918 stellten die Berichte fest: „Der Geist Frankreichs hat sich offenkundig erholt und gekräftigt." Und was war die Ursache dieses Wandels? Es waren die Vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson, die „auf die ganze Nation einen tiefen Eindruck" machten, weil sie dem französischen Anspruch auf Elsaß-Lothringen völlig zustimmten und weil sie ferner nachwiesen, daß „eine deutsche Herrschaft über Europa unter allen Umständen verhindert" werden müsse. Hatte ein großer Teil des französischen Publikums am Sieg gezweifelt, so faßte er nun wieder Vertrauen, „aber mehr durch eine Art Glaubensakt als durch verstandesmäßige Überlegung". Gleichzeitig lehnte die Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit den Bolschewismus ab, weil er zu einem russischen Sonderfrieden führen mußte. Trotzdem machte sich namentlich in den frontnahen Gebieten weiterhin Nervosität geltend, da man hier befürchtete, daß die nächste deutsche Offensive einen Teil der Bevölkerung zur Flucht nötigen werde. Das war vor allem im Département Nord, an der Somme, in Nancy und sogar in Besançon der Fall, wo man eine Verletzung der Schweizer Neutralität durch die deutsche Armee erwartete. Andererseits führten einige gewerkschaftliche Gruppen in Lyon, St. Etienne, Clermont-Ferrand, Roanne, Limoges und Orléans

[54] Die Postkontrollkommission in Besançon stellte zum Beispiel im September 1917 fest, daß nur in 52 % der überprüften Briefe der Wunsch nach einem *siegreichen* Frieden ausgedrückt worden sei.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weiterhin ihre pazifistische Propaganda im Sinne des Programms „Weder Annexionen noch Entschädigungen" fort. Und nach Auskunft der Berichte erzielten sie damit in der Arbeiterschaft durchaus Erfolge. In Paris hielten jene Kreise einen „sofortigen Frieden" sogar für wichtiger als eine Lohnerhöhung. Ein Teil der städtischen Bevölkerung zeigte also weiterhin eine bedenkliche Einstellung; die Beobachter hielten die Lage jedoch nicht mehr für gefahrdrohend.

In den Wochen vor der großen deutschen Frühjahrsoffensive 1918 blieb die im Herbst 1917 wiederhergestellte Moral der kämpfenden Truppe durchaus zufriedenstellend. Dies wird von den Beobachtern uneingeschränkt und vorbehaltslos festgestellt. Ein zusammenfassender Bericht des Oberhauptquartiers vom November 1917 über 922 Einheiten (Infanterieregimenter, Artillerieverbände, Dienststellen usw.) bescheinigt 94% von ihnen eine „gute" oder „sehr gute" Haltung. Die große Mehrheit der Soldaten gab ihrer Zuversicht Ausdruck. Sie erklärten, daß die Deutschen „nicht durchkommen" würden, da die Abwehr wohlorganisiert sei.

V

Vom 21. März 1918 bis zum Ende der Feindseligkeiten haben dann wieder die auf französischem Boden tobenden Kämpfe die Reaktion der Öffentlichkeit bestimmt. Es kamen vier Monate eines beängstigenden Abwehrkampfes, in dem das deutsche Heer Erfolg auf Erfolg häufte; dann, nach der „Wendung" vom 17. Juli, weitere vier Monate, in denen die alliierten Armeen dem Sieg entgegen marschierten. Dennoch waren die Umstände, welche die Entwicklung der öffentlichen Meinung beeinflußten, andere als während des Feldzuges von 1914 oder während der Schlacht um Verdun: Die „Union sacrée" bestand nicht mehr; die Regierung Clemenceau mußte mit der Opposition der sozialistischen Partei rechnen, die beschloß, sich nicht mehr an der Regierung zu beteiligen, gleichermaßen die „Union sacrée" wie die Zimmerwalder Bewegung ablehnte und sich ganz auf eine strikte Verteidigung der Arbeiterinteressen hin orientierte; sie mußte ferner den Einfluß des „Comité de défense syndicaliste" in Rechnung stellen, das den Weisungen der CGT nicht mehr folgte[55]. Selbst nach dem Beginn der großen militärischen Operationen dauerte die soziale Unruhe noch mehrere Wochen fort.

Die deutsche Offensive vom 21. März 1918 und der drohende Durchbruch durch die Front an der Nahtstelle der französischen und englischen Armee erregten in der Öffentlichkeit eine Zeitlang große Befürchtungen. Die Beschießung von Paris durch ein deutsches Artilleriegeschütz von großer Tragweite verstärkte sie noch. Aus fast allen Départements berichteten die Präfekten von Nervosität und Besorgnis. Manchmal verglichen sie die deprimierte Stimmung mit jener der letzten Augusttage von 1914. Als jedoch die Meldungen vom Nachlassen der Offensive eintrafen, zeigte sich schnell wieder Zuversicht. Nach Angabe der Präfekten hat jedenfalls diese kurze Depression in keinem Augenblick Unruhen oder pazifistische Kundgebungen ausgelöst: „Alle Gedanken konzentrieren sich auf den Krieg", so heißt es, und „die patrio-

[55] Vgl. A. Kriegel, a. a. O., S. 170 u. S. 205 f.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tischen Gefühle der Massen sind durch die deutsche Offensive neu belebt worden". Und nachdem es gelungen war, diese Offensive trotz großer Anfangserfolge zum Stehen zu bringen, war man allgemein der Auffassung, daß „die Probe bestanden" sei und daß der Feind „nicht durchkommen" werde.

Auch in den folgenden Wochen, im April und Mai, als die mit französischen Truppen besetzten Frontabschnitte nicht unmittelbar bedroht waren — die deutsche Offensive vom 9. April richtete sich gegen die englische Front —, wurde dieses Vertrauen nicht erschüttert[56]. Die Präfekten stellten fest, die Stimmung bleibe trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zufriedenstellend; manche nannten sie sogar ausgezeichnet. Wohl wünschte die Zivilbevölkerung ein Ende des Krieges, doch begriff sie, daß Frankreich, wenn es unter den gegenwärtigen Umständen die Feindseligkeiten einstellte, keinen Verständigungsfrieden erreichen konnte, sondern Bedingungen akzeptieren mußte, „die einer Niederlage gleichkamen". Fast überall wurde die Notwendigkeit anerkannt, den Kampf fortzusetzen, und oft die Hoffnung auf ein siegreiches Ende ausgesprochen, das man dank der amerikanischen Hilfe erreichen werde. Die pazifistische Bewegung befand sich augenscheinlich im Rückgang. In Paris stellte der Militärbefehlshaber fest[57], die „große Mehrheit der Arbeiterbevölkerung" sei im Augenblick allen Tendenzen, die auf Friedenskundgebungen hinausliefen, abgeneigt. Im April meldeten die Berichte aus der Provinz nur drei pazifistische Zentren: unter den Arbeitern des Waffendepots in Brest, wo die Anarchisten schon lange Einfluß hatten; in den Munitionswerkstätten in Bourges, die staatliche Werke sind, und in Ambérieu. Dieser Rückgang der pazifistischen Bewegung war jedoch nicht von Dauer. Mitte Mai lebte ihre Propaganda wieder auf, vor allem als in St. Etienne ein Kongreß der Minderheitsgruppe des CGT stattfand. Diese stand mit Streikbewegungen in Verbindung, die zumeist die Vorrechte der Rüstungsarbeiter zu wahren suchten[58], manchmal aber auch politische Ziele hatten. So erfolgte der Generalstreik im Département Nièvre (18.–21. Mai) mit der Losung „Il faut chercher à négocier la paix", und auch die Streiks der Textilarbeiter in Vienne (Isère) und der Bergarbeiter im Département Gard waren „pazifistisch". Die längste und heftigste Streikbewegung fand vom 15. bis zum 29. Mai im Département Loire statt"; von militanten Aktivisten angezettelt und geleitet, hatte sie offen revolutionären Charakter und war direkt vom russischen Bolschewismus beeinflußt. Aber sie fand bei der örtlichen Bevölkerung keinerlei Unterstützung und wurde von der Mehrheit der Arbeiterschaft verworfen. Die Unruhen legten sich, sobald am 27. Mai am Chemin des Dames die neue deutsche Großoffensive begann.

Diese neue Offensive erweckte in großen Teilen Frankreichs peinliche Überraschung. „Noch nie hat ein Ereignis so stark auf die öffentliche Meinung eingewirkt!",

---

[56] Außer im Département Vaucluse, „das augenblicklich zum Pessimismus hin tendiert", wie der Präfekt schrieb.

[57] Bericht vom 8. Mai 1918.

[58] Die Metallarbeiterstreiks in Le Havre und Le Boucau (Gironde) waren z. B. Protestkundgebungen gegen das „Loi Mourier", das den UK-Stellungen und den besonderen Vergünstigungen für junge Arbeiter ein Ende machen wollte.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konstatierte die Postkontrolle. „Zunächst herrschte Furcht, sodann Bestürzung." Nach Ansicht der Masse hatte der geschaffene gemeinsame Oberbefehl eine Wiederholung solcher Überraschungen verhindern sollen. Wie habe der Feind 30–35 Divisionen auf einen so schmalen Frontabschnitt konzentrieren können, ohne daß dieses Manöver entdeckt worden sei? „Wozu ist der Generalstab da? Und warum konnten die Reserven, über die das interalliierte Oberkommando (nämlich Foch) verfügte, nicht eingreifen?" Die Kritiker wandten sich auch gegen die allzu „autokratische" Regierungsweise. Als besonders schwerwiegend erschien aber, daß eine wachsende Zahl von Stimmen einen raschen Frieden forderten: „Da man keinen Widerstand leisten kann, muß man eben nachgeben." Von örtlichen Nuancen abgesehen, bieten die Berichte der Präfekten das gleiche Bild. Die Politiker wurden unruhig. In der Deputiertenkammer nahm die Opposition am 4. Juni sogar das Oberkommando aufs Korn, und der Ministerpräsident mußte seine ganze Beredsamkeit einsetzen, um eine Vertagung der Debatte zu erreichen. Im vorliegenden Fall war die Erregung im Parlament keine künstliche; sie entsprach vielmehr durchaus den Empfindungen der Masse der Bevölkerung.

Doch Unruhe und Verwirrung legten sich nach dem Scheitern des deutschen Vorstoßes auf Compiègne am 9. Juni. Die Öffentlichkeit begann wieder Zuversicht zu fassen, obwohl jedermann klar war, daß der Gegner noch nicht sein letztes Wort gesprochen hatte. In dieser Phase ruhigen, aber noch angstvollen Abwartens fand die pazifistische Propaganda keinen günstigen Boden. Kaum daß die Berichte Anfang Juli einige Ansätze melden: in Périgueux, in Angoulême und in Tarbes. Im Département Vaucluse, wo schon seit zwei Monaten Pessimismus herrschte, nahm ein sozialistischer Bezirkskongreß einen Antrag zugunsten einer Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den Sozialisten aller Staaten an. Aber das blieben Ausnahmefälle. Andererseits waren gewerkschaftliche Versammlungen, die sich zugunsten des regierungstreuen „Comité confédéral" aussprachen, merklich zahlreicher als solche, die den Parolen des „Comité de défense syndicaliste" folgten. Die Polizeistellen zeigten damals auch nicht die geringste Besorgnis[59]. Und alle Berichte stellten fest, daß die Moral der Truppe — trotz der erlittenen Schlappen — ausgezeichnet sei.

Vom 17. Juli ab (der französischen Gegenoffensive von Villers-Cotterets, die die deutsche Armee zum Rückzug auf die Vesle zwang) entwickelte sich die öffentliche Meinung im gleichen Rhythmus wie die militärische Lage.

Anfang August stellten die Berichte fest, die Stimmung der Zivilbevölkerung sei in den meisten Départements „gut", „sehr gut" oder gar „ausgezeichnet": als die Alliierten, dank dem Eingreifen der amerikanischen Kräfte, zur Offensive übergingen, schien der Endsieg gesichert. In einigen Gegenden (Limoges, Lyon, Clermont-Ferrand, Marseille, Troyes) konstatierten die Berichte freilich nur eine „Besserung" der Stimmung oder eine „Neigung zum Optimismus", ohne sich völlig befriedigt

[59] Sogar als am 11. Juni ein sozialistischer Funktionär in einer Versammlung der 13. Pariser Sektion erklärte, wenn die Regierung gezwungen würde, Paris zu verlassen und die Hauptstadt „ohne Regierungsgewalt" ließe, könnten sich die Arbeiterorganisationen „an die Stelle dieser Regierung setzen".

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auszusprechen[60]. Die pazifistische Aktivität war „fast gleich Null"; Ausnahmen bildeten lediglich das Waffendepot in Brest, die Pulverfabrik in Angoulême und die Gießerei der Marine in Ruelle. In Paris erklärte Merrheim auf einer großen Versammlung der „Fédération ouvrière des associations de mutilés et réformés de guerre"[61] (1200 Teilnehmer) unzweideutig, daß er nicht darauf verzichte, eine Bewegung „für den Frieden der Völker" zu schaffen, räumte jedoch ein, daß der „günstige Augenblick" dafür noch nicht gekommen sei. Er hatte also selber das Gefühl, daß jede pazifistische Aktion von der Öffentlichkeit abgelehnt werden würde. Streikbewegungen hatten ausschließlich Lohnerhöhungen zum Ziel, sie waren überdies selten und sehr begrenzt: die bedeutendste — in dem Pariser Vorort Saint-Ouen — erfaßte nur 650 Arbeiter. Seitdem eine Hoffnung auf Sieg bestand, ertrug die Bevölkerung die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung mit Geduld.

Natürlich zeigte sich der Optimismus im September noch klarer. Mancherorts (in Toulouse, Troyes, Nancy) begann die Bevölkerung auf einen Endsieg innerhalb kurzer Frist — nämlich noch „vor dem Winter" — zu hoffen. Unter den Sozialisten in Paris waren die Anhänger einer vorbehaltlosen Verweigerung der Kriegskredite „immer dünner gesät". Die Opposition im Parlament blieb stumm. Als das österreichische Friedensangebot vom 14. September von Clemenceau mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen wurde, rief dies keinerlei Emotionen hervor.

Im Laufe des Oktobers 1918, während des Notenaustausches zwischen Präsident Wilson und der deutschen Regierung, wurde die öffentliche Meinung nuancierter. Wohl herrschte nunmehr fast allgemein Optimismus, und nahezu überall zeigte sich Begeisterung. Die Anhänger eines „Friedens um jeden Preis" bildeten nur mehr eine kleine Minderheit (nach Schätzung mehrerer Kommissionen der Postkontrolle etwa 5%). Die Möglichkeit eines Kompromißfriedens wurde von der Presse niemals mehr erörtert, obschon der Gedanke daran in einem kleinen Teil der Bevölkerung noch fortlebte, besonders bei den Bauern, die von einem nahen Sieg noch nicht so recht überzeugt waren. Im ganzen bestand also kein Zweifel mehr darüber, daß „die Allgemeinheit den Frieden nur von einem Sieg erwartete". Doch war die öffentliche Meinung dabei in zwei Richtungen gespalten:

Die eine wollte jede Waffenstillstandsverhandlung abgelehnt wissen. Sie erblickte in der deutschen Note vom 5. November „ein verdächtiges Manöver", eine „Falle" und eine „Kriegslist". Die deutsche Armee brauche eine Atempause; erhalte sie eine solche, so könne sie den Krieg wieder aufnehmen: diese Meinung wurde von mehreren Pariser Zeitungen vertreten, vom „Matin", vom „Temps", der „Action française", dem „Rappel", dem „Echo de Paris". Auch bei der Zivilbevölkerung mehrerer Départements (z. B. Loiret, Calvados, Pas-de-Calais) zeigte sich diese Ein-

[60] Das einzige Département, in dem die Beobachter zögerten, ein Urteil abzugeben, war Nièvre, dessen pessimistische Haltung schon früher festgestellt wurde; sie berichteten, die Bevölkerung bleibe „zurückhaltend" mit Äußerungen über den Krieg.

[61] Arbeiter-Vereinigung der Verbände der Kriegsbeschädigten und Ausgemusterten.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellung. In den letzten Oktobertagen verschwand sie jedoch, als Präsident Wilson Waffenstillstandsbedingungen stellte, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten deutscherseits praktisch unmöglich machten und als die Reichsregierung diese Bedingungen annahm. Aber auch als damit die Aufrichtigkeit Deutschlands feststand, redeten einige Zeitungen weiterhin der Verweigerung eines Waffenstillstands das Wort — wenn auch nunmehr aus anderen Gründen. Die Deutschen, so schrieb das „Echo de Paris", würden sich ihrer Niederlage nicht bewußt werden, geschweige sich „als Besiegte fühlen", sofern sie keinen völligen „militärischen Zusammenbruch" erlitten und keine Invasion erlebten. Man müsse, so fügte Charles Maurras in der „Action française" (am 18. Oktober) hinzu, den Feind „die Schrecken und Verwüstungen des Krieges unmittelbar fühlen lassen", um seinen „militärischen Geist" zu vernichten. In der Provinz wurde — wie die Berichte aus den Regionen von Le Mans, Rennes, Nantes und auch aus dem Osten, von Epinal und Belfort, zeigen — der Wunsch, den Krieg in deutsches Gebiet hineinzutragen, von der Mehrheit der Bevölkerung oft ausgesprochen. Die Verfechter dieser Auffassung versäumten nicht, sich auf die Erklärungen der Anhänger einer „bedingungslosen Kapitulation" im amerikanischen Kongreß zu berufen.

Die andere Richtung billigte Verhandlungen über einen Waffenstillstand und erhoffte von ihnen ein schnelles Ergebnis. Sie bestand lediglich auf bestimmten Vorbedingungen: Deutschland müsse so völlig außerstand gesetzt werden, die Feindseligkeiten wiederaufzunehmen, daß es den Alliierten praktisch ausgeliefert wäre; Frankreich müsse außer Elsaß-Lothringen die notwendigen Reparationen und Garantien erhalten. Lasse sich dies nicht erreichen, so müsse der Krieg fortgesetzt werden. Ein voreiliger Friedensschluß wurde jedenfalls eindeutig ausgeschlossen. Aber über Art und Umfang der „Garantien" war man offensichtlich uneins. Die Presse der politischen Rechten und des rechten Zentrums unterstrich die Notwendigkeit, als Garantie für die Sicherheit Frankreichs seine Forderungen hinsichtlich des linken Rheinufers zu erfüllen — ohne daß sie sich genauer darüber ausließ, auch war sie nicht einmütig dieser Ansicht: das „Journal des Débats" erklärte nämlich, man müsse überall und zwar „ehrlich" („loyalement") das Selbstbestimmungsrecht der Völker anwenden. Auf der Linken protestierten die Sozialistische Partei, die CGT und die „Liga der Menschenrechte" „gegen chauvinistische Treibereien einer Presse, die den Einflüsterungen des Eroberungsgeistes nicht selten mehr Gehör schenke als der Stimme des Rechts". Trotzdem nahm auch der Nationalkongreß der Sozialisten eine Resolution an, die für Frankreich die unerläßlichen „militärischen und diplomatischen Garantien" forderte — ohne sie näher zu präzisieren. In diese beiden Richtungen teilte sich auch die Radikalsozialistische Partei: auf ihrem linken Flügel lehnte das „Oeuvre" jede Forderung nach dem linken Rheinufer ab; auf ihrem rechten Flügel hielten diejenigen an dieser Forderung fest, die ihr schon 1916 zugestimmt hatten. Der am 26. Oktober veranstaltete Parteikongreß erklärte, daß die Prinzipien Präsident Wilsons — „Befreiung der unterdrückten Völker" und Schaffung des Völkerbundes — ausreichen würden, Frankreich die notwendigen „Garantien" zu geben; diese Formel schien also jeden Anspruch auf das Rheinland

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auszuschließen. Einen Tag später aber weigerte sich derselbe Kongreß, eine Resolution anzunehmen, die das „chauvinistische Treiben" verurteilte. Beim Großteil der öffentlichen Meinung blieb der Begriff der „Garantien" unklar. Die Postkontrollkommission von Dieppe zum Beispiel, die auf Grund der überprüften Briefe eine starke Strömung zugunsten eines „Siegfriedens" feststelle, vermerkte doch gleichzeitig, daß vom linken Rheinufer selten die Rede sei. Die meisten, die derartige „Garantien" für Frankreich forderten, schienen es der Regierung zu überlassen, sie zu definieren.

Von beiden Richtungen besaß die zweite ohne Zweifel die Mehrheit. Aber auch die Minderheit, die den Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation fortsetzen wollte, beharrte Anfang November nicht mehr auf ihrem Standpunkt. Als sich Clemenceau und Foch darüber einig waren, den Waffenstillstand abzuschließen, focht niemand ihre Entscheidung öffentlich an.

Diese kursorische Darstellung ist natürlich nur eine vorläufige Skizze; sie wird durch weitere Forschungen ergänzt und korrigiert werden müssen. Gleichwohl gestattet sie einigen Einblick in Bildung und Entwicklung der öffentlichen Meinung in Frankreich während des Ersten Weltkrieges. Welche Rolle spielten dabei die Regierung, die politischen Parteien und „pressure groups", sowie die Presse? Und wie reagierte die Masse der Bevölkerung?

Im nationalen Interesse hatte die Regierung die Pflicht, den moralischen Zusammenhalt des Landes zu sichern. Sie bemühte sich daher, die Verbreitung von Nachrichten zu verhindern, die die Bevölkerung beunruhigen und entmutigen oder das Vertrauen zur Führung erschüttern könnten. Mitunter widersetzte sie sich sogar der Verbreitung scheinbar günstiger Nachrichten, weil sie deren Aufbauschung durch die Journalisten und die daraus folgenden Enttäuschungen vorhersah und befürchtete. Ihr Hauptinstrument dabei war die Einrichtung der Pressezensur. Die Handhabung dieser Waffe verdient jedoch eine nähere Untersuchung. Natürlich haben sich die Journalisten unaufhörlich über das Verfahren beklagt. Tatsächlich aber wurden die Entscheidungen der Zensurstellen keineswegs schematisch durchgeführt; denn die von diesen Behörden erteilten Weisungen ergingen nicht immer in festgelegter Form. So hatten die Zensoren häufig den Auftrag, die Unterdrückung eines Artikels bei dem Herausgeber der betreffenden Zeitung „auf gütlichem Wege" zu erreichen, und nicht immer wurden gegen Zeitungen, die sich über einen Tilgungsbefehl hinweggesetzt hatten, Strafmaßnahmen ergriffen[62]. Man muß auch hinzufügen, daß sich die Regierung nicht darauf beschränkte, Verbote auszusprechen. Sie versuchte manchmal auch die öffentliche Meinung zu beeinflussen, indem sie den Zeitungen zu verstehen gab, in welchem Sinne sie ihre Kommentare abfassen sollten. Diese „Informationspolitik" variierte je nach den Umständen und der persönlichen Einstellung der Männer, die an der Macht waren; doch wurde sie vom Herbst 1915 an mit großer Aktivität betrieben.

Die Mitglieder des Parlaments konnten ihre Kontrollrechte gegenüber der Re-

[62] In den Archiven der Zensurbehörde befindet sich ein umfangreiches Verzeichnis der „nicht ausgeführten Tilgungen" für die Zeit vom Oktober 1915 bis Dezember 1916.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gierung nicht unter normalen Bedingungen ausüben — auch nicht, als das politische Leben nach seiner Unterbrechung in den ersten Monaten des Krieges Anfang 1915 wieder in Gang kam. Trotzdem bekundeten sie in wiederholten Malen ihr Mißtrauen gegen die Militärverwaltung und gegen die weitherzige Auslegung, die das Oberkommando seinen Kompetenzen zu geben bestrebt war. Sie versuchten ferner vor allem die Rüstungsfabrikation und die Rekrutierung voranzutreiben. In der Frage der Kriegsziele aber waren die politischen Parteien schon in sich selber uneins; es gab Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit und der Minderheitsgruppe innerhalb der sozialistischen Partei, zwischen den „Clemencisten" und „Caillautisten" unter den Radikalsozialisten, zwischen Nationalisten und Gemäßigten auf der Rechten. Innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen zeigten sich die gleichen Gegensätze. Wegen dieser Divergenzen ist die Aktivität jener „pressure groups", die sich aus Anlaß des Krieges und zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung während des Krieges gebildet hatten, oftmals bedeutsamer gewesen als die der politischen Parteien.

Die Tageszeitungen und die Zeitschriften haben trotz der ihnen durch die Zensur auferlegten Beschränkungen die doppelte Aufgabe, die ihnen zufiel, zu erfüllen versucht: einerseits die öffentliche Meinung widerzuspiegeln, andererseits ihr als Führer zu dienen. Gerade auf dieser Rolle als *Führer* bestand sie. War sie dabei erfolgreich? Man darf dies bezweifeln. Die Provinzblätter jedenfalls hatten den Berichten mehrerer Präfekten[63] zufolge „nur einen sehr geringen Einfluß"; sie spiegelten die Stimmung der Bevölkerung eher wider, als daß sie sie beeinflußten. Sie stellten eine bloße „Informationsquelle für die Landwirte über die Lebensmittelversorgung" dar. Wohl waren die Pariser Zeitungen in der Provinz weit verbreitet, aber auch sie hatten bei weitem nicht den Einfluß, den ihre Auflagenhöhe vortäuschte; denn zumindest von 1916 an waren die Leser den Meldungen der Presse gegenüber äußerst skeptisch.

Die Masse der Bevölkerung reagierte je nach sozialer Schicht und Gegend unterschiedlich. Sie tat dies auch innerhalb der gleichen Schicht. In der Arbeiterschaft hat selbst im Jahre 1917, als die soziale Unruhe am größten war, ein gut Teil die politischen Streiks und die pazifistische Propaganda abgelehnt. Im Bürgertum führten die Gegensätze zwischen denen, die vom Kriege wirtschaftlich profitierten, und denen, deren Lebensstandard absank, naturgemäß zu unterschiedlicher Einstellung. Die Untersuchung dieser Reaktionen der Masse veranlaßt jedoch zu dreierlei Feststellungen:

1. Die Masse der Bevölkerung zeigte eine beträchtliche Eigenständigkeit gegenüber den Tendenzen der offiziellen Propaganda und der großen Mehrheit der Zeitungen: die Lektüre der Presse gibt daher von der öffentlichen Meinung kein zutreffendes Bild.

2. Die Haltung der Öffentlichkeit wurde nicht durch propagandistische Einwirkungen bestimmt, sondern in erster Linie durch die Wechselfälle der militärischen

[63] In den Départements Nord, Pas de Calais, Meuse und Var zu Beginn des Jahres 1918.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lage: zwischen der Moral der kämpfenden Truppe und der Haltung der Zivilbevölkerung bestand fast immer ein enger Zusammenhang — außer im November 1917. Die pazifistische Propaganda hat die depressive Haltung der Bevölkerung zwar auszunützen versucht, sie aber nicht erzeugt.

3. Schließlich haben die „Depressionen" die öffentliche Gewalt zwar sicherlich beunruhigt, namentlich im Jahre 1917; doch haben sie nicht lange genug gedauert, um auf die Entscheidungen der Regierung einen unmittelbaren Einfluß auszuüben und dieser eine andere Politik aufzunötigen.

Unsere Schlußfolgerungen können bei dem augenblicklichen Forschungsstand nicht mehr als Arbeitshypothesen sein. Um sie zu verifizieren, müssen die kritischen Untersuchungen vertieft und müssen vor allem Vergleiche mit den Problemen angestellt werden, die sich bei der Erforschung der öffentlichen Meinung in den anderen kriegführenden Staaten ergeben.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HENRIK LINDGREN

ADAM VON TROTTS REISEN NACH SCHWEDEN 1942–1944

Ein Beitrag zur Frage der Auslandsverbindungen des deutschen Widerstandes

Vorbemerkung des Herausgebers

Der hier abgedruckte Beitrag stammt von einem jungen schwedischen Historiker, der an einer Dissertation über die ökumenische Tätigkeit in Schweden während des Zweiten Weltkriegs arbeitet und zwar als Teil eines größeren Forschungsprojekts „Sverige under andra världskriget". Daß führende Persönlichkeiten der Ökumenischen Bewegung in Schweden Kontakte mit dem deutschen Widerstand, mit den Kreisauern und insbesondere mit Trott hatten, wußten wir bisher schon; ebenso waren Einzelheiten über Trotts schwedische Reisen bekannt. Jede Ergänzung des diese Zusammenhänge erhellenden Quellenmaterials kann nur dankbar begrüßt werden. Die hier abgedruckte Denkschrift Trotts vom Juni 1944 (Anlage II) und der in Stockholm deponierte Brief Moltkes an Lionel Curtis vom 25. März 1943 (Anlage I) fallen an sich in den Rahmen unserer Rubrik „Dokumentation". Aber die Darlegungen von H. Lindgren enthalten außerdem so viele aus Briefen, Tagebüchern und Kalendern gewonnene Aufschlüsse, daß die Aufsatzform beibehalten wurde.

Auf die Übersetzung der englischen Texte und Textstellen sowie auf die Einzelkommentierung der im Gedankengang völlig eindeutigen beiden Dokumente glaubten wir verzichten zu können. H.R.

„I feel that you have fully understood that we do *not* intend to plead for support or even encouragement from friends on the other side – but that we wish to deposite our faith in the necessity of some movement springing from solidaric minds in the whole of Chr. Europe to make salvation possible. Personally, I leave with the conviction that a foundation to this exists and we are called upon to build on it now."[1]

Diese Zeilen schrieb Adam von Trott an den Direktor des Nordischen Ökumenischen Instituts in Sigtuna, Dr. Harry Johansson, als er im Begriff war, Schweden nach seinem ersten Besuch im Krieg im September 1942 zu verlassen.

In Ger van Roons Buch über den Kreisauer Kreis[2], in einer neu herausgekommenen Trottbiographie, die leider zu manchen Ausstellungen Anlaß gibt[3], nicht zu-

[1] Von Trott an Harry Johansson, 26. 9. 1942, Archiv des Nordischen Ökumenischen Instituts (N.E.I.), Sigtuna.

[2] Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand, Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967.

[3] Christopher Sykes, Troubled Loyalty, A Biography of Adam von Trott, London 1968.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

letzt in mehreren Artikeln dieser Zeitschrift[4] sind die Besuche, die von Trott während der Kriegsjahre in Schweden machte, behandelt worden. Als Ergänzung dazu soll hier einiges neue Material dargeboten werden.

Wie Ger van Roon feststellt[5], hatte Harry Johansson bereits vor dem bekannten Treffen in Sigtuna am 31. Mai 1942 mit dem Bischof von Chichester einerseits und über die beiden deutschen Pastoren Dietrich Bonhoeffer und Hans Schönfeld andererseits einen gewissen Kontakt mit Vertretern der Widerstandsbewegung hergestellt. Zu einer kontinuierlichen Verbindung kam es jedoch erst nach dieser Begegnung[6].

Da Harry Johansson nicht in der Lage war, die damit sich stellenden Fragen allein zu entscheiden, ergriff er im Frühsommer 1942 die Initiative zur Bildung einer kleinen Gruppe von christlich orientierten und einflußreichen Schweden, die die Verbindung mit der Widerstandsbewegung aufrechterhalten sollte, insbesondere mit dem Kreisauer Kreis. Zu dieser Gruppe gehörten außer Harry Johansson selbst der Chefredakteur des Svenska Dagbladet, Ivar Anderson, die Bischöfe Manfred Björkquist und John Cullberg, der Oberdirektor der schwedischen Gefängnisse, Hardy Göransson, der Chef von Sandvikens Jernverk, K. F. Göransson, sowie Kammergerichtspräsident Nils Quensel[7].

Eines der ersten Mitglieder, mit dem die Gruppe in Verbindung kam, war Adam von Trott. Am Ende der Gespräche von Sigtuna hatte man ihn bekanntlich als deutschen Kontaktmann genannt, falls die britische Seite bereit sein sollte, dem Wunsch der Opposition nach direkten Verhandlungen[8] zu entsprechen. Die negative Antwort Außenminister Edens auf diese Aufforderung hinderte Trott indessen nicht, nach Schweden zu reisen, um auf der Grundlage der nun fester etablierten Verbindungen zu versuchen, einen neuen Kanal zum Westen zu eröffnen.

Die Angaben über diesen ersten Besuch Trotts (vom 18. bis 28. September 1942)[9] sind recht spärlich. Aus dem Bericht, den Frau Inga Kempe, geb. Carlgren, über ihre Kontakte mit Trott im Jahr 1958 angefertigt hat, geht hervor, daß Trott von einem Schwager von Frau Kempe, H. v. Bodelschwingh, in das Carlgrensche Heim eingeführt wurde[10]. Dort traf er Bischof Manfred Björkquist und Harry Johansson,

---

[4] Z. B. Hans Rothfels, Trott und die Außenpolitik des Widerstandes, in dieser Zeitschrift 12 (1964). S. 300–323.

[5] Ger van Roon, a. a. O., S. 312.

[6] Zu dem Sigtuna-Treffen und seiner Vorgeschichte vgl. Jørgen Glentøj (Hrsg.), Dokumente zur Bonhoeffer-Forschung 1928–1945, Die mündige Welt V, München 1969, S. 260–309.

[7] Mitteilung von Johansson an den Verfasser, 29. 4. 1968. – Im April 1943 trat auch der damalige Dozent an der Stockholmer Hochschule Ingvar Svennilson der Gruppe bei, deren Bestrebungen – außer mit der Widerstandsbewegung Kontakt zu halten, wollte die Gruppe auch die Entwicklung in den nordischen Nachbarländern, vor allem in Norwegen, verfolgen – auch Mitglieder der Familie Carlgren interessierten.

[8] George K. A. Bell, Die Ökumene und die innerdeutsche Opposition, in dieser Zeitschrift 4 (1957), S. 369.

[9] Clarita von Trott, Materialsammlung, S. 251.

[10] Frau Kempe an Frau von Trott, Februar 1958.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der seinerseits Trott mit einigen anderen Mitgliedern der Kontaktgruppe bekannt machte.

In einem Brief an John Cullberg schrieb Harry Johansson darüber am 14. Oktober 1942:

> „Kürzlich hatte ich Besuch von einem recht jungen deutschen Diplomaten, der lange in England, Amerika und Ost-Asien gewesen ist und der eine bedeutende Rolle innerhalb der Opposition spielt. Durch das Zusammentreffen mit ihm sind Anderson, Quensel und Göransson bereits einigermaßen orientiert. Er und ich besuchten außerdem Brilioth, um ihm einen unmittelbaren Eindruck von den Oppositionsbestrebungen zu vermitteln, den er nach England mitnehmen kann."[11]

Über den Besuch bei dem Kammergerichtspräsidenten Quensel (am 24. 9. 1942)[12] berichtet dieser, er sei außerordentlich überrascht worden durch die präzisen Fragen Trotts nach Möglichkeiten einer Verbindung mit den Engländern. Nachdem er dann aber über den Zusammenhang informiert worden sei, habe er versprochen, nach bestem Vermögen zu helfen[13].

Wie aus dem Briefzitat hervorgeht, besuchte von Trott zusammen mit Harry Johansson auch den damaligen Bischof von Växjö, Yngve Brilioth, der im November nach England reisen sollte, um Bischof Bells Schwedenbesuch zu erwidern, und somit bei der Vermittlung von Informationen über die Widerstandsbewegung helfen konnte. Was bei dieser Begegnung behandelt wurde, kann teilweise einem Brief von Harry Johansson an Yngve Brilioth vom 24. Oktober 1942 entnommen werden. Johansson erläutert darin die Pläne der Opposition sowohl im Hinblick auf den Versuch eines Staatsstreichs wie auf die Gestaltung des neuen Deutschland, das danach kommen sollte. Er betont besonders die Notwendigkeit, irgendeine Form von Einverständnis zwischen den angelsächsischen Mächten und Nach-Hitler-Deutschland zu erreichen: „Verständnis zwischen den Westmächten und dem neuen Regime," so hieß es in dem Brief „würde weiter dazu beitragen, die Risiken einer Bolschewisierung Zentraleuropas zu eliminieren. Damit meint man – wie es in unserem Gespräch betont wurde – nicht in erster Linie den von außen kommenden russischen Kommunismus, sondern die innere Bolschewisierung, die in ganz Groß-Deutschland erfolgt."[14]

---

[11] Harry Johansson an Bischof Cullberg, 14. 10. 1942, Archiv N.E.I., Sigtuna.

[12] Kalendernotizen Harry Johanssons, 24. 9. 1942. – Dieser Kalender enthält keine Kommentare, sondern ausschließlich Angaben über Daten und Termine.

[13] Mitteilung Quensels an den Verfasser 19. 10. 1968. Dr. Ivar Anderson schreibt in seinen, nach Abschluß dieses Aufsatzes erschienenen Memoiren folgendes über ein Zusammentreffen mit von Trott am 23. 9. 1942: „Der Zweck seines Besuches war zu erfahren, was ich über Englands Pläne hinsichtlich der Wiederaufbauarbeit nach dem Kriege wüßte. Besonders beunruhigte ihn das harte Urteil über ein besiegtes Deutschland in der Atlantik-Charta – dies war ein stets wiederkehrendes Thema in Gesprächen mit Angehörigen des deutschen Widerstandes." Ivar Anderson, Från det nära förflutna, Stockholm 1969, S. 91.

[14] Harry Johansson an Bischof Brilioth, 23. 10. 1942, Archiv N.E.I., Sigtuna. – Aus diesem Brief ergibt sich allerdings nicht deutlich genug die Hauptfrage, die er an die Engländer weitergeleitet zu sehen wünschte: Welche Alternativen können Sie uns bieten, falls es uns gelingt, Hitler zu stürzen? (Mitteilung von Johansson an den Verfasser, 22. 12. 1968).

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß das Risiko, welches der wachsende kommunistische Einfluß in Deutschland einschloß, eines der wichtigsten Argumente Trotts bei seinen Versuchen war, einen Weg für einen Verhandlungsfrieden mit den Westmächten zu bahnen, wird noch deutlicher werden. Es genügt, an dieser Stelle zu konstatieren, daß die Befürchtungen einer Bolschewisierung auch von seinen schwedischen Kontaktleuten geteilt wurden, wenn es auch vor allem die unmittelbare Bedrohung aus dem Osten war, die sie fürchteten. Der Brief schloß daher mit einem Passus, in dem Harry Johansson unterstrich, wie wichtig es sei, den Engländern den wirklichen Inhalt des russischen Kommunismus zu erklären. „Eine besondere Verantwortung bürdet uns in diesem Zusammenhang die Rücksicht gegenüber Finnland auf."[15] Wenn der Anlaß für Trotts ersten Schwedenbesuch – trotz aller bisherigen Enttäuschungen – die Hoffnung war, den im Vorsommer 1942 in Schweden angeknüpften Kontakt auszubauen und zu vertiefen, dürfte man zu diesem Zeitpunkt die Aussichten auf eine Fühlungnahme mit den Westmächten sowohl auf deutscher als auch auf schwedischer Seite relativ günstig beurteilt haben.

Als von Trott etwa ein Jahr später – im Oktober 1943 – wiederum nach Schweden kam, war die Situation stark verändert. Bei El Alamein und Stalingrad hatte sich das Kriegsglück zugunsten der Alliierten gewendet, was die Möglichkeiten der Opposition, eine positive Antwort auf ihre Vorstellungen zu erhalten, beträchtlich verschlechtern mußte. Dazu kam dann, daß die Casablanca-Formel des „unconditional surrender" die Staatsstreich-Pläne lähmte, weil man den Generalen jetzt keine andere Alternative bieten konnte, als sich vollständig dem Feind zu unterwerfen. Es wurde deshalb zur wichtigsten Aufgabe Trotts, durch seine Verbindungen in den neutralen Ländern – neben den Besuchen in Schweden unternahm er auch mehrere Reisen in die Schweiz und in die Türkei[16] – die Alliierten zur Preisgabe ihrer Forderungen nach bedingungsloser Kapitulation zu veranlassen.

In die Vorgeschichte der zweiten Reise Trotts nach Schweden, in die Natur des Auftrags, den er in Stockholm auszuführen hatte und in die Art des geplanten direkten Kontakts mit dem britischen Geheimdienst führt ein Brief Moltkes ein, den Ger van Roon schon erwähnt hat[17]. Er war an Lionel Curtis gerichtet, erreichte diesen aber nicht und kann hier nach einer Abschrift (im Besitz von Johansson) wiedergegeben werden[18]. Der Brief endet nach einer für Moltkes Auffassung bedeutsamen Schilderung der Probleme der deutschen Opposition mit der Bitte an Curtis, sich um eine ständige Verbindung zwischen der Widerstandsbewegung und England zu bemühen, und zwar so, daß ein Vertrauensmann mit dem besonderen Auftrag, sich mit den Zielen der Opposition auf dem Laufenden zu halten, in der britischen Gesandtschaft in Stockholm plaziert werde. Wichtig sei dabei, daß der

[15] Es glückte Bischof Brilioth während seines Besuchs in England, der Widerstandsbewegung einige Dienste zu leisten. Er soll direkten Kontakt zu Außenminister Eden gehabt haben. Vgl. die Angabe in: Die mündige Welt V, S. 277.

[16] Ger van Roon, a.a.O., S. 308ff., S. 317f.

[17] Ebenda, S. 305.

[18] Siehe Anlage I, v. Moltke an Lionel Curtis, 25. 3. 1943.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

englische Kontaktmann Moltke bekannt sei und nichts mit dem Secret Service zu tun habe, wenn auch die Informationen, die auf diesem Weg vermittelt würden, früher oder später dem Geheimdienst des Gegners zur Kenntnis gelangen dürften. Deshalb hätte es Moltke am liebsten gesehen, wenn Michael (Balfour), einer der nächsten Mitarbeiter von Curtis, für den Posten als Verbindungsmann zur Widerstandsbewegung ausgewählt worden wäre. Moltke übergab den Brief Harry Johansson zur Weiterbeförderung, bevor er nach Deutschland zurückkehrte. Die Weitergabe erwies sich indessen als nicht so einfach. Johansson wollte das Risiko nicht übernehmen, das die Beförderung des Briefes in dieser Form bedeuten mochte. Er bat deshalb den Generalsekretär im internationalen CVJM-Verband, Tracy Strong, der sich im Juli 1943 für einige Wochen auf Besuch in Schweden befand, den Inhalt des Briefes auswendig zu lernen, um so bei seiner Rückreise in die USA den Bischof von Chichester, den er kannte, informieren zu können[19]. Das geschah dann auch. Und in einem Brief an Harry Johansson schrieb Bischof Bell am 25. September: „I was very glad to get news of you through Tracy Strong at the end of August. All that he told me was most interesting and I have shared the news with Lionel Curtis who was very grateful and took steps to follow it up."[20]

Welche Schritte Curtis unternahm, kann aufgrund des zur Verfügung stehenden Materials nicht beurteilt werden. So viel dürfte jedoch klar sein, daß die Kontakte, die Trott später in Stockholm mit zwei Personen des Secret Service aufnahm, nicht Resultat des in Moltkes Brief ausgedrückten Wunsches waren[21]. Daß Curtis sich – in offenbarem Widerspruch zur Bitte seines deutschen Freundes, den britischen Geheimdienst nicht einzuschalten – an diese Organisation gewandt haben sollte, ist undenkbar. Statt dessen versuchte er wohl, die Genehmigung für Balfour oder eine andere ihm gleichwertige Person zu erwirken, in Stockholm einen Repräsentanten Moltkes, in diesem Fall Adam von Trott, zu treffen.

Vieles deutet in der Tat daraufhin, daß Trott, als er am 27. Oktober 1943 zu seinem zweiten Besuch in Stockholm eintraf[22], beauftragt war zu erkunden, ob es Curtis geglückt war, einen Verbindungsmann zu schicken, und falls das der Fall war, mit ihm zusammenzukommen. Einer der ersten, den Trott in der schwedischen Hauptstadt traf, war Harry Johansson. Er vermittelte für ihn eine Begegnung mit zwei Mitgliedern der schwedischen Kontaktgruppe, Manfred Björkquist und Ivar Anderson[23]. Der wesentliche Inhalt der Tagebucheintragungen, die der zuletzt Genannte über das Gespräch mit Trott machte, ist in van Roons Buch wiedergegeben[24]. Aufs neue betonte Trott – wie schon im Gespräch mit Bischof Brilioth ein

[19] Mitteilung von Johansson, 22. 12. 1968.

[20] Bischof Bell an Harry Johansson, 25. 9. 1943, Archiv N.E.I., Sigtuna.

[21] So die Annahme von van Roon, a.a.O., S. 304.

[22] Clarita von Trott, Materialsammlung, S. 251. – Trotts zweite Reise nach Schweden wurde dadurch möglich, daß das Außenpolitische Institut in Stockholm ihn auf Drängen von Johansson einlud, einen Vortrag über südostasiatische Probleme zu halten.

[23] Kalendernotizen von Harry Johansson, 28. 10. und 30. 10. 1943.

[24] Van Roon, a.a.O., S. 316. – Trott fragte Anderson, ob er glaube, daß von alliierter Seite Hilfe zu erwarten sei, falls es der Widerstandsbewegung glücke, ihre Pläne eines Staatsstreichs

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahr zuvor – sehr stark die Gefahr der Bolschewisierung Deutschlands als Folge der fortschreitenden moralischen Auflösung[25]. Durch Vermittlung der beiden Legationsräte Werner Dankwort und Karl Georg Pfleiderer, von denen zumindest der letztere auf Trotts Anraten hin in Stockholm eingesetzt worden war, kam es auch noch zu anderen schwedischen Kontakten, u.a. mit dem späteren Botschafter in London und Paris, Gunnar Hägglöf[26].

Die Hauptaufgabe – eine direkte Verbindung mit England nach den Wünschen Moltkes herzustellen – konnte von Trott jedoch nicht erfüllen, weil es Curtis offenbar nicht gelungen war, einen geeigneten Repräsentanten nach Schweden zu schicken. In einem Brief an Harry Johansson, den Trott kurz vor seiner Abreise aus Stockholm schrieb, heißt es: „Die von Ihnen vermittelten Besuche haben beide, soweit dies sachlich möglich war, einen guten Verlauf gehabt. Aber sowohl sie als alle meine anderen Eindrücke bestätigen für mich die dringende Erwünschtheit Ihrer eigenen westlichen Reise."[27]

Worauf hier Bezug genommen wird, ist die Erwägung der schwedischen Kontaktgruppe, ob nicht ihr Gründer im Herbst 1943 nach England reisen sollte, um die führenden britischen Politiker von den Problemen und Plänen der Widerstandsbewegung zu unterrichten. Man kam jedoch nicht über das Vorbereitungsstadium hinaus, da das schwedische Außenministerium – und in ihm vor allem der Chef der politischen Abteilung, Staffan Söderblom, – dem Vorschlag der Gruppe absolut negativ gegenüberstand[28].

Wahrscheinlich, um nicht ganz ergebnislos nach Deutschland zurückzukommen, bat Trott Inga Kempe, die – wie er wußte – gute Kontakte zur Stockholmer Diplomatie hatte, zu versuchen, ihn mit einigen Vertretern der britischen Gesandtschaft in Verbindung zu bringen. Nach der Darstellung von Sykes[29] kam es in der Tat zu einer Begegnung zwischen Trott auf der einen und Mr. Hinks sowie Mr. Knapp-Fischer auf der anderen Seite. Wenngleich beide offiziell als Pressesekretäre galten, gehörten sie doch auch zum Secret Service. Eine besondere Ausbeute scheint das Gespräch nicht gebracht zu haben. Es konnte jedoch als Einleitung zu näheren Kontakten dienen, und Trott bat Frau Kempe, ihn mit Hilfe eines speziellen Briefcodes zu unterrichten, falls man auf britischer Seite ihn wiederzutreffen wünsche[30]. Am 3. November verließ Adam von Trott Stockholm. Er kehrte indessen wenige Monate später, Mitte März 1944, wieder zurück[31].

---

zu verwirklichen. Anderson hielt dies für ziemlich unwahrscheinlich. Er vermittelte dennoch eine Begegnung Trotts mit dem schwedischen Außenminister Günther. Dieser teilte Anderson später mit, daß er von Trott einen vorteilhaften Eindruck gewonnen habe; er habe ihm auch gewisse Informationen geben können.

[25] Tagebuchaufzeichnungen von Ivar Anderson, 30. 10. 1943.

[26] Erwähnt von Christopher Sykes, a.a.O., S. 403.

[27] Trott an Harry Johansson, 3. 11. 1943, Archiv N.E.I., Sigtuna.

[28] Mitteilung von Johansson, 22. 12. 1968.

[29] Sykes, a.a.O., S. 403.

[30] Frau Kempe an Frau von Trott, Februar 1958.

[31] Clarita von Trott, Materialsammlung, S. 251.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für diesen dritten Besuch nimmt Sykes[32] eine ausdrückliche Aufforderung seitens der britischen Gesandtschaft als Ursache an, und er weiß von einem Memorandum, das Trott auf die Aufforderung hin verfaßte, und das sich gegen die Formel des „unconditional surrender" wandte. Dem liegt ein richtiger Tatbestand zugrunde, nur die Datierung auf den dritten Besuch ist irrig. Das ergibt sich u.a. daraus, daß Frau Kempe bezeugt, Trott habe bei dem Memorandum die Mithilfe von Johansson in Anspruch genommen und ihm eine Kopie übergeben[33]. Nach van Roon[34] befand dieser sich aber zur Zeit des dritten Besuches von Trott auf Reisen in Deutschland und der Schweiz. Im übrigen geht aus dem Material, das sich mit Sicherheit mit dem Märzaufenthalt befaßt, deutlich hervor, daß Trott diesmal über seine Verbindungen mit einflußreichen Schweden die Frage beantwortet haben wollte, ob die Alliierten im Falle eines Regimewechsels in Deutschland mit ihren Bombenangriffen (auf Berlin) aufhören könnten, daß er aber instruiert war, Fragen wie die des „unconditional surrender" nicht zu berühren[35]. Trott hat sich an diese Instruktion gehalten. Wie bereits während seiner vorhergehenden Stockholmer Besuche traf er auch dieses Mal mit Ivar Anderson zusammen, der in seinem Tagebuch aufgezeichnet hat, was in den beiden Gesprächen am 14. bzw. 18. März behandelt wurde. Nachdem bei der ersten Unterredung die allgemeine politische Situation und dabei auch die Frage, wie sich Stalin zu einem Regimewechsel in Deutschland stellen würde[36] diskutiert worden war, nahm Trott während des zweiten Gesprächs die Frage der Bombenangriffe wieder auf:

> „Die Hauptfrage war für ihn: Wie könnte man es den Engländern zur Kenntnis bringen, daß das Schlimmste, was passieren könnte, wäre, wenn sie ihre Luftangriffe gegen Deutschland auch dann fortsetzen würden, wenn eine Regimeveränderung durchgeführt worden wäre. Das würde das deutsche Volk so bewerten, daß England nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland als solches mit der Absicht kämpfte, es vollständig zu vernichten. Würde ein Regimewechsel dagegen dazu führen, daß die Luftangriffe aufhörten, würde das mehr als alles andere dem neuen Regime Möglichkeiten geben, sich durchzukämpfen und zu bestehen."[37]

Ivar Anderson, der von den Ausführungen Trotts stark beeindruckt war, versprach, die Engländer von seinen Ansichten zu unterrichten. Er tat das während eines Mittagessens in der britischen Gesandtschaft, bei dem er Walter Monckton

---

[32] Sykes, a.a.O., S. 412ff.

[33] Siehe Anmerkung 30.

[34] Ger van Roon, a.a.O., S. 317.

[35] Vgl. den in dieser Zeitschrift 12 (1964), S. 322, veröffentlichten Auszug aus Albrecht v. Kessels Tagebuchaufzeichnungen über ein Gespräch mit Trott unmittelbar nach seinem Märzbesuch in Stockholm.

[36] Tagebuchaufzeichnungen Ivar Andersons vom 14. 3. 1944: „Er fragte mich, ob ich wirklich glaubte, daß Stalin Frieden mit z.B. den Generalen oder einer anderen deutschen Regierung schließen würde, und ich antwortete, daß es eine Reihe von Gründen dafür gäbe, die dafür sprächen, daß er sehr wohl eine solche Stellung beziehen würde. Gewisse Reden und auch gewisse Handlungen deuteten in eine solche Richtung."

[37] Anderson, a.a.O., 18. 3. 1944.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

traf, einen Junior-Minister in Churchills Regierung, der gerade in Schweden zu Besuch war. Obwohl Monckton seine Sympathie für den deutschen Widerstand ausdrückte, wollte er auf die Frage einer Einstellung der Bombenangriffe überhaupt nicht eingehen. Die Alliierten könnten keiner politischen Bewegung in Deutschland entgegenkommen, die nicht die vollständige militärische Niederlage akzeptiere[38]. Erst um den Monatswechsel Mai/Juni herum geschah es dann, daß Mr. Hinks Frau Kempe mitteilte, Trott solle unverzüglich nach Stockholm kommen, weil man mit ihm von britischer Seite über wichtige Angelegenheiten verhandeln wolle. Inga Kempe versuchte – wie verabredet – unmittelbar eine entsprechende Nachricht nach Berlin zu schicken; doch aufgrund einer Indiskretion der Presse war von Trott gezwungen, die Reise nach Schweden einem Kollegen, Alexander Werth, zu überlassen.

Die Verhandlungen, die dieser unter schwierigen Verhältnissen mit einem Repräsentanten der britischen Gesandtschaft führte, blieben ergebnislos[39]. Von britischer Seite wurde hervorgehoben, daß man lediglich bereit war, mit Trott – und einzig mit ihm zu verhandeln („The German negotiator had to be Adam and Adam alone"). In der Tat glückte es Trott dann noch einmal, einen glaubwürdigen Vorwand für eine Reise (die vierte) nach Stockholm zu finden. Als er in der schwedischen Hauptstadt eintraf (19. 6. 1944), war auf seinen Wunsch an die Stelle von Mr. Hinks und Mr. Knapp-Fischer Mr. David McEwan getreten, ein hochgestellter britischer Beamter, der jedoch auch dem Geheimdienst angehörte[40].

Während der Gespräche, die in der Wohnung Frau Kempes geführt wurden[41], erläuterte McEwan – nach Frau Kempes Bericht –, daß die Alliierten die Absicht hätten, eine umfassende Bombenoffensive gegen die großen Industriezentren im westlichen Deutschland einzuleiten. Bevor man sie starte, wolle man sich indessen über die Stärke der deutschen Widerstandsbewegung unterrichten. Habe sie genug Kräfte, den Alliierten zu helfen, den Krieg rasch zu beenden, könne die Bombenoffensive vermieden werden. Darauf antwortete Trott, daß er bereit sei, McEwan alle gewünschten Informationen zu geben, allerdings unter einer Bedingung: daß die Alliierten ihre Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands aufgäben. Ein solches Versprechen konnte McEwan selbstverständlich nicht aus eigener Vollmacht geben; er bat Trott stattdessen um eine schriftliche Darlegung seiner Gesichtspunkte. Dieser verfaßte dann ein Memorandum, von dem Harry Johansson ein Exemplar zur Verfügung stellen konnte[42].

Darin beschreibt von Trott – jedoch ohne Namen zu nennen – die Zusammen-

[38] Mitteilung von Anderson, 17. 12. 1968.

[39] Van Roon, a.a.O., S. 317. – Sykes, a.a.O., S. 423f.

[40] Frau Kempe an Frau von Trott, Februar 1958.

[41] In Harry Johanssons Terminkalender vom Jahr 1944 befindet sich unter dem 21. 6. die Anzeichnung „Adams Mc Inga". Bei einem Gespräch mit dem Autor (22. 12. 1968) erklärte Harry Johansson, daß er im Juni 1944 von Trott mit McEwan in der Wohnung Inga Kempes zusammenführte.

[42] Siehe Anlage II, das Schriftstück ist mit Trotts eigenhändigen Korrekturen versehen, so daß die Authentizität nicht bezweifelt werden kann.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

setzung der Widerstandsbewegung und ihre Möglichkeiten, einen Staatsstreich durchzuführen. Sehr stark betont er, daß die Zusammenarbeit mit den Westmächten nur unter der Voraussetzung zustande kommen könne, daß sie die Forderung nach einer „unconditional surrender" fallenließen oder wenigstens den Inhalt dieses Begriffs präzisierten. Sonst wäre zu befürchten, fügt er hinzu, daß die Männer, die jetzt in Opposition zu Hitler stünden, sich an die Spitze einer neuen Widerstandsbewegung stellen könnten. Auf Einzelheiten des Dokuments soll hier nicht eingegangen werden. Sein Rang als Selbstbekundung des Widerstands unmittelbar vor dem Versuch, das Naziregime zu stürzen, dürfte einleuchtend sein.

Zu der Behauptung, daß Trott sich während seines letzten Schwedenbesuchs – er kehrte am 3. Juli 1944 nach Deutschland zurück[43] – auch mit dem russischen Gesandten in Stockholm, Madame Kollontai, in Verbindung gesetzt habe, braucht hier nicht Stellung genommen zu werden. Einen Hinweis darauf könnte man in dem Gespräch mit Ivar Anderson im März sowie in der Tatsache vermuten, daß Trott sowohl während seines März- wie auch während seines Juniaufenthaltes eingehende Gespräche mit dem damaligen Attaché bei der schwedischen Gesandtschaft in Moskau, Sverker Åström, führte[44]. Aber neben anderen Zeugnissen (Pfleiderer) darf das von Inga Kempe, die Trott bei seinem letzten Aufenthalt in Stockholm am nächsten stand, die Zweifelsfrage dahingehend lösen, daß Trott zwar versucht hat, mit Mme. Kollontai in Kontakt zu kommen, es ihm aber nicht glückte[45].

Was dagegen mit Sicherheit angegeben werden kann, ist, daß Trott zusammen mit Hans Heinrich Brunner, einem Sohn des bekannten Theologen Emil Brunner, das Mitsommerfest in Sigtuna bei Harry Johansson verbrachte[46]. Von seinen Erlebnissen und der Stimmung in die sie ihn versetzt hatten, handelt ein Brief, den er am 25. Juni an die Mutter Inga Kempes, Frau Fanny Carlgren schrieb. Zum Abschluß darf ein Passus aus diesem Brief zitiert werden:

> „Gestern war ich über Nacht in Sigtuna und hatte auch ein gutes Gespräch mit Ihrem Freunde Manfred. Er steht wirklich über den Dingen und schöpft aus seiner tiefen religiösen Erlebniskraft. – Von Harry bin ich auch diesmal ganz besonders angetan. Er hat ein reifes und verantwortliches Urteil, vor allem auch in hohem Maße die in diesen Dingen absolut erforderliche Behutsamkeit. Das Schwergewicht des Geschehens liegt auch weiterhin nicht in diesen Gesprächen, die hier und da noch geführt werden können. Das wird später wiederkommen. Im Augenblick kann man dem fürchterlichen Gericht, das über die ganze Menschheit niedergehen wird, nicht Einhalt gebieten – nur dafür sorgen, daß nicht auch die guten Kräfte für die Zukunft mitzerschmettert werden. Im Grunde meines Herzens bin ich auch jedoch ganz ruhig in der Empfindung, daß dies wohl im einzelnen, aber nicht im ganzen zugelassen wird und daß vielleicht schon der nächste Friede ganz erstaunliche menschliche Möglichkeiten bei uns, wo man sie vielleicht am wenigsten erwartet, freilegen wird. Seien Sie also bitte nicht betrübt, wenn ich über jene Ge-

[43] Clarita von Trott, Materialsammlung, S. 247.

[44] Tagebuchaufzeichnungen von Ivar Anderson, 18. 3. 1944. – Kalendernotizen von Harry Johansson, 20. 6. 1944.

[45] Frau Kempe an Frau von Trott, Februar 1958.

[46] Kalendernotizen von Harry Johansson, 23. und 24. 6. 1944.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

spräche selbst im Augenblick etwas resigniert urteile. Wir müssen die Kraft haben, uns für den Augenblick bereitzuhalten, in dem wirklich alles von uns gefordert wird und wirklich ein nützlicher Beitrag zu leisten ist."[47]

Anlage I[48]

Lionel Curtis, Esqu.,
Hales Croft,
Kidlington
Oxon

or *All Souls' College,*
Oxford.

Stockholm, March 25th. 1943.

Dear Mr. Curtis,

This letter has a chance of getting into your hands without passing any censor. And I want to take this singular opportunity of giving you an analysis of conditions in my country, and to make some proposals as to how matters could be speeded up.

1.

I have to write a preface to what I have to say. From my experience I distrust judgment and discretion in matters of internal political developments of everybody connected with missions abroad. For one thing we get highly confidential stuff from practically every British and much worse still every American legation or embassy. Probably your people repay us the compliment in tapping the stuff inside our legations; but in the first case such information has killed more than one man whom we can ill spare. I have the impression that diplomats are so used to live in their very limited circles prying on each other and lauding each other that they are naive as soon as it comes to the facts of life. Indeed one sometimes has the feeling that diplomats lead such a secluded life, that they simply cannot imagine what life really is like on our continent. There are grand words to describe the conditions of life on the Continent; but for lack of imagination what that looks like in reality these words do not really convey anything to the person using them much less to the one hearing them.

There is a further caution in the same line, that is the prevalence of the secret service view as opposed to the political point of view. From the point of view of the secret service everything I do and with me many men and women is simply destructive of the third realm, thereby destructive of the chief enemy and therefore laudable. But from the point of view of politics the same rule applies in dictatorships or tyrannies as in democracies: you can only get rid of one government if you can offer another government, and that means, that the mere process of destroying the third realm can only get under way if you at least are able to propound an alternative. This view is not in sight of the man with the secret service point of view, and this lack can have very grave consequences not only for the post-war-period but also for the chances of destroying the third realm with assistance from inside.

By the way this argument has been propounded to me by more than one man from the underground organisations in the various occupied countries.

2.

People outside Germany do not realise the following handicaps under which we labour and which distinguish the position in Germany from that of any other of the occupied countries: lack of unity, lack of men, lack of communications.

[47] Von Trott an Frau Fanny Carlgren, 25. 6. 1944 (im Besitz von Frau Kempe).

[48] Schreibweise wie im Original, nur ganz offensichtliche Tippfehler wurden verbessert.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lack of unity: in all countries under Hitler but Germany and France the people are practically united. If it be in Norway or Poland, in Greece, Jugoslavia or Holland the vast majority of the people are one in mind. In Germany, and to a lesser extent in France this is different. There are a great many people who have profited from the third realm and who know that their time will be up with the third realm's end. This category does not only comprise some few hundred people, no it runs into hundreds of thousands and in order to swell their number and to create new posts of profit everything is corrupted. – Further there are those who supported the Nazis as a counterbalance against foreign pressure and who cannot now easily find their way out of the tangle; even where they believe the Nazis to be in the wrong they say that this wrong is counterbalanced by a wrong done to us before. – Thirdly there are those who – supported by Göbbels' propaganda and by British propaganda – say: if we losse this war we will be eaten up alive by our enemies and therefore we have to stand this through with Hitler and have to put him right, i.e. get rid of him thereafter: it is impossible to change horses in midstream. – You may disagree with those reasons just as strongly as I do, but you must take them into account as politically effective to make for disunity. Therefore while, practically speaking you can trust every Dutchman, Norwegian etc. as to his intentions, you have to probe deep into every German before you find out whether or not you can make use of him; the fact that he is an anti-nazi is not enough.

Lack of men: In our country we have, practically speaking no young men left, men of the age-groups which make revolutions, or are at least its spearhead. You have got young or at least fairly young workers in your home factories, you have your young men training in your own country. All this is different with us, all our young men, even those in training, are far beyond our frontiers. Instead we have got more than 8 million foreign and potentially hostile workers in the country, and their numbers are going to be swelled to 10 millions and not a man younger than the age-group of 1899 in the country. The exceptions to this rule are but for the secret police and the SS negligeable. And those who still are there and are active are terribly overworked and have no strength to spare. The women, if they are not engaged on war-work of one kind or another are fully occupied – physically but especially mentally – in keeping their houses in order. The worse the economic strain gets the less likely a revolution becomes, because people are so occupied in simply living. Food-distribution is fairly allright, though it takes also a lot of time; but if you endeavour to buy anything else you will have an exhausting experience. If you need an envelope, want your shoes repaired, your dress mended, your coat cleaned, if you are so audacious as to ask for nails or a toothbrush, for glue or a cooking-pot, a piece of pottery or glass, if you try to park your child anywhere or need a doctor you will find the fulfilling of anyone of these desiderata a full-time job. You have to wait and to run, to stand and to bid, to press and to plead and in the end you will probably only get what you want if you have something to offer in return, be it services or goods. And all this additional work falls on the women. While the men forget in their job of soldiering completely what work is like, the women are thoroughly overworked. And that means not only that they are occupied physically with these jobs, they are of course, but the worst is that their head is full of thoughts about stratagems to get what you need be it a toothbrush or a doctor. When a woman goes to sleep her last thought probably is: „I must not forget that they said they might get some envelopes at three, and the doctor's office said, he might be back by 6.30; but what do I do with my child while waiting for the doctor; it may be 9 before I come back." There is no time even to think of the war.

Lack of communication: That is the worst. Can you imagine what it is like if you

a. cannot use the telephone,

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

b. cannot use the post,
c. cannot send a messenger, because you probably have no one to send, and if you have you cannot give him a written message as the police sometimes searches people in trains, trams etc. for documents;
d. cannot even speak with those with whom you are completely d'accord, because the secret police has methods of questioning where they first break the will but leave the intelligence awake thereby inducing the victim to speak out all he knows; therefore you must limit information to those who absolutely need it;
e. cannot even rely on rumour or a whispering-campaign to spread information as there is so effective a ban on communications of all kind that a whispering-campaign started in Munich may never reach Augsburg.

There is only one reliable way of communicating news, and that is the London wireless, as that is listened in to by many people who belong to the opposition proper and by many disaffected party-members.

3.

Some of this devilish machinery has been invented by the Nazis, but some of it has been produced by war itself. But this machinery is used to great effect by the ruling class. Their first aim is to keep the army out of touch with the political trends in the country. They succeed in this to a great extent. None but men on leave and those manning anti-aircraft guns are in the country. When on leave they do not want to be bothered and their relatives do not want to bother them. When out of the country, the information they get by post is very scanty as their womenfolk dare not write to them for fear off repressive measures which are and have been taken. Besides the soldiers lead a fairly secluded life. Where they are they usually appear in great strength and have only the enemy to cope with. Most officers especially lead a life far above their status in civilian life. The normal soldier does not know more about conditions in Germany than you, probably a great deal less. And besides the soldiers are continuously led into positions where there is no choice but to fight. Their mind is occupied with the enemy as fully as the housewife's is occupied with her requirements. „The German general and soldier must never feel secure otherwise he wants to rest; he must always know that there are enemies in front and at his back, and that there is only one thing to be done and that is to fight." This remark Hitler addressed to field-marshall Manstein who proposed to fortify some line way behind the front line.

But even in Germany people do not know what is happening. I believe that at least 9tenths of the population do not know that we have killed hundreds of thousands of jews. They go on believing, that they just have been segregated and lead an existence pretty much as the one they lead only farther to the east where they came from. Perhaps with a little more squalor but with out airraids. If you told these people what has really happened they will answer: you are just a victim of British propaganda; remember what ridiculous things they said about our behaviour in Belgium in 1914/18.

Another fact: German people are very anxious about their men or boys who have been reported missing in Russia. The Russians have allowed our men to write home, which was a very wise thing for the Russians to do. Well these letters are, on their arrival in Germany locked up or destroyed but not allowed to reach the relatives. About 1000 of these cards had passed the censor through some technical error. The recipients who then tried to answer in the normal way through the ordinary channels were there upon arrested, questioned and kept in confinement until they had realised what it would mean to them if they ever talked about the fact that they had received news from their men. Things like that go on in Germany for months and perhaps years and this is a bit of information for which Germans are eagerly waiting; you

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cannot explain it away, as you could with the example given about the jews, with the argument that the Germans are impolitic and do not want to hear, that they have put jews to death. No, even these facts about the communications from Germans in Russia are neither known nor, where you tell them, believed. And where the facts become known as with officials dealing with the cards or their relatives, their is a widespread belief, that the cards are faked and that the Führer in his magnanimity does want to prevent the raising of hopes by the beastly Russians which are unfounded and must give way to still deeper dispair once the facts become known.

A third fact: We have now 19 guillotines working at considerable speed without most people even knowing this fact, and practically nobody knows how many are beheaded per day. In my estimation there are about 50 daily, not counting those who die in concentration camps. – Nobody knows the exact number of concentration camps or of their inhabitants. We have got a concentration camp only a few miles from our farm, and my district-commissioner told me, that he only learnt of the fact that there was a concentration-camp in his district when he was asked for orders to stop an epidemic of typhoid from spreading to a neighbouring village; by that time the camp had existed for months. Calculations on the number of KZ-inhabitants vary between 150.000 and 350.000. Nobody knows how many die per day. By chance I have ascertained that in one single month 160 persons died in the concentration-camp of Dachau. We further know fairly reliable, that there are 16 concentration-camps with their own cremation. apparatus. We have been informed that in Upper-Silesia a big KZ is being built which is expected to be able to accomodate 40 to 50.000 men, of whom 3 to 4000 are to be killed per month. But all this information comes to me, even to me, who is looking out for facts of this nature, in a rather vague and indistinct and inexact form. We only know for certain, that scores, probably many hundreds of Germans are killed daily by the various methods, and that these people die not a glorious death as those in the occupied countries do, knowing that their people consider them heroes, but an ignominious death knowing that they are classed among robbers and murderers.

4.

What is happening to the opposition, the men „of whom one hears so much and notices so little"as a headline in a paper lately said.

Well, first of all it looses men, at a considerable rate. The quickworking guillotines can devour a considerable number of men. This is a serious matter; not alone because of the loss of life; that has to be faced, as we will not be able to get out of the quandary into which we have been led without considerable sacrifices in men. The worst is that this death is ignominous. Nobody really takes much notice of the fact, the relatives hush it up, not because there is anything to hide, but because they would suffer the same fate at the hands of the Gestapo if they dared telling people what has happened. In the other countries supressed by Hitler's tyranny even the ordinary criminal is a chance of being classified as a martyr. With us it is different: even the martyr is certain to be classed as an ordinary criminal. That makes death useless and therefore is a very effective deterrent. Secondly the opposition has thrown sand into the machine. It will probably never be known to what extent this has helped your people. But the extent to which that has been done is very considerable especially in the higher bureaucracy. There is seldom a week when I do not notice something that must have been done in order to prevent a command from being executed or at least from becoming fully effective.

Thirdly the opposition is saving individual lives. We cannot prevent the ferocious orders from being given, but we can save individuals. And this is done in all walks of life. People who have been officially executed still live, others have been given

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sufficient warning to escape in time. This is especially so in occupied countries: their is no denying the mass-murders, but once the balance is drawn, people will perhaps realise, that many thousands of lives have been saved by the intervention of some German, sometimes a Private and sometimes a general, sometimes a workman and sometimes an high-ranking official.

Fourthly the opposition has made many mistakes. The main error of judgment has been the reliance placed on an act by the generals. This hope was forlorn from the outset, but most people could never be brought to realise this fact in time. The same reasons which made it impossible for the french generals to get rid of Napoleon prevent this happening in Germany. To expound the reasons would be too long a process. The main sociological reason is that we need a revolution not a coup d'état, and no revolution of the kind we need will give generals the same scope and position as the Nazis have given them, and give them today.

Fifthly the opposition has done two things which, I believe, will count in the long run: the mobilisation of the churches and the clearing of the road to a completely decentralised Germany. The churches have done great work these times. Some of the sermons of the more prominent Bishops catholic as well as protestant have become known abroad, especially two sermons of the Bishop of Berlin Count Preysing, of May 16th (?) 1942 and December 20th. 1942. But the most important part of the churches' work has been the continous process by which the whole clergy practically without exception have upheld the great principles in spite of all the intense propaganda and the pressure exerted against them. I do not know of a single parson who in a church demolished by British bombs held a sermon with an antibritish strain. And the churches are full Sunday after Sunday. The state dare not touch the churches at present, and in order to get over this difficulty the churches have been requisitioned in many places for storing furniture saved from bombed houses; thereby the state hopes to make church-work slowly impossible,

The breaking down of the idea of a highly centralised German state has made considerable progress. While two years ago the idea of a completely decentralised Germany was considered an utopia it is today nearly a commonplace. This will ease the transitory period between war and peace, and may, perhaps, make a meeting of the minds possible.

5.

Two general observations can be added: one on war-criminals and one on the threat of communism. The punishment of political criminals once the third realm has come to an end will this time be very popular with the German people. You must realise, that we have a concentration-camp-population of some 250.000, certainly once again that number of men have lost their lives through the nazis' hands, and probably another 250000 have once been in a camp but have been released and fight or work somewhere. These 750.000 men and/or their relatives have only one big desire: to kill the person whom they consider responsible for their special case. And this by the quickest procedure possible, if attainable with their own hands. And those who are killing people in occupied countries are to a great extent the same people who have killed or imprisoned Germans, unless they are drawn from other countries, especially from Latvia. – By the way most of the most brutal SD-men, murderers etc. have been drawn either from Austria or from the Sudetenland, the minority are toughs from the smaller Germany, and probably a quite minute minority only from Prussia. – Therefore it is a need of the internal German politics to bring these men to justice, perhaps even to death without justice, and the only way in which this could be prevented would be by making these toughs national heroes suffering for Germany instead of being punished by Germans.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

The „danger of communism" is in our position very real. But as things are this danger arises mainly in the group of intellectuals and not among the workmen. The reason is that those workers who would go communist are already nazis. And those who are nazi are ready to go communist any day. If one does not take care, one will find all those brutal SA and SS men posing as persecuted communists, who now have to avenge themselves on their opponents. But those workers who are not nazi now, and that is the majority of the older and highly skilled workers, are completely fed up with all kinds of totalitarianism. These are the workers on which we must build not on those who can escape with a simple change of colour without change of heart. You see the fight against nazism is not confined to one class or another: it goes on inside the classes and there are adherents to each creed at all levels of the society at the top as well as at the bottom. If there is anything you can say about classes it is this: broadly speaking the middle classes are nazi or at least most highly afflicted by one form of totalitarianism or another, and the lower ranks of the Prussian nobility as far as it still possesses land is least afflicted, is in fact practically immune from any kind of totalitarianism. The nobility of the higher ranks from dukes upwards and the nobility of the South and West of Germany is much more afflicted by this disease and the urbanised nobility is really part of the middle-classes. These middle-classes tend, where they are anti-nazi to be philo-bolshewist, philo russian etc. The feel uncertain of themselves and hope for the great new strength that shall come from the East.

6.

Now my plea in these circumstances is for a stable connection between the German opposition and Great Britain and a connection not based on secret service relations, not used mainly to extract information but a political connection. I do not want this in order to discuss possible peace-terms, possibilities of a post-war-world. I want this connection in order to assist our war against Hitler, our internal war. I enclose a note I made about a certain event which has occupied us lately. If we had had a stable connection with Great Britain we could have discussed common strategy in exploiting these facts. As we have not got this connection we have to grope about in the dark hoping that the information which comes to your people will not be used in such a way as to discredit and perhaps andanger us. – Occasions like this will recurr, and other occasions will make contact useful. But I hope that this one example will show you what I mean without further details or examples.

7.

Now how can this be done technically? We would have to have a man in Stockholm who knows Central Europe and who, working under the general guidance of the ambassador would have special functions to keep in touch with the various underground movements in Europe, especially in Germany and would have to deal with them on a basis of political discussion and cooperation. We would supply him with addresses here which would contact him with the oppositions in various countries under Hitler. Preferably it should be a man whom I know or about whom I know something, because time is precious and with a stranger it will take some time to get intimate and real personal contact is required.

But there are two main points one about his position and one about his powers. Although subject to the general guidance of the ambassador he should be free from all entanglements of secret service work. As far as I can make out the channels of all secret services of the various nations are the same, and most agents will work for at least two parties. Therefore whatever you put into the secret service of one country will in due course be known to the secret services of all other countries. As a result the

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

secret services of all countries are secret to everybody but its opponent. There may be an all-important time-lag before one bit of information available to one secret service percolates to the other, but in the end it will get there and there is not much to be thankful for, if the guillotine is simply postponed for 3 months.

As to the powers I have to offer the following remark: the man must be able in certain circumstances to provide one of us with everything necessary to get to Britain and back in a short time, so that if necessary common plans can be discussed viva voce.

Well these are the proposals and I hope you will be kind enough to give them a thought. Perhaps they will be brought to you by one of our Swedish friends, if not, they will contain the address of one of our friends, with whom you could put a man you sent here in contact. You will realise that you must please not mention my name in this connection unless it is to a man placed so highly as to be able to decide himself without handing the information with the name on to some superior. The name must most certainly never appear in writing anywhere.

As far as I am concerned I would, of course, prefer to have Michael here in Stockholm be it as principal or as an adviser to the principal.

I do not feel able to add personal notes to this letter. I have written separate letters to Michael and Julian and have given them all the news. They know that they shall show their letters to you, and perhaps you will be good enough to show them from this letter what you think worth while showing.

I send my love to you both, Yours ever

Anlage II

Adam von Trotts Memorandum – Juni 1944

I have been asked to name such groups in Germany who have for patriotic reasons opposed Hitler all along and would therefore be able to cooperate later on.

Since it is still not clear, though it is believed in German opposition groups that the official British attitude even towards an anti-nazi government is expressed by the formula of unconditional surrender, it is unfortunately only possible to give a somewhat qualified answer.

It is necessary also to clear up first what type of „opposition" one is thinking of, if one is to arrive at a realistic view of the situation. There are, no doubt, genuine anti-nazi elements which would for patriotic reasons cooperate under such conditions, if and when they come about, in a nonpolitical capacity in administrative and technical functions etc. Later on it would be comparatively easy to work out a list of these persons. This is, however, a highly precarious procedure considering the hazards to which these will be exposed in the meantime. It is moreover extremely improbable that those who are preserving their cooperation for this eventuality will then be in a strong enough position to exercise any effective public authority when the nazi system actually breaks up. It would then be necessary to wait and rely upon the allied armed forces to suppress nationalist as well as anarchist elements which are bound to arise everywhere in the country.

A distinctly different type of opposition consists of those who are not waiting for outside events but are actually trying all along to remove and replace the present system. It may be difficult to credit these people in spite of their so far invisible achievements from abroad, but it would be a serious mistake to form an estimate of the probable developments on the continent without taking their existence into

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

account. Naturally this type of person will tend in the struggle that he is engaged in to consider cooperation or even communication on the basis of unqualified „unconditional surrender" psychologically and politically impossible.

After the abandonment of the Atlantic Charta for Germany and in the absence of any alternative set of principles according to which a defeated Germany will be treated, „unconditional surrender" is interpreted by this group of people as really implying the surrender of even the most elementary conditions for rebuilding after the war – the deliberate exchange, in fact, of one lawless tyranny for another. The abandonment of the principle of selfdetermination for German populations must, in the absence of any other limitation against complete arbitraryness, to their mind entail the slicing up of national territory at the instigation of uncontrolled passions in neighbouring countries violated by Hitler, an arbitrary slave traffic in German workers and soldiers and denial of the right themselves to meat out justice to Nazi criminals, which seems to them an indispensible presupposition in the process of regaining a rudimentary sense of national selfrespect.

These people know that in order to establish even a minimum of effective public authority during and after the breaking point, they must – in the face of all material hardships and deprivations which will be inevitable – at least represent a sense of renewed inner integrity and national self respect which, owing to an almost complete ignorance of the real bias and intentions of the Western powers, they feel is being implicitly denied to them at present.

It is, I think, no exaggeration to state that the very persons now most effectively challenging Hitlers command will, if their present conception of Western intentions proves correct, be ultimately driven underground and form the leadership of a German resistance movement.

Some assurance, however, regarding the territorial integrity (or self-determination) of the main body of German speaking population, some understanding about the orderly procedure of military demobilisation by the German command in cooperation with Allied control commissions and about the punishment of Nazi criminals by German courts (excepting perhaps those cases of flagrant outrages of a more local character where arrests have been effected on the spot) would remove the worst obstacles now barring confidence and contact between this opposition group and the Western allies.

In order to gain effective control within Germany it is, in turn, necessary for these men to rely on the unreserved cooperation of certain senior personalities in the Oberkommando, certain leading elements in the uncorrupted sections of the Ordnungspolizei and the municipal police authorities of several of the larger cities, and certain militant groups formerly belonging to the Social Democratic Party, Reichbanner, Trade Union movement etc. These individuals are naturally unwilling to shoulder the burden and blame of Hitlers defeat unless they can hope to offer the people some improvement or advantage in their situation compared to what would follow Hitler's own defeat. Accepting unconditional surrender now, they would feel unable later on to counteract the mass slogan of having „stabbed in the back" our fighting forces – a slogan which is bound to recur even more violently and immediately than it did after 1918. From the start they would prove unable to squash nationalist or anarchist extremism as unpatriotic. The country would inevitably split into a nationalist and a communist camp, possibly an interminable civil war the two sides of which would probably expect and find support from the respective great powers in the east and west. The emergence of two opposing post-nazi Germanies would become irresistable; preponderance under the psychological conditions prevailing at the moment would most likely acrue for the national-bolchevist side, while in the parts occupied by the

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Western powers nationalist opposition would quite possibly cluster around a new „Hitler legend" to the effect that had he been allowed to continue his delaying fight, the hostile coalition might have broken after all, occupation of German territory prevented etc. etc.

It is held by this group that at present no political support of their effort to prevent this is forthcoming from the Western powers. It is further realized that there are political tendencies among the Western allies to discredit and if possible to destroy every, even an anti-nazi nucleus of German political integration as a political danger for the future.

As long as it seems necessary for the Western powers to confine their war policy exclusively to the military aspect of unconditional surrender this group feels that the only alternative to further immense sacrifices of life and to the risk of a completely unmanageable chaos in Europe depends primarily on their own success bringing to a head their already advanced preparations to establish an effective and reliable political system, before or at least during the break down of Hitlers military and political machine. They know that this cannot be achieved by a military dictatorship. Though the first phase of taking over can only be effected by armed force, they know that internally and externally all depends on the establishment of a democratic civilian government broadly representative of all genuinely anti-nazi groups within the country, i.e. the two Churches, the moderate as opposed to the violently communist working class organisations, the conservative and progressive elements in the burocracy and army. A group of political leaders potentially representative of all these strata has been formed and works in close contact with the military commanders who are engaged in their own preparations. Some of these political leaders are known in England and have been carrying on intermittent contacts with the outside world through neutral countries. But it will, I trust, be considered reasonable that under the present circumstances a strict rule has been accepted that the top figure and the composition of the active inner group is not to be disclosed as long as the attitude of the Allies has not been more clarified. Apart from vital considerations of safety they feel that the giving of names would *under present conditions* serve no other interests but those of war intelligence and propaganda and may thereby destroy the last nucleus by which a minimum of civilized order in the Western sense could be rebuilt in Germany.

It is impossible to give a concrete estimate of the chances of success since this depends on many different and precarious circumstances which it is difficult or impossible to understand from abroad. It is recognized, however, that the opposition must first act and establish itself and then cope with the practical political possibilities on all sides, provided that some qualification of the term „unconditional surrender" is forthcoming.

It is, as I know, a matter of sincere regret to the very men on whose behalf this statement has been written that owing to the present impasse it had to be confined to an indication of the basic character of the militant type of opposition in Germany. There can be no doubt, however, that if some authoritative understanding were forthcoming regarding the main points and obstacles which appear to bar the way to cooperation, the group in question would supply the information which proves indispensable to bring it about.

It may be permitted in conclusion to emphasize that the utmost possible secrecy is a vital prerequisite, but that a practical advance seems only possible by the mutual dispatch of reliable agents who are personally acquainted with the men, plans and measures the coordination of which is likely to become necessary in this matter.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

LÉOPOLD-JOSEPH BONNY DUALA-M'BEDY

DIE PROBLEMATIK AFRIKANISCHER STAATENBILDUNG

In den Sozialwissenschaften beobachten wir in den letzten Jahren eine besondere Tendenz, die Gültigkeit der aus dem westlichen Geschichtszusammenhang hervorgegangenen Erfahrungskategorien in der Entstehungsgeschichte der sogenannten jungen Staaten Afrikas und Asiens zu beweisen. Damit werden die außereuropäischen Völker, die soeben ihre Unabhängigkeit erlangt haben, als potentielle Träger westlicher Geschichtserfahrung angesehen, einer Erfahrung, die offensichtlich für universal gehalten wird. Deshalb geht man in der durch die neuen Phänomene aufgeworfenen Diskussion davon aus, daß diese Staaten Afrikas dieselben Erfahrungen der Staatswerdung gemacht haben wie die europäischen und amerikanischen. Soweit man ihnen diese abspricht, stellt man auch ihre Existenzfähigkeit in Frage.

Dem Beweis, daß so grundlegende Begriffe der europäischen Geschichte wie „Nation" oder „Staat" auf die politischen Verhältnisse Afrikas anwendbar sind, liegt der Gedanke zugrunde, die bei der Verselbständigung afrikanischer und asiatischer Staaten entstandenen Gesellschaftstrukturen als *fait accompli* zu betrachten, das weder rückgängig zu machen, noch revisions- bzw. reformbedürftig sei. Dieser kritiklosen Übertragung westeuropäischer Kategorien, die einer Manipulation gleichkommt, entspricht auf der anderen Seite die Skepsis derjenigen, die den nichteuropäischen Völkern eine angeborene Unfähigkeit, sich selbst zu regieren, zuschreiben wollen.

Die Tendenz, das Kriterium für die Beurteilung der Menschen, die noch vor einem Jahrzehnt unter kolonialer Herrschaft standen, nach wie vor im Erfahrungsbereich der westeuropäischen Kolonialmächte zu suchen, wirft die Frage nach dem Sinn der Unabhängigkeit überhaupt auf. Es fragt sich, ob die Freigabe der ehemaligen Kolonialgebiete zu rechtfertigen ist und ob nicht mit der Übernahme der westlichen Staatsauffassung und ihrer Einrichtungen, denen universaler Wert beigemessen wird, im Grund der koloniale Status quo verewigt wird. Damit ist der Ausgangspunkt für die grundlegenden Probleme der Entstehung dieser neuen „Staaten" angedeutet. Ist die juristische Auflösung des kolonialen Imperiums Symptom für eine geistige Wandlung in der Einstellung des westlichen Menschen zu seiner Außenwelt oder handelt es sich dabei lediglich um eine Akzentverschiebung innerhalb der traditionellen politischen Haltung des Westens? Weder die biologischen Thesen der Kulturpessimisten, noch die weltpolitische Konstellation der postkolonialen Ära geben Anlaß zu der Hoffnung, daß das Ende des Kolonialismus für die westliche Welt auch den Verzicht auf Hegemonie einschließt. Die Haltung gegenüber den nichteuropäischen Menschen ist nur etwas differenzierter geworden. Gewiß, man ist von dem mittelalterlichen Bild des „Heiden" ebenso abgekommen wie von dem in der Renaissance antithetisch gesetzten Begriff des

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Wilden" oder dessen Glorifizierung im Zeitalter der Aufklärung. Die evolutionistischen Thesen des 19. Jahrhunderts, die den Begriff der „Primitivität" im Sinne des Embryonalen erfanden, haben der Vorstellung Platz gemacht, daß diese vielmehr Ausgangspunkt eines progressiv sich entwickelnden Geschichtsablaufs ist. Heute spricht man vom „Entwicklungsmenschen", dem seit dem Mittelalter – sozusagen als apostolisches Paradigma – der westliche Mensch gegenübersteht. Von diesem behaupteten Apostolat wird die politische Haltung gegenüber den nichtabendländischen Menschen bestimmt.

Das Phänomen der Entstehung dieser sogenannten jungen Staaten Afrikas, die durch ihre Herkunft aus dem kolonialen Status inmitten einer fremden Tradition und vor dem Dilemma stehen, daß sie einerseits einen eigenständigen Staatsaufbau wünschen, der ihr Selbstverständnis widerspiegelt, auf der anderen Seite aber die wesensfremden Ordnungskategorien der Kolonialzeit beibehalten, muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. In seinem Buch „Afrika – Geschichte und Gegenwart"[1], das 1961 erschien – also ein Jahr nach dem sogenannten Afrikajahr, in dem achtzehn afrikanische Kolonialgebiete ihre Unabhängigkeit erlangten – verwendet Hans Mukarowsky für die jungen Staaten Afrikas eine Klassifikation, die das Scheitern eigenständiger national-afrikanischer Zielsetzungen schon einschließt. Seiner These zufolge werden die afrikanischen „Staaten" auch weiterhin maßgeblich von britischen, französischen oder anderen nichtafrikanischen Einflüssen geprägt. Setzt man aber voraus, daß der Statuswechsel von der Kolonie zum souveränen Staat ein rein formaler Prozeß war, der keine neue Ausgangssituation für Selbstverständnis und Selbstbewertung der Afrikaner schuf, dann erübrigt sich jede Diskussion über die Problematik der Entstehung afrikanischer „Staaten". Es sollen hier einige Vorgänge beleuchtet werden, die zur Entstehung der modernen afrikanischen Staatsgebilde und zur gegenwärtigen Krisensituation geführt haben. Dabei ist zunächst das Problem des afrikanischen Nationalismus zu untersuchen.

Ursprung und Wesen des afrikanischen Nationalismus

Der afrikanische Nationalismus ist im Grunde nicht-afrikanischen Ursprungs. Es dauerte fast ein halbes Jahrhundert, bis gebürtige Afrikaner in die Diskussion eingriffen und damit auch den afrikanischen Kontinent zum Ausgangsfeld nationaler Gefühle machten. Ursprünglich war dieser Nationalismus eine Angelegenheit der Nordamerikaner und Kariben, die zum erstenmal den Begriff des „Panafrikanismus"[2] verwendeten, der dann allgemein die ideologische Alternative zur Unterdrückung der Neger in der ganzen Welt bezeichnen sollte. Die Abschaffung

[1] Verlag Herder, Wien 1961.

[2] In Anknüpfung an andere Pan-Bewegungen im 19. Jahrhundert. Von deutscher Seite wurde die Bewegung neuerdings ausführlich behandelt bei: Imanuel Geiss, Panafrikanismus, Zur Geschichte der Dekolonisation, Frankfurt/M. 1968.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Sklaverei brachte dem amerikanischen Neger nicht die erhoffte Verbesserung seiner gesellschaftlichen Lage. Die offizielle Aufwertung des äußeren Status zog den Terror extremer Gruppen und schließlich die Segregation der Schwarzen nach sich. Dennoch wurde gerade das beginnende 20. Jahrhundert als Anfang eines Milleniums wirklicher Freiheit und eines neuen Humanismus angesehen[3].

Die enttäuschte Stimmung der Neger in Amerika und die Hoffnungen, die man in die Zukunft gesetzt hatte, gipfelten in der Idee von Afrika als dem gelobten Land. Parolen wie „Zurück nach Afrika" und „Afrika den Afrikanern" sollten sie lebendig machen. Sie wurden von Weißen nicht unerheblich unterstützt, die damit an die philantropische Bewegung zur Heimführung der Negerbevölkerung im 19. Jahrhundert (Sierra Leone, Liberia) anknüpften[4].

Ursprünglich wurden diese Kampfrufe Marcus Aurelius Garvey in den Mund gelegt. In Jamaika geboren, hatte er sehr früh erkannt, daß seine Heimat nicht für umstürzlerische Bewegungen geeignet war. Er verlegte deshalb 1916 sein Tätigkeitsfeld nach Harlem, wo die aus dem Krieg zurückgekehrten Negersoldaten immer noch auf die politische Freiheit und die soziale Gerechtigkeit warteten, in deren Namen sie gekämpft hatten. Die später als Garveyismus bekanntgewordene Bewegung schildert Padmore, ein früher Anhänger Garveys, in seinem Buch „Panafrikanismus"[5]. Er bezeichnet Garvey darin als faschistisch. Tatsächlich waren Garveys politische Gedanken eine Reaktion auf die gesellschaftlichen Verhältnisse Jamaikas. Dort war die Gesellschaft streng nach der Hautfarbe in Klassen gegliedert, und Garvey selbst gehörte zu der untersten. Sein Plan ging dahin, die reine schwarze Rasse zu erhalten, um mit ihr ein Negerimperium zu gründen, in dem die Neger ihre eigene Regierung besitzen sollten und Politik nach rassischen Gesichtspunkten betreiben konnten. Zu diesem Zweck schuf er u. a. eine „Neger-Kapitalgesellschaft", die, wie der Name „Universal Negro Improvement Association" besagt, die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der schwarzen Bevölkerung zum Ziel hatte und Grundlage des neuen Staates sein sollte. Diese „Utopia negra" war ab 1920 in New York lebendig, bis die UNIA 1923 in Konkurs ging.

Der Begriff ‚Panafrikanismus' wird auf den Westinder Sylvester Williams zurückgeführt, der im Rahmen seiner Londoner Anwaltstätigkeit zum Verfechter der *causa africana* wurde. Vom 23.–25. Juli 1900 hielt er in London eine panafrikanische Konferenz ab, um für seine Idee zu werben[6]. Er beabsichtigte „eine Bewegung ins Leben zu rufen, deren Ziel es war, allen afrikanischen Rassen, die in ‚zivilisierteren' Ländern leben, ihre vollen Rechte und ihre Geschäftsinteressen zu sichern"[7]. Williams spannte wie Garvey die ökonomischen Möglichkeiten für seine

---

[3] Siehe hierzu: Booker T. Washington, N. B. Wood und Fanni Bassier Williams, A New Negro for a New Century, Chikago 1903.

[4] Vgl. hierzu Hanspeter Strauch, Panafrika, Zürich 1964, S. 19 u. 22.

[5] George Padmore, Panafricanism or Communism? The coming struggle for Africa, New York 1956, Kap. 10. Vgl. auch Geiss, a. a. O., S. 205 ff.

[6] Vgl. Strauch, a. a. O., S. 27; Geiss, a. a. O., S. 143 ff.

[7] Bishop Alexander Walters, My Life and Work, New York, Revell 1917, S. 251.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politischen Pläne ein und sah als Folge seiner Tätigkeit bereits eine Blütezeit der aus sozialer Misere herausgeführten schwarzen Rasse anbrechen.

Diese Zukunftsvision, die auf dem Vorrang einer Rasse beruhte, ist Bestandteil der panafrikanischen Bewegung bis zu ihrer „Afrikanisierung" geblieben. In dieser frühen Phase drückt sie sich in der Betonung der „african personality" aus, die auch in den folgenden Programmen und Beschlüssen politischer Organisationen eine Rolle spielt. Solche fremden Einflüsse muß man bei der Betrachtung von Ursprung und Entstehung des späteren Panafrikanismus beachten, denn sie – nicht die realen Verhältnisse Afrikas – bilden die ideellen Grundlagen der sogenannten afrikanischen Staaten. Die realen Verhältnisse hielt man für anachronistisch und leugnete sie deshalb bei der Ausarbeitung der neuen Verfassungen.

Der von Sylvester Williams ins Leben gerufene panafrikanische Gedanke verlor an Beachtung, als Williams kurz nach seinem Londoner Auftreten in seiner Heimat starb, bis ein Teilnehmer seiner Konferenz, William Eduard Burkhardt DuBois[8], ihn 1919 durch die Organisation eines panafrikanischen Kongresses wieder aufnahm und mit der Forderung nach Emanzipation der Menschen dunkler Hautfarbe verband. Dadurch wurde DuBois zum eigentlichen Begründer der Bewegung. Er sicherte sich zunächst einen festen Rückhalt in der amerikanischen Negerbevölkerung – sogar gegen deren allgemein anerkannten ersten Führer Booker T. Washington. Seiner Aktivität ist die Gründung der heute noch bestehenden National Association for Advancement of Coloured People (NAACP) im Jahr 1909 zu verdanken. Das Signal zur Internationalisierung seiner Bewegung gab er am Ende des Ersten Weltkriegs, der für ihn wie für viele sozial Unterdrückte die Befreiung vom Mythos der privilegierten weißen Rasse und ihrer ethischen Grundsätze brachte. Im Schatten der Versailler Friedenskonferenz hielt DuBois vom 19.–21. Febr. 1919 in Paris einen panafrikanischen Kongreß ab. Dort versuchte er zum erstenmal, den Panafrikanismus zu „afrikanisieren". Indem er sich an den französischen Abgeordneten aus Senegal, Blaise Diagne, um Unterstützung wandte, öffnete er die Tür für potentielle Teilnehmer aus Afrika – zwölf sind aber nur erschienen – und lenkte die Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Probleme Afrikas. Mit seinen revolutionären Forderungen trug DuBois dazu bei, daß die ehemaligen deutschen Kolonien nach dem Krieg den Status von Mandatsgebieten erhielten[9]. Nur seitens der Afrikaner, um die er geworben hatte, erfuhr er keine begeisterte Zustimmung. Das blieb so bis zum panafrikanischen Kongreß des Jahres 1927 in New York. Auch dort fanden sich noch keine afrikanischen Nationalisten ein, denen daran gelegen war, das ganze Kolonialsystem in Frage zu stellen. Erst die Verlegung des Sitzes der panafrikanischen Bewegung von New York nach London, die nach dem Überfall Mussolinis auf Äthiopien und der anschließenden Gründung eines Solidaritätskomitees in London erfolgte, veranlaßte einige Afrikaner, unter ihnen Yomo Kenyatta, der einer der Organisatoren des Komitees war, sich der DuBoisschen

[8] Vgl. Geiss, a.a.O., S. 157ff.
[9] Vgl. Strauch, a.a.O., S. 33f.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bewegung anzuschließen. Auch die Londoner Gruppe gehörte ihr an. Aber erst die weltpolitische Lage am Ende des Zweiten Weltkriegs förderte die Entwicklung eines afrikanischen Selbstbewußtseins stärker[10]. Die Afrikaner hatten im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg an der Seite ihrer Kolonialherren gekämpft. Auf der Konferenz von Brazzaville zu Beginn des Jahres 1944 war deshalb Charles de Gaulle den politischen Forderungen der afrikanischen Völker im französischen Bereich entgegengekommen. Ihr Beitrag zum Sieg und ihre Treue zu Frankreich sollten durch eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen und Institutionen vergolten werden[11].

Dieser emanzipatorischen Entwicklung verdankt der Panafrikanismus und damit auch der afrikanische Nationalismus seinen Erfolg. Sie bestimmten den Ton auf dem 5. panafrikanischen Kongreß, der vom 15.–21. Oktober 1945 in Manchester abgehalten wurde[12]. Dort trat Kwame N'krumah als radikalster Verfechter des Antikolonialismus auf[13]. Seine These, daß die bei den früheren Kongressen aufgestellten Forderungen, die sich im wesentlichen mit einer Verbesserung der Lage der schwarzen Bevölkerung in den Kolonien befaßten, nur in einem unabhängigen Afrika verwirklicht werden könnten, sicherte ihm den Erfolg. In seinen Ausführungen wurde zum erstenmal der Gedanke ausgesprochen, daß die Unabhängigkeit Afrikas die Voraussetzung aller Veränderungen sei. Da die Afrikaner zu diesem Zeitpunkt noch kein eigenes politisches Programm besaßen, ist dieser Kongreß als Geburtsstunde des afrikanischen Nationalismus anzusehen. Er wurde nun anstelle des Panafrikanismus Ausgangspunkt aller Zielsetzungen. Der Panafrikanismus sollte eine Umdeutung erfahren, die N'krumah in Manchester mit folgenden Worten zur Diskussion stellte: „Die künstliche Grenzziehung und Aufteilung westafrikanischer Gebiete durch die imperialistischen Mächte waren bewußte Versuche, die politische Einigung westafrikanischer Völker zu hintertreiben."[14] Dem wurde die Idee der afrikanischen Einheit, die sich gegen eine „Balkanisierung" Afrikas richtete, als konstruktives Ziel entgegengestellt. Der Panafrikanismus wurde damit von seiner biologischen Motivierung gelöst und zum ideologischen Kern der politischen Idee eines vom Wendekreis des Krebses bis zum Kap geeinten Afrika[15]. N'krumah ergänzte seine Forderung nach Unabhängigkeit, die sich anfangs nur auf Westafrika[16] bezog, durch den Entwurf einer gesamtafri-

---

[10] Vgl. hierzu Meyer Fortes, The Impact of the War on British West Africa, in: International Affairs 21 (1945), S. 206; und James S. Coleman, Nigeria, Background to Nationalism, Berkeley 1960, S. 251.

[11] Vgl. hierzu Rudolf von Albertini, Dekolonisation, Die Diskussion über Verwaltung und Zukunft der Kolonien 1919–1960, Köln 1966, S. 419ff.

[12] Vgl. Geiss, a.a.O., S. 299ff.

[13] Über ihn ausführlich Geiss, a.a.O., S. 285ff.

[14] Nach Strauch, a.a.O., S. 40.

[15] Cheich Anta Diop, Les Fondements Culturels, Techniques et Industrielles d'un Futur Etat Fédéral d'Afrique Noire, Paris 1960, S. 36; dazu auch Kwame N'krumah, Africa Must Unite, London 1963.

[16] N'krumah machte seine Ausführungen in Manchester im Ausschuß für Westafrika. Die

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kanischen Einigung und bezeugte damit seinen Sinn für die Erfordernisse des afrikanischen Nationalismus. Als es jedoch um die praktische Verwirklichung des Gedankens ging, zeigte sich, wie global und vage die Vorstellungen N'krumahs waren. Er vermochte die Gegensätze innerhalb der von den Kolonisationsmächten gesetzten Staatsgrenzen nicht zu überbrücken, weil er diese als gegebene Gliederungen hinnahm. Der Wunsch nach Unabhängigkeit allein reichte dazu nicht aus[17]. Wichtiger war für N'krumah, in welchem Rahmen die Einigung verwirklicht werden konnte. Der Panafrikanismus, der sich nun auf Afrika beschränkte, barg, besonders nach dem Unabhängigkeitsboom der 60iger Jahre, auch das kritische Moment des afrikanischen Nationalismus in sich. Die bürokratische Klasse der assimilierten französischsprechenden Afrikaner sah in ihren revolutionären Bestrebungen zunächst keinen Bruch mit dem Mutterland. Erst die Berührung mit dem panafrikanischen Nationalismus ließ den Wunsch nach Unabhängigkeit in ihr wach werden, und nur mit ihrer Unterstützung erlangte die Unabhängigkeitsbewegung allgemeine Bedeutung, konnte der Panafrikanismus zum Programm werden für den Versuch, eine eigene politische Identität zu finden. Dieses Programm war kein konstruiertes Dogma, sondern Formulierung der Rechte, die die schwarze Rasse in einer veränderten Weltkonstellation für sich beanspruchte. Das Bewußtsein ihrer Rechtlosigkeit war in der Kolonialzeit schon latent vorhanden, doch haben die Afrikaner sie erst nach dem Anstoß durch ihre amerikanischen Rassegenossen artikuliert. Die Bewegung des Panafrikanismus wurde so von einer amerikanischen zu einer afrikanischen Erscheinung. Damit erhielt sie eine nationalistische Ausprägung.

Unabhängigkeitsbewegung und Panafrikanismus sind keine parallel verlaufenden Erscheinungen gewesen, sondern die erstere entwickelte sich aus der anderen und übernahm von ihr die veränderte Sinngebung. Eine pluralistische Deutung des afrikanischen Nationalismus ist insofern nicht haltbar. Diese klassisch gewordene Interpretation vertritt jedoch beispielsweise Hanspeter Strauch im Anschluß an frühere Arbeiten[18], wenn er zwischen dem afrikanischen Nationalismus im weiteren und engeren Sinn, dem „Stammesnationalismus" und dem „Panafrikanismus" unterscheidet. Als unter die letzte Kategorie fallend bezeichnet er diejenigen „Bemühungen . . ., die aufbauend auf der bestehenden afrikanischen Staatsgemeinschaft die Bildung größerer politischer Einheiten auf der Basis eines Einheitsstaates, einer Föderation, Konförderation oder sonst einer Staatsverbindung erstreben". Unter dem Nationalismus im weiteren Sinn versteht Strauch etwas vage Bestrebungen, „die die Machtübernahme und die Selbstbestimmung durch die Afrikaner im Rahmen irgendwelcher politischer Einheiten zum Ziel haben." Der nationa-

Beschränkung seiner Beispiele auf dieses Gebiet läßt sich dadurch erklären, daß er darin den ersten Schritt zu einer weiteren Einigung Afrikas sah.

[17] Hierzu Tom M'boya, Freedom and After, London 1963.

[18] Thomas Hodgkin, Nationalism in Colonial Africa, London 1956; J. Coleman, Nigeria, Background to Nationalism, Univ. of California Press 1958; James Cameron, The African Revolution, London 1960.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lismus im engeren Sinn wird „sodann . . . den Aufbau von Nationalstaaten innerhalb der bestehenden Grenzen zum Ziele haben". Schließlich: „Als Stammesnationalismus müssen sodann diejenigen Bestrebungen gekennzeichnet werden, die ungeachtet der bestehenden Grenzverhältnisse den Aufbau eines Nationalstaates auf der Grundlage einer gegebenen ethnischen Gemeinschaft zum Ziele haben."[19]

Zu diesen Definitionen von Strauch ist zu bemerken, daß sie den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht werden. Strauch geht bei seiner Klassifikation nicht von historischen Fakten aus, sondern von abstrakten politischen Begriffen, die aus europäischen Verhältnissen gewonnen wurden. Die historischen Belege für Afrika fehlen, und auf eine konkrete Anwendung hat er offensichtlich bewußt verzichtet. So sollen sich seiner Auffassung nach die Bestrebungen des Nationalismus im weiteren Sinn „im Rahmen irgendwelcher politischer Einheiten" vollziehen, orientiert an Schlagworten wie „Machtübernahme" und „Selbstbestimmung durch die Afrikaner". Wenn Strauch dabei den Panafrikanismus – in Parallele zur europäischen Einigungsbewegung – als eine Tendenz zur supranationalen Organisation des afrikanischen Kontinents verstand, in der die bestehenden „Nationalstaaten" aufgehen sollten, so geht er dabei von einem europäischen Begriff der Nation aus, der sich auf afrikanische Verhältnisse eben nicht anwenden läßt. Das gleiche gilt für seine Annahme, revolutionäre Bewegungen innerhalb der bestehenden Kolonialgrenzen müßten „nationalstaatliche" Motive haben. So ziemlich alle derzeit bestehenden afrikanischen Staaten zwischen Sahara und Sambesi umfassen in ihren aus der Kolonialzeit übernommenen Grenzen sehr heterogene Volksgruppen, die nicht nur verschiedene Sprachen sprechen, sondern vielfach auch ganz unterschiedlichen Kulturkreisen und Traditionsbezügen entstammen. Sie können nicht als Nationalstaaten betrachtet werden.

Bei der Diskussion über die afrikanischen Befreiungsbewegungen sollte man sich darüber im klaren sein, daß diese grundverschieden sind von den europäischen, die den klassischen Nations-Begriff geprägt haben. Die beiden Bewegungen entstanden nicht nur aus verschiedenen historischen Zusammenhängen, sondern sind auch in ihren Zielsetzungen sehr divergent[20]. Während die meisten europäischen nationalstaatlichen Bewegungen aus der Desintegration einer imperialen Idee nach dem Sinnbild des corpus mysticum christianum hervorgingen, lassen sich die modernen afrikanischen Bewegungen weder auf den Zerfall einer Reichsidee zurückführen, noch waren sie primär von dem Gedanken getragen, daß „die politischen Grenzen

---

[19] Strauch, a.a.O., S. 45.

[20] Der Umstand, daß beide Bewegungen mit dem gleichen Begriff umschrieben werden, ist wohl einerseits aus der Tendenz zu erklären, gleiche Massenmanifestationen auf einen gemeinsamen Nenner zurückzuführen, andererseits aber entspringt er einer geringschätzigen Beurteilung der politischen Traditionen und gegenwärtigen Verhältnisse der Kolonialvölker durch die Kolonisatoren und deren Ideologen. Im Anschluß an sie spricht auch Patrice Mandeng, Die unvollendete Entkolonialisierung West- und Zentralafrikas, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, Beilage B 18 zum „Parlament" vom 2. Mai 1970, nur unpräzise von „antikolonialem Nationalismus".

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit den ethnographischen und Sprachgrenzen übereinstimmen sollen"[21]. Bei ihnen ging es vielmehr darum, die Zwangsjacke der kolonialen Herrschaft abzuschütteln. Deshalb ist es sicherlich richtiger, mit Mühlmann[22] von Nativismus zu sprechen, den dieser als „einen kollektiven Aktionsablauf . . ." definiert. Noch prägnanter kann man das Phänomen in Anlehnung an das Französische als „Dekolonialismus" bezeichnen. Als Beispiel kann die im Jahre 1948 von Ruben Um Nyobe gegründete „Union des Populations Camerounaises" (UPC) gelten. Diese Bewegung ging von der Volksgruppe der Bassa aus, erhielt aber eine die ethnographischen Grenzen übergreifende Gestalt, als weitere Gruppen vom gleichen „Drang getragen" sich anschlossen. Aus dem Beispiel der UPC[23] könnte man eine recht dehnbare Definition des „Nationalismus" ableiten, die vom Nativismus bis zum Panafrikanismus reicht, dem sie wegen seiner Hilfeleistungen verpflichtet ist. Diese Bewegung kam trotz ihrer außerordentlichen Popularität nicht zur Macht in Kamerun[24], wo ihr verschiedene Möglichkeiten politischer Organisation offengestanden wären, nicht allein der Aufbau eines Nationalstaates in den „ethnographischen und Sprachgrenzen". Der sogenannte Stammesnationalismus entspricht mit seiner infrastrukturellen Motivation eher dem nationalistischen Konzept europäischer Prägung. Dennoch haben die bekanntesten Fälle derartiger Bewegungen, wie etwa die All-Ewe-Konferenz, mit dem Panafrikanismus gemeinsam, daß sie genuin vorgehen gegen die kolonialen Strukturen und derzeit bestehenden „Nationalstaaten", also für den Zusammenschluß zerstreuter jedoch verwandter Bevölkerungsgruppen eintreten. Somit kann generell ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen afrikanischen Bewegungen festgestellt werden, deren Ziel die Abschaffung des kolonialen Status und die Einführung neuer Lebensformen ist: Verliert man diese Tatsache aus den Augen, so bleiben für die permanenten Umwälzungen auf dem afrikanischen Kontinent nur willkürlich erfundene Erklärungen übrig; denn das Resultat, an dem die Gemeinsamkeit offen abzulesen wäre, steht noch aus.

---

[21] Hans Kohn, Die Idee des Nationalismus, Hamburg 1962, S. 23.

[22] W. E. Mühlmann, Chiliasmus und Nativismus, Berlin 1964, S. 11; u. ders., Bewegung, Kulturwandel, Geschichte, in: Zs. f. Ethnologie 87 (1962), S. 165f.

[23] Zehn Jahre nach ihrer Entstehung wurde die UPC 1958 als die einzige in Französisch-Afrika entstandene politische Bewegung verboten.

[24] Daß sich eine solche Bewegung überhaupt entwickeln konnte, ist dem Umstand zuzuschreiben, daß Kamerun Mandatsgebiet war und nicht französische Kolonie, somit eine Ausnahmestellung hatte. Die Erinnerung an die deutsche Kolonialvergangenheit diente der UPC als dekolonialistisches Motiv. Sie distanzierte sich auch durch formale Prinzipien von der französischen Bevormundung und knüpfte darin an die Vergangenheit an, etwa durch die Schreibweise „Kamerun", auch in französischen Texten. Die jetzige Kameruner Regierung mußte nach der Unabhängigkeitserklärung die deutsche Schreibweise, als den „nationalen" Zielen entgegengesetzt, offiziell verbieten.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die „négritude" als dekolonialistisches Surrogat

Die psychologischen Auswirkungen der beiden Weltkriege auf den afrikanischen Menschen, die daraus resultierende Aufhebung des kolonialen Mythos und der Ruf nach der Gewährung von Rechten wurden als die treibenden Kräfte bei der Bildung des afrikanischen Nationalismus und des Selbstbewußtseins des Afrikaners angesehen. Während jedoch die anglophonen Afrikaner, an das Vorbild der amerikanischen Neger anknüpfend, zur Tat schritten, drückte sich der Nationalismus bei den frankophonen Afrikanern lyrisch-literarisch aus – als Resultat der französischen Assimilationspolitik, die sich als Träger einer kulturellen Mission verstand. Dem Panafrikanismus und der damit verbundenen radikalen politischen Haltung der bis dahin hinter der „colour bar" gehaltenen englischsprechenden afrikanischen Nationalisten wurde die Bewegung der „négritude" parallel gesetzt. Diese narzistisch-literarische Ausdrucksform – deren innerem Widerspruch der nigerianische Dichter und Dramaturg Wole Soyinka mit der Frage Ausdruck verlieh: „How can a tiger proclaim his tigritude?" – wurde, gleichfalls nach dem Zweiten Weltkrieg, von dem westindischen Dichter Aimé Césaire und seinem senegalesischen Pariser Kollegen und Staatsmann Léopold Sédar Senghor ins Leben gerufen. Die gleichgerichtete amerikanisch-afrikanische Bewußtseinslage tritt hier als Paradigma einer neuen negro-afrikanischen Kultur und als Gegenpol zum Assimilationsgedanken wieder auf[25]. Trotz des Anspruchs der „négritude" auf Eigenständigkeit sollten sich hier ein anempfundenes afrikanisches Kulturerbe und ein europäisches Kulturgut begegnen. Senghor hat dies in die kulturpolitische Formel gebracht: „Für uns handelt es sich nun endgültig darum, die Symbiose zwischen unseren negro-afrikanischen, genauer negro-berberischen, und den europäischen Werten zu verwirklichen."[26] Das Selbstverständnis der négritude wurde als produktives Erneuerungsprogramm verstanden, während man in bezug auf die afrikanische Unabhängigkeit der Resignation anheimfiel, denn: „der Mythos des eurafrikanischen Frankreich vertrug sich schlecht mit dem Mythos des afrikanischen Nationalismus"[27]. Ebenso wie viele Akzente im Panafrikanismus auf die britische Kolonialpolitik zurückzuführen sind, ist die négritude ein Produkt der französischen Assimilationspolitik; diese kam den afrikanischen Menschen zur Aneignung des abendländischen Geistes zwar zugute, „versperrte ihnen [den afrikanischen Völkern] aber den Weg zu einer Eigenexistenz"[28]. Dies wirkte sich besonders stark im politischen Leben aus, wo sogar der Weg zur Eigenständigkeit über Frankreich führte. Senghor begründete diese Haltung wie folgt: „Wie man weiß, hatten die politischen Parteien der ehemaligen

[25] Der Begriff „négritude" wurde von Aimé Césaire geprägt und zum erstenmal in seinem „Cahier d'un retour au pays natal", 1939, verwendet. Er wurde von L. S. Senghor in seiner Anthologie 1948 bekräftigt und eingebürgert. Zur Entwicklung der Bewegung vgl. auch Geiss, a.a.O., S. 243 ff.

[26] Léopold Sédar Senghor, Nation et Voie Africaine du Socialisme, Paris 1961, S. 9.

[27] Strauch, a.a.O., S. 62.

[28] Ebenda.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

französischen Gebiete unmittelbar nach der Libération damit begonnen, sich den metropolitanischen [d. h. den in Paris wirkenden] Parteien anzuschließen und sogar mit ihnen zu verschmelzen. Dies war nur natürlich. Sie brauchten einen Halt im französischen Parlament, sie waren ohne politische Erfahrung, sie lebten in einem Klima der Assimilation."[29] Das Wirken in den politischen Parteien der Metropole war für sie „nur natürlich", aber dieser freiwillig angenommene Protektionismus blieb, wie es sich für die „manichäistische" Kolonialwelt[30] gehört, nicht ohne dramatische Auswirkungen: „Sie entdeckten jedoch allmählich, daß keine Stütze ganz ohne Nebenabsichten gewährt werde, daß sie als ‚Protegierte' zugleich Figuren auf dem Schachbrett des französischen parlamentarischen Spieles seien. Sie entdeckten vor allem, daß die französischen Parteien, auch die, die links standen, nationale Parteien waren, von den nationalen Realitäten ausgehend und auf die nationalen Interessen ausgerichtet, und daß speziell das französische Proletariat indirekt von der Kolonialausbeutung profitierte."[31]

Mit dieser Erkenntnis brach sich der Gedanke an afrikanische Sammelparteien Bahn. Unter ihnen war das „Rassemblement Démocratique Africain" (RDA) das stärkste Element im Französisch-Afrika-Lager. Es wurde 1946 von Houphouet-Boigny gegründet, aber infolge von de Gaulles Verfassungsentwurf 1958 zusammen mit den übrigen afrikanischen Blockparteien wieder begraben. Bedeutsam sind nur die Bestrebungen Sékou Tourés als Mitglied des RDA geblieben, die ehemaligen Verwaltungsgebiete Französisch-Westafrikas und Äquatorial-Afrikas in Föderationen umzubilden. Angesichts dieser Entwicklung in der letzten Phase der afrikanischen Kolonialgeschichte vor der Liquidierung des französischen Kolonialimperiums erhebt sich die Frage nach dem Sinn der afrikanischen Revolution in dieser Region; hat es überhaupt einen afrikanischen „Nationalismus" in Französisch-Afrika gegeben? War das nicht vielmehr ein Bruderzwist unter Wahlverwandten verschiedener Rasse, ausgelöst von der weltumspannenden Bewegung zur Befreiung der Kolonialvölker? Wenn es in Französisch-Afrika aber einen „Nationalismus" gegeben hat: Wie könnte er charakterisiert werden? Gewiß gab es Vorgänge, die eine derartige Frage als überflüssig erscheinen lassen. Man denke nur an die UPC in Kamerun oder an den Radikalismus eines Ahmed Sékou Touré, der 1958 bewußt zum Lager der anglophonen panafrikanischen Extremisten übertrat. Diese wenigen Aktionen fanden jedoch immer als Folge eines Bekenntnisses zum Panafrikanismus statt, der nun zum Schlagwort einer Bewegung wurde, die die Verifizierung des Prädikats „afrikanisch" in dem Begriff „Afrikanischer Nationalismus" vor allem im bedingungslosen Sich-Hinwegsetzen über die Kolonialgrenzen sah. Doch dieses panafrikanische Postulat drückt sich heute auch in den permanenten Umwälzungen in den verschiedenen afrikanischen Ländern aus, wo die Revolution sozialen Charakter annimmt. Von der sozialen Revolution wurde das Postulat

[29] Senghor, a.a.O., S. 8.

[30] Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde, dt. Ausg. Einbek b. Hamburg (Rowohlt) 1969, S. 31.

[31] Senghor, a.a.O., S. 8.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Panafrikanismus übernommen und erweitert zu der Forderung nach einer neuen, genuin afrikanischen Lebensform und Abschüttelung der von den europäischen Kolonialvölkern oktroyierten Gesellschaftsformen. „Wir sind noch nicht frei, . . . da wir keine Gesellschaftsordnung wählen können, die sich von der des westlichen Lagers unterschiede, ohne einen Kampf mit Waffen oder Intrigen von seiten der lokalen Parteien, die dem Westen hörig sind, zu riskieren".[32] In der Verwirklichung einer „Gesellschaftsordnung, die sich von der des westlichen Lagers unterschiede", besteht der Sinn der afrikanischen Revolution, auch wenn die westlichen Autoren den Topos so manipulieren, daß sie zu einer europazentrischen Interpretation gelangen.

So will Ansprenger die „eigentliche afrikanische Revolution" in dem „Prozeß" erkennen, der dahin zielt, „die stammesgebundene oder amorphe Bevölkerung in Nationen zu organisieren, Nationen zu bauen"[33]. Danach soll die afrikanische Revolution also hauptsächlich eine formale Angelegenheit der Staats*organisation* sein, die sich mit dem kolonialen Programm bzw. mit der Fortsetzung des kolonialen Status vereinbaren ließe, der die Zerstörung und die Okzidentalisierung der afrikanischen Ordnungsvorstellungen und Geschichtskomplexe unternommen hatte. Dagegen schreibt Fanon: „Für die Dritte Welt ist es nicht damit getan, daß sie sich den Werten gegenüber definiert, die sie vorgefunden hat. Die unterentwickelten Länder müssen vielmehr alles daran setzen, Werte zu schaffen, die ihnen eigentümlich, Methoden und Lebensformen, die für sie spezifisch sind."[34] Während Fanon für die Selbstinterpretation auch der afrikanischen Welt plädiert, wird Ansprenger zum unfreiwilligen Fürsprecher einer Fortsetzung der Kolonisation mit anderen Mitteln.

Das Scheitern des politischen Programms der Nationalisten

„Die Nationalisten Ägyptens waren, abgesehen von den südafrikanischen Buren, die ersten auf dem afrikanischen Kontinent, die den Kampf um die Unabhängigkeit ihres Landes erfolgreich beenden konnten."[35] Dieser Satz würde an Bedeutung gewinnen, spräche man von den afrikanischen Nationalisten im allgemeinen, die den ersten Anstoß zur Unabhängigkeit gaben, und sähe man einmal vom Entstehungsvorgang der Südafrikanischen Union ab, die unter die Kategorie der Siedlerkolonien fällt. In den Gestalten Nassers, N'krumahs und Tourés, die repräsentativ für drei politische Hauptrichtungen des modernen Afrikas waren, hat auch der Nationalismus in Afrika seine erste Ausformung gefunden. Urheber des afrikanischen Nationalismus bleibt jedoch letztlich Kwame N'krumah. Während Nasser

[32] Cheikh Anta Diop, a.a.O., S. 44.

[33] Franz Ansprenger, Nationsbildung im Schwarzen Afrika französischer Prägung, in dieser Zeitschrift 11 (1963), S. 181.

[34] Fanon, a.a.O., S. 77.

[35] Strauch, a.a.O., S. 78.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seine Hauptaufgaben im arabischen Lager sah und Touré in die Fußstapfen N'krumahs trat, hatte dieser von Anfang an ein eigenes, auf Einigung zielendes Afrikaprogramm. Er führte sein Land unter der Benennung „Ghana" am 5. April 1957 in die Unabhängigkeit. Dieser Name war zugleich ein Programm, denn das mittelalterliche Ghana galt vielen Afrikanern als Symbol eigenständiger afrikanischer Macht und Größe. Es lag sehr viel weiter im Norden – N'krumah bekundete mit der Namensgebung also auch den Willen zu einem größeren Staatsgebilde, das nicht auf die Goldküste beschränkt bleiben sollte. Getreu seiner Grundhaltung setzte er seine Außenpolitik auf die Verbindung der beiden nationalistischen Prinzipien der Unabhängigkeit und Einheit Afrikas. Unter diesen Gesichtspunkten berief er die erste Konferenz der unabhängigen afrikanischen Staaten am 5. April 1958 in die Hauptstadt seines Landes, Accra, ein. Als erste ihrer Art hatte diese Versammlung an Vorbildern nur die vorangegangenen afrikanisch-asiatischen Solidaritätskonferenzen. Die letzte dieser Art hatte im Dezember 1957 in Kairo stattgefunden. Nasser hoffte, deren propagandistische Gestaltung zu einer Art Volkskongreß zur Huldigung der afrikanischen nationalistischen Führer in Accra wiederholen zu können. N'krumah lehnte es jedoch ab, eine unübersichtliche Massenveranstaltung der verschiedensten Strömungen zähmen zu müssen, die nur dazu hätte dienen können, seine panafrikanischen Pläne frühzeitig zu vereiteln. Er begrenzte die Teilnahme auf die staatsführende Repräsentanz, doch gerade daran sollte die Konferenz scheitern. Von den insgesamt acht geladenen Staatsoberhäuptern erschien lediglich Präsident Tubman aus Liberia, der aber auch nicht an den weiteren Sitzungen teilnahm, sondern wieder nach Monrovia zurückkehrte. Alle anderen ließen sich vertreten. Die Südafrikanische Union blieb mit dem Hinweis, die europäischen Kolonialmächte seien nicht eingeladen worden, dem Kongreß überhaupt fern[36]. Mit dem Erscheinen der arabischen Staatsoberhäupter war von Anfang an nicht zu rechnen gewesen, da die Palästinafrage nicht, wie auf der afrikanisch-asiatischen Solidaritätskonferenz in Kairo, in die Tagesordnung aufgenommen worden war. Während die Konferenz von Accra die praktische Verwirklichung und Bekräftigung der panafrikanischen Ziele anstrebte – und durch ihre Resolutionen auch zum Grundstein der späteren Organisation für afrikanische Einheit wurde –, brachte sie andererseits die latenten Gegensätze, die in einer solch globalen Zusammensetzung unvermeidlich waren, kraß an den Tag.

Vor allem stellten sich bei der Vorbereitung der Konferenz die Interessen des arabischen Lagers als erheblich divergierend von den afrikanischen heraus. Schon die afro-asiatische Solidaritätskonferenz Ende März 1957 in Kairo hatte den Afrikanern das Gefühl der Entfremdung gegeben. Abgesehen von den konkreten Problemen, mit denen sich die Araber unmittelbar konfrontiert sahen, stand der Pan-

[36] Hierzu: Chronique de Politique Etrangère, Band XI, Nr. 4–6, Juli–Nov. 1958, S. 448; ebenso Strauch, a.a.O., S. 372, Anmerkung 14. Es war N'krumahs Verdienst – trotz des Anspruchs der Buren –, indirekt den Beweis der Nichtzugehörigkeit der Südafrikanischen Union zu dem gesamtafrikanischen Komplex erbracht zu haben. Indem diese sich zu einem Vorposten Westeuropas machte, geriet sie in ein Dilemma, in dem sie bis heute verharrt.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

afrikanismus im politischen Programm eines Nasser hinter dem Panarabismus und Panislamismus an dritter Stelle. Angesichts der Aktualität mancher Fragen, die jede einzelne der durch gemeinsame Vergangenheit und gemeinsame Interessen zusammengewachsenen Gruppen unmittelbar zu lösen hat, könnte man noch für eine derartige Rangordnung Verständnis aufbringen. Aber Nassers Haltung konfrontierte die afrikanischen Partner mit einer messianischen Haltung, die seinerzeit auch als Rechtfertigung des Kolonialismus gedient hatte und nun unglaubwürdig geworden war. So äußerste sich Nasser in seiner „Philosophie der Revolution" bewußt humanitär und, im westlichen Sinne, geradezu apostolisch: „Niemals können wir die Verantwortung von uns weisen, nach unserem besten Vermögen dazu beizutragen, daß das Licht der Zivilisation bis in die entferntesten Tiefen des Urwaldes vordringt."[37] Die Tatsache, daß die Afrikaner südlich der Sahara gerne als lenkbare Instrumente der arabischen Politik angesehen werden, zeigt sich immer wieder in den gesamtafrikanischen Konferenzdebatten.

Der Gedanke an einen Zusammenschluß der afrikanischen Staaten, für den sich N'krumah immer eingesetzt hatte, rückte mit der Unabhängigkeit Guineas Ende 1958 seiner Verwirklichung näher. N'krumah fand in Sékou Touré einen in gleicher Weise entschiedenen frankophonen Fürsprecher der föderativen Idee. Die Achse Ghana–Guinea (–Mali 1961) war bald geschaffen, und die übrigen Staaten, die gerade unabhängig wurden, sollten der Union angeschlossen werden. Als souveränes westafrikanisches Land war Liberia einem Versuch nicht abgeneigt. Für Präsident Tubman[38], der die politische Integrität seines patriarchalisch regierten Landes zu bewahren gedachte, kam nach dem damaligen Stand der Dinge jedoch nur eine lose Organisation in Frage. Seine beiden Mitkämpfer unterrichtete er auf einer von ihm einberufenen Konferenz im Juli 1959 in Saniquellie (Liberia) von seinen Vorstellungen. Aus diesem Treffen ging die Deklaration der „Community of Independent African States" hervor, deren Struktur bei der zweiten Konferenz der unabhängigen Staaten in Addis Abeba im Juni 1960 als Modell vorlag, jedoch nicht übernommen wurde[39]. Vielmehr wurde Kaiser Haile Selassie nur beauftragt, die Möglichkeit der Errichtung einer derartigen Organisation in Afrika zu eruieren. Dennoch konnten in Addis Abeba Fortschritte in der Verwirklichung der afrikanischen Einheitsidee gemacht werden – trotz der Divergenzen zwischen den verschiedenen „Interessengruppen", die auf die zunehmende politische und kulturelle Heterogenität der Teilnehmer zurückzuführen war. Auch nach außen hin konnte eine gewisse Geschlossenheit in den Grundfragen erzielt werden. Neben den Resolutionen, die die Einstellung zur internationalen Politik betrafen, wurde der algerischen Exilregierung, die bei der Konferenz bezeichnenderweise den Status einer vollen

[37] Gamal Abdul Nasser, Egypt's Liberation, The philosophy of revolution, Washington 1955, S. 409ff.

[38] Vgl. Ronald Segal, Afrikanische Profile, München 1963, S. 24ff.

[39] Nach Strauch, a.a.O., S. 92, scheiterte der Vorschlag Ghanas, nach der Deklaration von Saniquellie eine gesamtafrikanische Organisation der unabhängigen afrikanischen Staaten ins Leben zu rufen, vor allem an der Zurückhaltung der Nordafrikaner.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mitgliedschaft erhalten hatte, moralische, politische und finanzielle Unterstützung zugesichert. Die Mehrzahl der Teilnehmer, die noch – im Gegensatz zu später – aus Anhängern eines neutralen Kurses in der Weltpolitik (Neutralisten) bestand, sprach sich einstimmig für die vollständige Dekolonisation aus.

Noch waren also die Stimmen der Gemäßigten aus den französischen Gebieten, die alle erst von der zweiten Hälfte des Jahres 1960 an ihre Unabhängigkeit erlangen sollten, nicht zu hören. Ihr Auftreten in den afrikanischen politischen Gremien führte nicht nur zur Blockbildung innerhalb des Kontinents, sondern zerstörte auch die frühere einheitliche Front gegen die Kolonialmächte. Auf Veranlassung Houphouet-Boignys wurde die erste Konferenz der inzwischen unabhängig gewordenen Staaten französischer Provenienz – Guinea, Tunesien und Marokko ausgenommen – im Oktober 1960 in Abidjan abgehalten. Eine weitere Konferenz dieser Art und in diesem Sinne fand im November desselben Jahres in Brazzaville statt, deren zwölf Teilnehmerstaaten aus dem ehemaligen französischen Kolonialreich zunächst unter der Bezeichnung Brazzaville-Gruppe bekanntwurden, die sich aber bei ihrem dritten Auftritt im März 1961 in Jaunde selbst zur „Union Africaine et Malgache (UAM)" zusammenschlossen. Zu dieser verfassungsrechtlich losen Organisation, die ihre Existenz lediglich auf ihre gemeinsame Kolonialherkunft gründete, gesellten sich weitere Institutionen, die die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft (OAMCE) und der Verteidigung (UAMD), unter anderem als Pendants zu EWG und NATO, sicherten. Daß sich die UAM als Alternative zu den revolutionären panafrikanischen politischen Bestrebungen verstand und nicht nur einen pragmatischen Zusammenschluß darstellen sollte, ging aus der geschlossenen politischen Haltung ihrer Mitglieder hervor. In der UNO stellten sie sich, entgegen den Grundsätzen der Neutralität der Dritten Welt, auch in den Algerien- und Kongofragen[40] hinter Frankreich. Mit der Aufnahme des Kongo in die UAM im Jahre 1965 unter der Regierung Moise Tschombés erhielt diese Organisation ihr endgültiges Stigma in den Augen der panafrikanischen Progressisten. Die Wende in der afrikanischen Politik zeigte sich noch stärker, als 1966 N'krumah gestürzt wurde. Von da ab gab es keine ausgesprochen extremen Exponenten des Panafrikanismus mehr. Der somit eingetretene Sieg der Gemäßigten bedeutete die Institutionalisierung jener Richtung, die sich unmittelbar aus der französischen Kolonialepoche herleitete.

Die Entstehung der westlich orientierten Brazzaville-Gruppe forderte dann die Bildung der Casablanca-Gruppe heraus, die sich vornehmlich aus den früheren revolutionären Panafrikanisten und Neutralisten zusammensetzte. Die Spaltung der afrikanischen Staaten in zwei Lager brachte alle Bemühungen, eine Organisation für afrikanische Einheit ins Leben zu rufen, zum Erliegen. Vermittlungsversuche in Monrovia und Lagos schlugen infolgedessen fehl. Erst nach drei Jahren, 1963, konnte eine Konferenz in Addis Abeba einberufen werden, bei der die gravierendsten Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Lagern beigelegt wurden, so daß man an die Schaffung einer allgemein-afrikanischen Staatenorganisation gehen

[40] Vgl. hierzu Strauch, a.a.O., S. 216, Tabelle.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konnte. Diese wurde am 25. Mai 1963 gegründet, aber sie konnte das weitere Bestehen bzw. die Neugründung von Regionalgruppen nicht verhindern. So entstand nun die „Organisation für afrikanische Einheit", eine internationale Körperschaft, die keinen großen Einfluß auf die Struktur der Mitgliedstaaten hat. Sie stellt einen Kompromiß der „Nationalstaaten" mit dem panafrikanischen Gedanken dar, der in der Vorstellung von N'krumah die Gestalt eines zentralregierten, politisch autarken afrikanischen Bundesstaates annehmen sollte.

Mit der Entstehung der Organisation für afrikanische Einheit wäre das Hauptziel des afrikanischen „Nationalismus" erreicht, wenn sich in der Verfassung dieser Organisation nicht verriete, daß sein zweites Ziel nicht verwirklicht wurde, nämlich die Aufhebung der kolonialistischen Strukturen, insbesondere der politischen Grenzen, in denen diese sich noch manifestierten[41]. Die Gründe für das Scheitern des Programms der Nationalisten lagen in erster Linie in der Liberalisierungspolitik der Einzelstaaten, die eingeführt wurde, um den revolutionären Bestrebungen zuvorzukommen: „Die neue liberale Politik hatte überall die Unterdrückung der echten revolutionären Bewegungen und den Triumph der von der Tradition her konformistischen Gruppen zur Folge. Sie neigt überall dazu, die sogenannten Konformisten in den Augen des Volkes fälschlicherweise als Revolutionäre erscheinen zu lassen, um sie in ihrem Ansehen zu heben."[42]

Als einzige übergreifende nationale Bewegung blieb in Französisch-Afrika der literarische Club der négritude erhalten. Die tiefverwurzelten Bindungen der Konformisten an die französische Metropole wurden dem afrikanischen Nationalismus, der sich nun nur noch als panafrikanischer Staatenbund verstand, zum Verhängnis. Sie wirkten hemmend auf eine globale Bewegung, die ihre erste Aufgabe darin sah, die Brücken zu den kolonialen Mutterländern abzubrechen. Dieser Prozeß des Niedergangs des Nationalismus kennzeichnet die Phase nach den Unabhängigkeitserklärungen, die in kühler politischer Berechnung herbeigeführt worden waren. Vor und nach seiner Goodwill-Reise durch die in revolutionärer Stimmung gärenden Kolonien im Jahre 1958 konnte de Gaulle, der das fatale Ende der Kolonialzeit voraussah, folgende rhetorischen Fragen aufwerfen: „Gebiete, die seit zehn Jahren nicht aufhören, an die Unabhängigkeit zu denken, fordern sie heute mit allem Nachdruck. Soll man abwarten, bis sich die Bewegung gegen uns richtet, oder sollen wir im Gegenteil versuchen, sie anzupassen, sie zu kanalisieren?" Auf seinen Erfolg hinweisend, hatte de Gaulle, als Vermächtnis seiner Afrikapolitik, die unzweideutige Antwort gegeben: „Ich habe die Bande gelockert, bevor sie reißen."[43]

---

[41] Zusammenfassend, stellt auch Patrice Mandeng, a.a.O., S. 47, fest, daß die Entkolonialisierung West- und Zentralafrikas nur „eine politische und verwaltungstechnische gewesen ist . . . Es muß festgestellt werden, daß er [der antikoloniale Nationalismus] damit nur den ersten Schritt zur echten Entkolonialisierung getan hat."

[42] Diop, a.a.O., S. 45.

[43] Zitate nach Cheikh Anta Diop, a.a.O., S. 42.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die kolonialen Zivilisationsgemeinschaften in der postkolonialen Zeit

Die weiterbestehenden Bindungen zu den ehemaligen Kolonialbesitzern sind jedoch nicht allein das Werk de Gaulles, sondern das Resultat der langfristigen Entwicklung der französischen Kolonialpolitik. Die Anregungen, die die Konferenz von Brazzaville von 1944 ausgearbeitet hatte, konnten in die Verfassung der Vierten Republik, die eine entscheidende Phase in der Integration der überseeischen Gebiete darstellte, übernommen werden: Die Errichtung von „Assemblées territoriales" mit beschränkten Verwaltungsbefugnissen und die Abordnung von Vertretern in die „Assemblée Nationale" in Paris wurden – wenn auch nicht nach demokratischen Proportionen – in der Konstitution von 1946, mit den dazu gehörenden Komponenten des demokratischen Prozesses, zugelassen. Daraufhin wurden, wie schon erwähnt, nach dem Vorbild der Verhältnisse in der Metropole politische Parteien gegründet und Gewerkschaften ins Leben gerufen, deren Tätigkeit allerdings erst mit dem „Code du Travail d'Outre-Mer" im Dezember 1952 geregelt wurde. Mit der neuen Verfassung konnte sich der Afrikaner des nominellen Status eines Vollfranzosen erfreuen. Mit seinen Regionalparlamenten und territorialen Regierungskollegien sollte das Rahmengesetz (Loi Cadre 1956), von Gaston Deferre in Anpassung an die neue Entwicklung eingeführt, den Status der Autonomie in den Kolonien vortäuschen und somit auch der Möglichkeit einer vollständigen Unabhängigkeit vorläufig vorbeugen: „Der nächste Schritt, die völlige Automie und die darauffolgende Unabhängigkeit der afrikanischen Gebiete, war nun nur mehr eine Frage der Zeit. Niemand in Frankreichs Regierungskreisen wagte dies jedoch offen auszusprechen."[44]

Daß sich der Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung näherte, war kein vages Gefühl, sondern eine gewisse Zwangsläufigkeit; das Verlangen nach Unabhängigkeit und die damit zusammenhängende Bewegung bildeten eine Kettenreaktion. In Afrika ging diese Bewegung in Nord-Süd-Richtung vor sich: „Libyen wurde 1951 unabhängig; der Sudan, Marokko und Tunesien folgten 1956; dazwischen liegen Nassers Revolution und der Ausbruch des Algerienkrieges. Diese Ereignisse wirkten über die Sahara nach Süden, wenn auch Nasser zunächst nur ein väterlich herablassendes Randinteresse für Afrika bekundete. Als Kwame N'krumah 1958 die zweite Phase des Panafrikanismus einleitete, stand den französischen Kolonien der Weg zur Autonomie offen, in Belgisch-Kongo regte sich Protest, selbst in Kenya und Rhodesien war die weiße Herrschaft im Rückzug."[45]

Frankreich stand mitten in diesem Prozeß, dem die Gesetzgebung Deferres Einhalt gebieten sollte. Sie konnte aber nichts mehr erreichen. Das Gesetz wurde zu einem Zeitpunkt erlassen, als die Frage der europäischen Integration zur Debatte

[44] Stranch, a.a.O., S. 64. Zur allgemeinen Entwicklung der französischen Kolonialpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg, vgl. R. v. Albertini, a.a.O., S. 437ff.

[45] Franz Ansprenger, Afroasiatische und panafrikanische Solidarität, in: Nationale Souveränität oder übernationale Integration, Vorträge, hrsg. von Gilbert Ziebura, Berlin 1966, S. 138.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stand. Aus Sorge um die eigene Zukunft in Europa wurde in Frankreich der Begriff „Eurafrika" geprägt. Das Rahmengesetz sollte einen ergänzenden Faktor zum europäischen Integrationsgedanken bilden. Während Prognosen aufgestellt wurden, nach denen Afrika in einer irreversiblen Entwicklung auf die Unabhängigkeit hin stünde, versuchte Frankreich, diese Strömung zurückzuleiten und überdies Afrika in einen globalen Prozeß zu integrieren. Weit davon entfernt, das Ende der Kolonialzeit anzuzeigen, war die eurafrikanische Spekulation der Versuch einer scheinbaren Regenerierung, an der sie auch zugrunde gehen sollte. Tatsächlich wurden die alten Modelle der westlichen Hegemonie unter dem Mäntelchen der vielen Vorteile, die das unterentwickelte Afrika aus einer solchen Verbindung ziehen könnte, wieder aufgenommen.

Aus den verschiedenen desperaten Versuchen, die die Politiker der Vierten Republik unternahmen, um die Krisensituation in den Kolonien zu beheben, kann man den Schluß ziehen, daß nicht mehr diese Politiker über das Geschick der Kolonien entschieden, sondern vielmehr die Unruhe in den Kolonien deren Politik bestimmte. Das Scheitern der Vierten Republik dokumentierte sich auch in der Kolonialpolitik ihrer Politiker. Nassers Kühnheit, gegen die westlichen Mächte aufzubegehren, verschaffte ihm einen fast legendären Ruf und versah ihn mit charismatischen Zügen, die auch auf die übrigen revolutionären afrikanischen Führer übertragen wurden und ihnen Gefolgschaft verschafften. Zudem zeigte N'krumah Bereitschaft, diese revolutionären Bewegungen in Französisch-Afrika zu unterstützen. In Algerien und Kamerun gab es anhaltende Kämpfe. Angesichts dieser gärenden Unruhe konnten von den wechselnden Regierungen der Vierten Republik keine dauerhaften Lösungen erwartet werden. Den Ereignissen in Afrika gingen die Erfahrungen in Indochina voraus, und mit dem Ruf an de Gaulle nach dem Putsch in Algerien am 13. Mai 1958, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, sollte dem politischen Diktat von seiten der Kolonien ein Ende bereitet, die Lage wieder normalisiert werden, indem man dort die Opposition einfach kaltstellte. So konnte Diop im Hinblick auf die ersten politisch-taktischen Handlungen de Gaulles in Afrika nach seiner Investitur feststellen: „General de Gaulle hat den Kolonien gegenüber als wahrer Stratege gehandelt, in der Hoffnung, dort den Geist des Kampfes und der Opposition gegen die Metropole abzutöten, ihn nach außen hin seines Gegenstandes zu berauben."[46]

Diese Strategie sollte einerseits der Weltmeinung gerecht werden, andererseits aber Probleme lösen, die überall die Ausmaße eines Dien-Bien-Phu oder eines Algerienkrieges hätten annehmen können. Um „den Geist des Kampfes nach außen hin seines Gegenstandes zu berauben", umging de Gaulle zunächst eine direkte Konfrontation mit seinen afrikanischen Gegenspielern und stellte sie mit der Vier-Punkte-Klausel aus dem Verfassungsentwurf vom Juli 1958 vor die Wahl, in einer mehr oder weniger lockeren Form in der französischen Gemeinschaft zu verbleiben. Sékou Touré erläuterte dem Guineavolk die schwerwiegende Entscheidung: „Man stellt uns vor die Alternative: entweder seid ihr für den Text der Verfassung und

[46] Diop, a.a.O., S. 42.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihr seid mit Frankreich, oder ihr seid gegen den Text und ihr gehört nicht mehr zu Frankreich. Dies ist eine falsche Alternative, ein falsch gestelltes Problem, denn für eine tatsächliche Assoziierung unabhängiger Staaten zu sein, bedeutet nicht für die Sezession sein."[47]

Von dieser Erkenntnis ausgehend, bewegte Sékou Touré sein ihm ergebenes Volk dazu, beim Referendum vom 28. September 1958 Frankreich mit Nein zu antworten. Guinea schied dadurch auf dramatische Weise aus der Gemeinschaft aus. Nicht nur *seine* Wirtschaft litt unter dieser Entscheidung, sondern auch die politische Linie Frankreichs war gestört. Ihm ging es nun darum, trotz des von Guinea herbeigeführten Präzedenzfalls die neugegründete französische Gemeinschaft aufrechtzuerhalten. Eine relative Liberalisierung schien daher angezeigt, die zur Korrektur einiger Grundkomponenten der Gemeinschaftsstatuten führte. Die Möglichkeit der Unabhängigkeit innerhalb der Gemeinschaft oder auf völkerrechtlicher Basis war vorgesehen; davon machten allein im Jahre 1960 vierzehn Länder des Französischen Lagers Gebrauch[48]. Zunächst forderten die in die Mali-Förderation umgewandelten Kolonien Senegal und Französischer Sudan ihre Unabhängigkeit. Um ein zweites Guinea zu vermeiden, wurde sie am 20. Juni 1960 gewährt. Die Föderation überlebte zwar nicht einmal ihren zweiten Monatstag – sie zerfiel am 20. August –, aber wichtig ist die Tatsache, daß ihre Anführer auf dem freigewordenen Stuhl Sékou Tourés im politischen Gremium Französisch-Afrikas für den föderalistischen Zusammenschluß eintraten, der bis dahin immer als das Zeichen eines gewissen panafrikanischen Extremismus gegolten hatte. Als nächster führte nun auch Philibert Tsiranana, ein Mitbegründer der „Communauté" und überzeugter Integrationist, Madagaskar fünf Tage nach Mali in die Unabhängigkeit. Der Souveränitätsstatus wurde bald mit einer neuen politischen Linie identisch, an deren Institutionalisierung auch Frankreich zwei Jahre nach dem Experiment mit Guinea keinen Anstoß mehr nahm. Selbst der vorher dem so abgeneigte Konformist und ehemalige Minister in verschiedenen Pariser Kabinetten, Félix Houphouet-Boigny, ließ sich zur Krönung seines Opportunismus auf das Vokabular der Revolutionäre ein und forderte die „bedingungslose" Gewährung der Unabhängigkeit, wozu sich auch die übrigen Mitgliedstaaten des „Conseil de l'Entente", nämlich Obervolta, Niger und Dahomey bereit erklärten. Mit der Unabhängigkeitserklärung dieser Gemäßigten, deren Zögern Frankreich im Zuge seiner neuen „politique libérale" schließlich sogar mißbilligte[49], war das französische Kolonialreich offiziell aufgelöst worden.

Die im Jahre 1960 en masse in die Unabhängigkeit geführten französischen

---

[47] Sékou Tourée, L'expérience Guinéenne et l'unité africaine, Paris 1959, S. 106, deutsche Übertragung von Strauch, a. a. O., S. 70.

[48] Die Tatsache, daß im Ganzen achtzehn afrikanische Staaten im Jahre 1960 ihre Unabhängigkeit erreicht haben, hat diesem Jahr den Namen „Afrika-Jahr" eingetragen. Die Konzentrierung der Unabhängigkeitserklärungen auf einen Zeitpunkt zeigt die überhastete Willkürlichkeit, mit der sie erfolgten, ohne Rücksicht auf die sehr unterschiedliche innere Lage der Staaten.

[49] Mukarowsky, a. a. O., S. 247.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kolonien brachten eine Veränderung des politischen Programms der Nationalisten mit sich, die von Strauch positiv gedeutet wird: „Das hervorstechendste Merkmal dieser veränderten Situation war zweifellos die erstmalige Existenz einer größeren Zahl afrikanischer Staaten mit einer gewissen analogen inneren Struktur. Für einen späteren Zusammenschluß zu einem umfassenderen politischen Gebilde konnte dies ein noch einschätzbarer Vorteil sein. Dieser Vorzug war die Folge der gemeinsamen kolonialen Vergangenheit, die diesen jungen Staaten eine praktisch identische Verfassungs-, eine gleiche Rechts- und Verwaltungsstruktur, die gleiche Sprache, eine gemeinsame Währung und eine analoge Wirtschaftsgesetzgebung als Erbteil hinterlassen hatte. Die Sorge und Aufgabe ihrer Führer bestand weniger darin, neue Gemeinsamkeiten zu schaffen, als das Auseinanderleben der geerbten Staatswesen zu verhindern, um gemeinsam Ererbtes in identischer Weise weiter zu entwickeln. Ein enger Zusammenschluß zwischen diesen Gebieten bestand bereits während der Kolonialperiode, als sie gesamthaft in den beiden Verwaltungseinheiten von West- und Äquatorialafrika zusammengesetzt waren."[50] Mehr noch als auf das Wirken der politischen Führer ist die Zusammenarbeit der früheren französischen Kolonien auf eine minutiöse Vorbereitung des Dekolonisationprozesses zurückzuführen. Nach Strauchs Darstellung brachte die postkoloniale Situation die praktische Fortsetzung des kolonialen Zeitalters, wobei die Gemeinsamkeit der Verwaltungsstruktur von West- und Äquatorialafrika dem Stadium der „Communauté" entsprach, die als letzte Phase der französischen Kolonisation galt. Die Entkolonialisierung ging als prozessuale Auflockerung der kolonialen Struktur vor sich, deren Umwandlung in eine Gemeinschaft nach britischem Vorbild die Gestaltung der afrikanischen frankophonen Staatsorganisationen stark beeinflußt hat. Durch eine Kolonialpolitik, die ihr Ziel darin sah, den kolonisierten Menschen nach französischem Bild zu modeln, konnte sich Frankreich in seinen Gebieten Proselyten schaffen, die an die Stelle der im Durchbruch befindlichen revolutionären Kräfte traten und entsprechend vorbereitet waren, das Zivilisationserbe Frankreichs weiterzutragen. Diese frankophile bürokratische Klasse ermöglichte eine parallel laufende Reformbewegung. So machte die französische Kolonialpolitik vom Bestand des Empire colonial bis zu der politischen „Union Française", die die Vierte Republik prägte, eine zunehmende Desartikulation durch, die in die „Communauté" als entscheidende Übergangsphase zur Gründung eines Staatentyps kolonialer Prägung einmündete. Betrachtet man die fortschreitende Befreiung unter dem Kriterium der Entkolonialisierung, so scheint sie eher eine neue Kategorie der Kolonisation darzustellen. Denn sind nicht sowohl die Communauté wie die Organisationen der frankophonen Staaten in ihrer politischen Lebensform wie in der Abhängigkeit ihrer Wirtschaft eine Fortführung der Kolonisation auf indirekte Weise? Bis kurz vor der Unabhängigkeit des Kongos fungierte Belgien als eine erfolgreiche Kolonialmacht. Als es soweit war, daß die Unabhängigkeit verliehen werden sollte, fehlten die entsprechenden Organe zur Weiterführung der Tradition. Daraus entstand dann, was man gewöhnlich als Chaos bezeichnete, also eine in Unordnung geratene Kolonialwelt.

[50] Strauch, a. a. O., S. 109.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die englischen Erfahrungen in der konstitutionellen Weiterentwicklung der Kolonien gehen auf die amerikanische Revolution zurück, deren Ausgang wie im Falle Guineas die Kolonialmacht veranlaßten, ihre koloniale Politik zu revidieren. Die Kolonien wurden nicht mehr allein als wirtschaftlich ertragreiche „dépendances" betrachtet, sondern auch als organisationsbedürftige Gebilde mit Rechtsansprüchen auf eine selbständige Wirtschaftsstruktur. Die vom Mutterland aus regierten Siedler Amerikas hatten sich vor allem gegen dessen merkantilistische Politik gewehrt, deren Grundsätze in der „Molasses Act" (1733) ausgedrückt waren, und sich für den freien Handel eingesetzt, der ihnen die Bearbeitung des Rohmaterials an Ort und Stelle und den direkten Verkauf der Produkte an den Meistbietenden sicherte. Die an Wirtschaftsfragen sich entzündenden Spannungen sind symptomatisch für jede koloniale Situation, nicht nur für die Siedlerkolonien, die erstmalig in der Geschichte Nutznießer der Automonie wurden.

Im Rahmen des Liberalismus, der im Jahre 1815 erste Formen annahm, erreichte Kanada als erste Kolonie seine Autonomie (Reunion Act 1841). Australien, Neu Seeland und Südafrika folgten dicht hintereinander dem Beispiel Kanadas, das, wie die Mali-Föderation im französischen Machtbereich, eine neue Phase in der britischen Kolonisation einleitete. Während das letztgenannte Land, Kanada, in den Status eines Dominion überging (1867), wurden andere Gebiete Gegenstand einer intensiveren Kolonisierung, wie die britischen Niederlassungen in verschiedenen Teilen des afrikanischen Kontinents, die bis dahin nur als Etappen für den Schiffsverkehr und den Sklaventransport gedient hatten. „So ging", wie Lavroff bemerkt, „mit den ersten Maßnahmen zur Emanzipation einer Kolonie die Ausdehnung der Kolonisation unter einem anderen Himmel Hand in Hand"[51]. Das, was man hier ein „transfer des intentions", also eine Verlagerung des Schwergewichts nennen könnte, bildet ein Gesetz im Prozeß der Entkolonisation; es gibt niemals eine wirklich bedingungslose Loslösung innerhalb dieses Prozesses. Die britische Entkolonisation beginnt mit dem Ende des Ersten Weltkrieges, als die Dominions beim Versailler Vertrag voll unterschriftsberechtigt wurden und damit ein gewisses Stadium der Souveränität erreichten[52]. In den Diskussionen, die der Ratifizierung des neuen Status vorausgingen, wünschte die britische Regierung einen „Spielraum für die Anpassung"[53], der es allen Mitgliedern erlauben sollte, den Realitäten gerecht zu werden, mit denen sie speziell konfrontiert waren. Wie in dem Statut der „Communauté Française" wurde „die Ausarbeitung eines präzisen Textes" zurückgewiesen, „die die Rechte und Pflichten der Mitglieder definierte und unterstrich", da „das Reich sich jeder Klassifikation widersetze und keine Ähnlichkeit mit einer der heute existierenden politischen Organisationen aufweise". „Infolgedessen sind

[51] Lavroff, D. G. et Peise, G., Les Constitutions Africaines, II, Paris 1964, S. 12.

[52] Vgl. dazu Oswald Hauser, Das britische Commonwealth zwischen nationaler Souveränität und imperialer Integration 1917–1931, in dieser Zeitschrift 16 (1968), S. 237 f. Zur Entwicklung des britischen Commonwealth und der englischen Kolonialpolitik vgl. auch Albertini, a. a. O., S. 47 ff.

[53] Lavroff, a. a. O., S. 19.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die verschiedenen Teile des Commonwealth" unter keinem Aspekt ihrer inneren oder äußeren Angelegenheit einander untergeordnet und nur „durch eine gemeinsame Huldigung an die Krone gebunden"[54]. Solche kolonialen Zivilisationsgemeinschaften sind in der weltpolitischen Struktur ein Novum. Sie werden als Folge auf den status quo ante geschaffen. Wie die französischen Kolonialstaaten in der Republik, bzw. in de Gaulle, ihre Existenz begründet sahen, so übernahm in den britischen das Symbol der Krone diese Funktion.

Indien erhielt seine Unabhängigkeit im Juli 1947. Im November desselben Jahres entschied sich die britische Regierung für die Aufnahme der übrigen Kolonialterritorien – der Länder also, die nicht Siedlungsgebiete waren – in das Commonwealth. So übernahmen diese neuen Staaten eine neue aus dem Kolonialstatus stammende Struktur, die Frankreich in zwanzig Jahren Reformarbeit erst schaffen mußte. England kann sich heute rühmen, eine Zivilisationsgemeinschaft ins Leben gerufen zu haben, die, soweit man sie auf die Siedlungsgebiete beschränkt, keine strukturellen Probleme hervorruft. Bezieht man in sie jedoch Volksgruppen ein, die außerhalb des historischen britischen Zusammenhangs stehen, so bietet sie für diese keine existentielle Grundlage, da sie diesen Völkern a priori eine Form aufzwingt, die deren eigener Erfahrung widerspricht. In diesem Sinn ist die Stellung moderner afrikanischer Staaten in Gebilden wie dem des „Commonwealth" oder ähnlichen, auf einer westlichen Verfassung basierenden Organisationen mehr als fragwürdig.

Die Verfälschung des Topos

Es wurde bisher gezeigt, daß nicht die staatlichen Gebilde, die unmittelbar aus der Kolonialsituation hervorgegangen sind, Ausdruck des neuen politischen Bewußtseins der Afrikaner sind, sondern die nationalen und panafrikanischen Entwürfe, die paradigmatisch als Reaktion auf den kolonialen Status konzipiert worden waren. Während diese den Versuch machen, das Selbstbewußtsein des Afrikaners wieder zu formulieren, zeigen jene im Grunde eine Fortdauer des Vakuums, denn sie sind der afrikanischen Gesellschaftsstruktur aufgepfropft und nicht aus ihr erwachsen. Solange für die modernen politischen Gebilde in Afrika Verfassungsstrukturen angenommen werden, die nicht aus einer afrikanischen Selbstinterpretation entstanden sind, ist für diese Gebilde keine fundierte existentielle Grundlage gegeben. Als Objekte fremdartiger Verfassungen lassen sich die sogenannten afrikanischen Staaten mit der historischen Realität des afrikanischen Menschen nicht vereinbaren. Diese zur Zeit bestehenden politischen Einheiten stellen einen gewaltsamen Zusammenschluß traditionsgemäß – und auch heute noch – heterogener Volksgruppen dar und entsprechen damit weder den realen noch den fiktiven Komponenten des nationalstaatlichen Gedankens westlicher Prägung[55]. Die mehr oder minder prononcierte Loyalität der herrschenden Schicht zum ehemaligen Kolonialherren verhindert den Durchbruch zur Selbsterkenntnis.

[54] Lavroff, a.a.O., S. 19.
[55] Kohn, a.a.O., S. 17ff.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Orientierung nach außen, auf der die Ideologie von den „unterentwickelten Ländern" basiert und die keine andere Klassifikation als die der kolonialen Zivilisationstypen ermöglicht, wurde auch durch den ehemaligen Außenminister des Senegals, Doudou Thiam, in seinem Buch „La Politique Etrangère des Etats Africains"[56] zu rechtfertigen versucht, in dem er die Relation von Innen- und Außenpolitik soweit treibt, daß man keine Grenze mehr zwischen den beiden Bereichen feststellen kann. Dies entspricht durchaus der aktuellen afrikanischen politischen Situation: Die vernachlässigte Innenpolitik soll durch eine stark akzentuierte Außenpolitik ersetzt werden.

Inzwischen ist die Literatur, die vorgibt, objektiv Tatbestände zu beschreiben, im Grunde aber nichts weiter als eine Rechtfertigung der herrschenden afrikanischen Schicht bietet, beträchtlich angeschwollen. Verständlicherweise sind es in der Hauptsache westliche Autoren, die mit den Kategorien ihrer eigenen Kultur arbeiten und so die tendenziösen Aussagen dieser Schicht, denen sie leicht anheimfallen, in der westlichen Leserschaft verbreiten. Als Beispiele seien die Thesen Ansprengers und René Dumonts genannt, die sich – repräsentiv für die verschiedenen Tendenzen – konträr gegenüberstehen. Bezeichnenderweise fordert das Buch Dumonts „L'Afrique Noir est mal partie"[57] den Protest sowohl afrikanischer als auch europäischer Politiker heraus: Von nationalökonomischen Erkenntnismethoden ausgehend, beweist er, daß von alters her bestehende Ausbeutungsmethoden den Kolonien gegenüber auch nach der Unabhängigkeit angewandt werden[58]. An Hand zahlreicher Beispiele zeigt er, daß die Unabhängigkeit nicht unbedingt die „Dekolonisation" mit sich bringt und erinnert an die sozialen Integrationsprobleme der vorkolonialen Epoche[59].

Im Gegensatz dazu stehen die Bemühungen anderer Wissenschaftler, die Existenzfähigkeit der nicht-okzidentalen Völker im Rahmen der westlichen Erfahrung zu bestätigen. So erscheint Ansprenger jegliche Skepsis gegenüber den neuen afrikanischen Gebilden „gefährlich und falsch"[60]. Er antizipiert den revolutionären Prozeß, um zu einer Konstruktion zu gelangen, die ihm die Anwendung der westlichen historischen Begriffe auf afrikanische Verhältnisse ermöglicht. So ist für ihn das „bewußte Nationmachen . . . in Afrika einerseits deshalb möglich, weil die afrikanische Revolution, in einer gewissen Perspektive betrachtet, den westeuropäischen Nationsbegriff rezipiert – ähnlich wie Lenins Revolution (in einer gewissen Perspektive betrachtet) die Französische Revolution rezipierte. In beiden Fällen hängt bzw. hing der Erfolg andererseits davon ab, daß in der Bevölkerung, die Objekt der Umkrempelung sein soll, Bereitschaft dafür vorhanden ist: alte Ordnungen müssen hinfällig geworden oder von außen zerschlagen worden sein. Das

[56] Paris 1963, S. 8ff.

[57] Paris 1962.

[58] Ebenda, S. 37ff. Auch Patrice Mandeng, a.a.O., betont die Notwendigkeit des zweiten Schritts: der „ökonomischen Entkolonialisierung".

[59] Ebenda, S. 21ff.

[60] Ansprenger, Nationsbildung, a.a.O., S. 181.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

russische Volk war nach der sozialen Entwicklung des 19. Jahrhunderts und nach drei Jahren Weltkrieg revolutionsreif. Afrika ist nach zwei Menschenaltern europäischer Kolonisation nationsreif."[61] Die französische Revolution stehe zu der russischen wie die europäischen Nationen zu den afrikanischen „Nationen". Darauf gründe sich die Metastase im afrikanischen Zusammenhang. Ansprenger benutzt eine Literatur, die von der Intention her schon eine solche „Bereitschaft" der afrikanischen Bevölkerung voraussetzt. Die von ihm zitierten Texte sind Rechtfertigungen aus der Hand höchster politischer Würdenträger, die für die jetzige Situation mitverantwortlich sind. Er fährt fort: „Wir haben kein Recht, den neuen Gemeinschaften, die in Afrika vor unseren Augen aufgebaut werden, den Namen zu versagen, den ihre Architekten ihnen geben: Nationen."[62] Um auf den Begriff „Nation" zu kommen, genügt Ansprenger die alleinige Loyalität dieser Würdenträger zu den neuen afrikanischen Phänomenen[63]. Er macht sich die Sache einfach, wenn er sagt: „Wenn sie [die Gemeinschaften] nicht in unseren Nationsbegriff passen, der von europäischen Erfahrungen bestimmt ist, dann müssen wir diesen Begriff eben revidieren, erweitern. Das gleiche gilt natürlich von Begriffen wie Demokratie und Sozialismus. Wenn ernsthafte, gebildete und verantwortungsbewußte Afrikaner heute von einem afrikanischen Sozialismus reden, haben weder wir noch die Leninisten das Recht, ihnen zu verbieten, ihr Programm und ihre Ideen so zu nehmen. Wir müssen vielmehr diese neue Variante in den jetzt schon recht dicken Katalog verschiedener „Sozialismen" aufnehmen. Vielleicht hilft uns diese Erweiterung des Horizonts auch, unsere eigenen Probleme plötzlich aus einem neuen Blickwinkel, in einem neuen Licht zu sehen und besser zu begreifen."[64]

Ein so formuliertes Programm kann nicht als eine harmlose humanitäre Erscheinung mit der Nebenabsicht, den eigenen Horizont zu erweitern, angesehen werden. Durch solche intellektuellen Prozeduren werden die Topoi verfälscht, Probleme manipuliert und diesen Menschen oktroyiert, die – wie auch als „Unterentwikkelte" – in einem Zustand permanenter Subordinierung verbleiben sollen. Nichtsdestoweniger ist aber der Topos, auch wenn er verfälscht wird, Gegenstand der sozialen Revolution. So stellt Diop fest: „Wir nehmen schon überall und auf empfindliche Weise die berechneten Nachteile der inneren Autonomie auf uns, die uns angeblich zur Unabhängigkeit vorbereiten soll: nämlich die Zersplitterung der revolutionären Kräfte [vor der absoluten und wirklichen Unabhängigkeit], die wir nur schwer mit gleicher Leichtigkeit wieder rückgängig machen werden, dann die fortschreitende Bildung von Klassen im modernen und ökonomischen Sinn des Wortes innerhalb der afrikanischen Gesellschaft und schließlich, infolgedessen, den fast mit Sicherheit anzunehmenden Ausbruch eines Klassenkampfes in Schwarzafrika."[65]

[61] Ebenda, S. 182.
[62] Ebenda, S. 182.
[63] Vgl. Kohn, a.a.O., S. 18f.
[64] Ansprenger, Nationsbildung, S. 182.
[65] Diop, a.a.O., S. 46.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach Diop steht die „eigentliche afrikanische Revolution" noch bevor, die sich jeder Gesetzmäßigkeit der Entkolonisierung widersetzt. Die Frage ist, ob die erwartete Revolution nach zehnjährigem Bestehen der modernen afrikanischen Gesellschaftskomplexe nicht schon im Gange ist, wenn man sie nicht als eine marxistische auffaßt, wie Diop es tut, sondern sich dabei auf die afrikanische soziale Realität bezieht. Um einer solchen Realität zu entsprechen, müßte die Revolution die kolonialen Strukturen aufheben, die sich in den noch bestehenden Kolonialgrenzen als „entscheidende Abgrenzung für die neuen Nationen"[66] manifestieren.

Nigeria als Paradigma für die afrikanische Revolution

Unter den neuen Artikulationsversuchen im Entstehungsprozeß der afrikanischen Staaten ist Nigeria ein Paradebeispiel. Der nigerianische Konflikt wurde durch eine Verfassungsfrage ausgelöst, die auf den Verfassungsentwurf vom Mai 1967 zurückzuführen ist, wonach der Bund anstelle der vier bisherigen Regionen in zwölf „States" aufgeteilt werden sollte. Die damals in der Ost-Region an der Macht befindliche provisorische Militärregierung unter Odumegwu Ojukwu sah in dem Verfassungsentwurf den Versuch, eine administrative Desintegration des Ibo-Volkes zu erreichen; denn die zum größten Teil von Ibos bewohnte Region wurde in drei Teile aufgeteilt. Diese Aufteilung ihres Gebietes und die ihr vorangegangenen Pogrome gegen die Ibos am 29. Mai und 29. September 1966 sowie die Vorgänge während des anschließenden Bürgerkrieges ließen später das Schlagwort vom Ibo-Genocid aufkommen, der mit rassischen, religiösen, politischen bzw. psychologischen Gründen erklärt wurde. Blickt man jedoch tiefer in die Vergangenheit Nigerias, dann stellt man fest, daß sich nicht allein der Krieg – der von einer „Polizeiaktion" des Generalmajors Yakubu Gowon am 6. Juli 1967 gegen die abtrünnige Region ausgegangen war – auf eine konstitutionelle Frage zurückführen ließ, sondern auch die Staatsstreiche vom 15. Januar und 29. Juli 1966. So ergaben sich für den ersten Putsch, der das Ende der Ersten Nigerianischen Republik bedeutete, drei auf eine Änderung der Verfassungsstruktur zielende Motivationen: „die Vorherrschaft des Nordens zu brechen", „jede Korruption innerhalb der Regierung auszumerzen" oder „ein ehrenhaftes und gerechtes Programm" aufzustellen, wodurch es möglich würde, „die Unausgewogenheit der Struktur der Föderation zu beseitigen"[67].

Alle drei Argumente stehen in enger Beziehung zueinander. Welchem man aber auch den Vorrang gab, der Putsch vom 15. Januar 1966 an sich wurde jedenfalls vom gesamten nigerianischen Volk mehr oder minder laut begrüßt, obwohl er allein von Ibo-Offizieren durchgeführt worden war[68]. Obafemi Awolowo, der jetzige

[66] Ansprenger, a. a. O., S. 185.

[67] Notes de base sur la Crise Nigérienne, Supreme Headquarters, Lagos 1967, S. 3.

[68] Man vergleiche die nigerianische Presse seit dem 15. 1. 1966. Die Tatsache, daß die Putschisten durchschnittlich 30 Jahre alt waren, läßt das Problem auch als eine Generationsfrage erscheinen.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Finanzminister der Zentralregierung, weiß diese Tat zu würdigen, indem er „the evils which afflicted Nigeria and brought about the ruin of the First Republic" auf zwei Grundnenner bringt: „the abnormal imbalance in the constituent units of the Federation" und „human propensities to evil-doing"[69]. Awolowo stellt fest, daß das eine das andere bewirkt, und meint, die Übelstände aufgrund der „antisocial tendencies and propensities in man" könnten „controlled and brought within minimally harmful limits by constitutional and legislative devices"[70]. Dazu war die frühere Verfassung nicht imstande gewesen. Die „abnormal imbalance" innerhalb derselben erklärt sich allein aus der Situation, aus der heraus sie geschaffen wurde, nämlich aus der der Unabhängigkeit vorausgegangenen Periode des „self government", bzw. der Kolonialsituation.

Die am 1. Oktober 1960 in Kraft getretene Verfassung des unabhängigen Nigeria enthielt zwar zwei „amendments" als Ergänzungen zu der vor der Unabhängigkeit konzipierten Verfassung: Die erste betraf den Gerichtshof. In Kapitel 8, § 2, wurde die Appellation an die Königin von England als letzter Instanz („Appeals to Her Majesty in Council") vorgesehen. Die zweite Ergänzung bezog sich auf die Gründung der „Mid-West-Region", wodurch sich die Zahl der Regionen in der Föderation von drei auf vier vermehrte. Da die Möglichkeit einer Veränderung der Regionen schon in der Verfassung vorgesehen war, brachte der Zusatz aber keine grundsätzliche Wandlung – ebensowenig wie der erste, der lediglich die Rolle des britischen Monarchen in der neuen Situation Nigerias präzisierte. In diesem Artikel drückte sich die Fortsetzung der Kolonisation als ein dynamischer Faktor der Integration mit der britischen Krone aus, die für Nigeria weiterhin als Referenz für die politische Ordnung diente.

So blieb die koloniale Artikulation auch in der nigerianischen Republik bestehen und trug bei zu dem Sezessionskonflikt der letzten Jahre. Der englische Historiker Sir Alan Burns bemerkte mit Recht noch im Jahre 1954: „There is no Nigerian nation, no Nigerian language . . . and no Nigerian tradition. The very name of Nigeria was invented by the British to describe a country inhabited by a medly of formerly warring tribes with no common culture, and united only in so far as they are governed by a single Power."[71] Die Äußerung Burns' bedarf jedoch der Korrektur eines Stereotyps, um die nigerianische Lage noch angemessener zu beurteilen. Es handelt sich nämlich nicht nur um „tribes", um einzelne Stämme, in Nigeria, sondern um Völker verschiedener Kulturkreise, die sich lange vor der Vereinigung aus verschiedenen Ursprüngen entwickelt hatten[72]; dadurch wird der Begriff Nigeria noch inkonsistenter. Die Bezeichnung „Nigeria" selbst ist erst 1879 entstanden, drei Jahre vor der Gründung der nördlichen und südlichen Protektorate von Nigeria um die britische Kolonie von Lagos herum (1882). Im

[69] Obafemi Awolowo, Thoughts on Nigerian Constitution, Ibadan 1966, S. 61.

[70] Ebenda, S. 62.

[71] Zit. nach Taylor Cole, in: Robert O. Tilman and Taylor Cole, The Nigerian Political Scene, London 1962, S. 45.

[72] Awolowo, a.a.O., S. 91 f.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahre 1914 wurde die Föderation Nigeria unter dem Generalgouverneur Lord Lugard (1859–1945) geschaffen, ein Gebilde, das anstelle der von den Monopolhandelsgesellschaften verwalteten Protektorate trat und Nord- und Südgebiet verwaltungsmäßig vereinigte. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat die nach dem damaligen Generalgouverneur genannte „Richards Constitution" (1946) in Kraft, deren wiederholte Reformierung zu der föderativen Struktur überleitete (1954). Der föderative Gedanke dieser Verfassung, aus dem die Regierungen der „Western and Eastern Regions" (1957) und die der „Northern Region" (1959) entstanden, entsprach den sukzessiven britischen Kolonialerrungenschaften am Niger, die eine selbständige administrative Entwicklung nachweisen konnten. So verwandelte sich das Oil River-Protektorat in die Eastern Region, seit 1967 unter der Bezeichnung Biafra bekannt. Die Entwicklung des nigerianischen Föderationsgedankens basiert somit sehr früh auf alten kolonialen Strukturen, die neben den ethnischen Unterschieden eine Kumulation von weiteren Gegensätzen brachten. Den Grundstein zum Regionalismus legten die Handelsgesellschaften durch die Wirtschaftseinheiten der frühen Protektorate. Mit der Einführung der parlamentarischen Regierungsform nach dem Zweiten Weltkrieg ergab sich eine Überbetonung des Regionalismus im politischen Bewußtsein, die zur Entstehung der mit den einzelnen Regionen bzw. deren Hauptvolksgruppen identischen politischen Parteien führte. Der Zerfall des nigerianischen Staatsgedankens erreichte seinen Höhepunkt, als am 1. Oktober 1960 das Land unabhängig wurde und die „single Power" der Kolonialmacht als Einheitssymbol verschwand, ohne daß es der zu diesem Zeitpunkt ernannte einheimische Gouverneur Nnamdi Azikiwe hätte restituieren können. Im Gegenteil, es zeichnete sich eine Rückkehr zu traditionellen volksmäßigen Zusammenhängen ab, die eine ursprüngliche politische Identität aufzeigen konnten. Mit der Proklamation der Republik am 1. Oktober 1963 gelangte man zu einem Proporzstatus, wobei ein Ibo aus dem Osten (NCNC) als Staatspräsident, ein Haussa aus dem Norden (NPC) als Regierungschef und ein Yoruba aus dem Westen (Action Group) als Oppositionsführer eingesetzt wurden.

Dieser Entwicklung, die auf die Desintegration der nigerianischen Föderation hinzielte, liegt der Umstand zugrunde, daß der „Northern People's Congress" (NPC) mit etwa der Hälfte der Bevölkerung und Zweidrittel der gesamten Bodenfläche der Föderation die absolute Mehrheit im Parlament des Bundes besaß und damit – durch das unangefochtene Machtmonopol der Parteien in ihren Regionen gestützt – berufen war, die Zentralregierungsgeschäfte auf unbegrenzte Zeit hinaus zu führen. Ohne diese „abnormal imbalance" wäre vielleicht die künstliche Erhaltung der Föderation möglich gewesen. Dieser Mangel an Gleichgewicht in der Verfassungsstruktur, der zudem von einer Entscheidung der kolonialen Verfassungsgeber herrührte, brachte eine permanente Spannung zwischen den progressiven nationalistischen Kräften und der Bundesregierung. Jene saßen im Süden und hatten das dichteste Netz geschulter regionaler Kader. Im Norden dagegen, mit den wenigsten geschulten Kräften, hielt sich die koloniale Tradition am besten; denn die britische koloniale Bürokratie fungierte dort weiter als Berater bzw. führte von

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dort aus indirekt das politische Diktat. Im islamischen Norden waren die einheimischen Emirate bei der Errichtung des Protektorats bestehen geblieben; man hatte ihnen nach dem britischen Prinzip der „indirect rule" Zugeständnisse gemacht, z. B. wurde kein Schulzwang eingeführt und die christliche Mission untersagt. Die nördliche Parteienoligarchie trat somit während der Ersten Republik in Vertretung der ehemaligen Kolonialmacht auf, was die angesehensten Politiker dieses Teils des Landes auch anläßlich des Januarputsches mit ihrem Leben bezahlten.

Nach dem Zerfall der Ersten Republik sollte nun eine neue, adäquate Verfassung geschaffen werden, die im Gegensatz zu der aus der Kolonialzeit hervorgegangenen früheren Verfassung das Zusammenleben von Völkern mit divergierenden historischen Erfahrungen[73] ermöglichen und die Fragen ihrer Artikulation und Repräsentation[74] lösen sollte. Der erste Versuch einer Lösung durch die nigerianische Militärregierung, der die Aufteilung des Landes in zwölf „States" vorsah, scheiterte. Man rechtfertigte diesen Reformversuch folgendermaßen: „Um die ernsten Befürchtungen einer Vorherrschaft des Nordens (die sich aus der Größe der Region ergeben könnten) oder einer Ibo-Herrschaft (wegen ihrer aggressiven und eng zusammengeschweißten Gesellschaftsordnung und ihrer intensiven Ausbeutung der den Minderheiten im Osten gehörenden Bodenflächen) zu zerstreuen und um das Übergewicht der Westregion zu beschränken (das entstünde, wenn der Norden und der Osten geteilt wären), gab es nur ein Mittel: nämlich Nigeria in die zwölf Staaten aufzuteilen, die von der Bundesmilitärregierung Ende Mai 1967 beschlossen worden waren."[75] Während bei diesem Reformprojekt für den Norden und den Westen strukturelle Fragen vorgeschoben werden, wird für die Aufteilung des Gebiets der Ibos im Osten deren „aggressive und eng zusammengeschweißte Gesellschaftsordnung" als Motiv angegeben. Somit wird die Artikulation der Ibo-Gesellschaft als ein die Föderation gefährdendes Moment angesehen, das vernichtet werden müsse. Angesichts dieser Einstellung der Zentralregierung sahen die Ibos nur eine Alternative: die Sezession. Der daraus entstandene Krieg muß folglich als außerparlamentarischer Verfassungskonflikt verstanden werden; denn weder die alte Verfassung, aus der sich die Konfliktsituation entwickelt hatte, noch der neue Entwurf konnten das Bewußtsein einer gemeinsamen, „nationalen" Artikulation erwecken. Daß ein derartiger Verfassungskonflikt kriegerische Ausmaße annahm, ergab sich aus der Verlagerung des Problems auf die machtpolitische Ebene, die dann auch zu seiner Internationalisierung führte.

Zwei für unsere Untersuchung wesentliche Feststellungen ergeben sich aus diesem Konflikt: Die Kontinuität der kolonialen Tradition manifestiert sich in der Haltung der Zentralregierung, die am Prinzip der Unantastbarkeit der kolonialen Grenzen festhält; die Ibos schufen mit ihrem Sezessionsversuch erstmals einen Präzedenzfall gegen dieses Prinzip in Afrika. Ob sich nun die Gegenspieler in Lagos

[73] Es gab keine Klausel in der früheren Verfassung, welche die sozialen Divergenzen zwischen den Volksgruppen regulierte.

[74] Vgl. Eric Voegelin, The New Science of Politics, Chicago 1962, S. 38ff.

[75] Notes de base sur la Crise Nigérienne, Supreme Headquarters, Lagos 1967, S. 8.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und in Biafra dieser Grundfragen afrikanischer Politik bewußt sind oder nicht, wird mit in erster Linie für die Lösung des Konflikts entscheidend sein. Im Prozeß der Internationalisierung des Konflikts wurden aber auch eine Reihe von Thesen aufgestellt, wie etwa der religiöse Ursprung der Auseinandersetzung, die ein absolutes Mißverständnis der Zusammenhänge erkennen lassen[76]. Die Frage der Religion hat höchstens insofern damit zu tun, als es sich in den verschiedenen Volksgruppen um tradierte Ordnungen handelt, in denen das politische und das religiöse Moment nicht zu trennen sind.

Wie viele afrikanische Länder, so hat auch Nigeria seine Unabhängigkeit nicht erkämpft, sondern sie wurde ihm zusammen mit der entsprechenden Verfassung nach britischem Muster aufgedrängt. Der Versuch, diese Verfassung zu revidieren, kann nur als nigerianische Revolution[77] angesehen werden: Zum erstenmal werden in Afrika die aufgezwungenen westlichen Institutionen und damit die kolonialen Grenzen durch einen revolutionären Akt in Frage gestellt, dessen Ausgang sich, wie zuvor der Panafrikanismus, auf die gesamte afrikanische Welt auswirken kann. In diesem Sinn stellt Nigeria einen Präzedenzfall für die gesamte afrikanische Situation dar. Wie immer dieser nigerianische Konflikt ausgehen mag – er ist mit der Niederwerfung des militärischen Widerstandes in Biafra sicher noch nicht beendet –, die Vorgänge in diesem Lande können nicht mehr rückgängig gemacht werden und stellen sowohl den Nigerianer als auch jeden Afrikaner vor die Frage der Selbsterkenntnis. Daß Nigeria als erstes Land eine Revolution im Inneren erleben mußte, erklärt sich daraus, daß die Anwendbarkeit des westlichen demokratischen Prozesses, die hier immer besonders stolz verkündet worden war, folgerichtig hier ad absurdum geführt wurde. Dasjenige unter den afrikanischen Ländern, das dem demokratischen Prozeß am weitestgehenden unterworfen war, wurde auch das erste, das sich vom westlichen politischen Erbe lösen mußte. Der Archetyp der westlichen Kolonisation in Afrika kann gerade in seinem Auflösungsprozeß bahnbrechend für eine neue afrikanische Ära werden.

Daß die Ereignisse in Nigeria ein Stück notwendiger Erfahrungen waren, die zu einer Reform führen können, läßt auch der Chef der Zentralregierung erkennen, wenn er zur Bilanz der kriegerischen Auseinandersetzung bemerkt: „Alle die gestorben sind, werden nicht umsonst gestorben sein."[78] Mit guten Gründen kann man wohl voraussagen, daß es in Afrika noch mehrere solcher Konflikte wie in Nigeria geben wird, bis der Afrikaner zu einer seinem Selbstverständnis adäquaten politischen Form gelangt ist.

---

[76] Zwei Drittel der Minister in der heutigen Zentralregierung, einschließlich des Staatsoberhauptes Gowon, sind Christen.

[77] Der Unterschied zwischen der Sezession Biafras und der Katangas besteht darin, daß sie im einen Fall unmittelbar nach der Unabhängigkeit erfolgte, im anderen Fall erst nach sieben Jahren – und nicht aus Berechnungen der kolonialen Interessengruppe.

[78] Nach Jeune Afrique, Nr. 475 vom 10. Febr. 1970; vgl. auch Time, Nr. 4 vom 26. Jan. 1970, S. 22.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

PAPENS „PREUSSENSCHLAG" UND DIE LÄNDER

Der Gewaltakt, durch den am 20. Juli 1932 die geschäftsführende Regierung Preußens politisch exekutiert wurde, ist mit seiner Vorgeschichte und seinen Auswirkungen ausführlich dargestellt und analysiert worden. Die Literatur[1] widmet sich vor allem der eng verzahnten Problematik von Papens Motiven und den Möglichkeiten – oder dem nachträglich erhobenen Postulat – des Widerstands durch die Preußenregierung. Insbesondere sind denkbare Formen (Generalstreik, Ausschaltung der Reichsregierung) und möglicherweise mobilisierbare Kräfte (Polizei, Gewerkschaften, Reichsbanner) des Widerstands gegen die als Auftakt der nationalsozialistischen Machtübernahme erkennbare Gleichschaltungsmaßnahme Papens erörtert worden. Im Gegensatz dazu sollen die hier vorgelegten Dokumente das Selbstverständnis der deutschen Länder im letzten Jahr der Weimarer Republik beleuchten[2].

Ähnlich wie die Börse reagierten die Regierungen der größeren deutschen Länder auf den Amtsantritt Papens wenn nicht mit Entsetzen, so doch mit starkem Mißtrauen. Die Ankündigung seines Kabinetts, die Reichsreform, jenes latente Strukturproblem der Weimarer Verfassung, das trotz mancher Anläufe nicht gelöst werden konnte, in Angriff nehmen zu wollen, ließ bereits Anfang Juni 1932 einen Konflikt zwischen Reich und Ländern erwarten. Jeder Versuch der Berliner Zentralregierung, die Strukturprobleme der Weimarer Verfassung – Dualismus zwischen Reichs- und Preußenregierung, Diskrepanz der Länder nach Größe, Einwohnerzahl und Leistungsfähigkeit[3], Handhabung des Ausnahmerechts gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung, Kompetenzabgrenzung zwischen Reich und Ländern – auf anderem als dem Verhandlungsweg lösen zu wollen, mußte mit hartem Widerstand zumindest der größeren Länder rechnen.

[1] Grundlegend Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1964[4], S. 559ff. – Neuerdings Jürgen Bay, Der Preußenkonflikt 1932/33, Ein Kapitel aus der Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik, Jur. Diss. Tübingen 1965. – Thomas Trumpp, Franz von Papen, Der preußisch-deutsche Dualismus und die NSDAP in Preußen, Ein Beitrag zur Vorgeschichte des 20. Juli 1932, Phil. Diss. Tübingen 1963. – Rudolf Morsey, Zur Geschichte des „Preußenschlags" am 20. Juli 1932, in dieser Zeitschrift 9 (1961), S. 430f.

[2] Vgl. Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933, Stuttgart 1959. – Horst Rehberger, Die Gleichschaltung des Landes Baden 1932/33, Heidelberg 1966. – Thilo Vogelsang, Das Verhältnis Bayerns zum Reich in den letzten Monaten der Weimarer Zeit (Juni 1932–Januar 1933), in: Bayern Staat und Kirche Land und Reich, Wilhelm Winkler zum Gedächtnis, München 1961, S. 460–488.

[3] Der Fläche und der Einwohnerzahl nach verfügte Preußen über reichlich drei Fünftel des Reiches, Bayern und Sachsen brachten zusammen knapp ein weiteres Fünftel auf, das letzte Fünftel verteilte sich auf nicht weniger als 14 Länder. Von diesen konnte man allenfalls fünf (Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen und Hamburg) als selbständig lebensfähig bezeichnen.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 23. Juli 1932, drei Tage nach dem „Preußenschlag", stellten sich Reichskanzler von Papen und sein Innenminister von Gayl den Vertretern der Länderregierungen. Über die Konferenz, zu der die württembergische Regierung die Räume des Stuttgarter Staatsministeriums zur Verfügung gestellt hatte, wurde eine Niederschrift durch die Reichskanzlei angefertigt (Dokument 1)[4]. Am 25. Juli berichtete Papen dem Reichskabinett über die Ergebnisse der Besprechung (Dokument 2)[5], und an demselben Tag erstattete auch der badische Staatspräsident Schmitt den Karlsruher Kabinettsmitgliedern Bericht (Dokument 3)[6].

Die Berichte weichen in Inhalt und Tonfall naturgemäß erheblich voneinander ab. Den größten Teil des ohnehin sehr dürftigen Papenschen Referats vor dem Reichskabinett nimmt eine nebensächliche Verfahrensfrage, die Mission des Freiherrn von Lersner als „Vertrauensmann der Reichsregierung" in Süddeutschland ein. Die sonstigen Ausführungen des Reichskanzlers könnten zu dem Schluß verleiten, daß mit einer Ausnahme alle Ländervertreter die Aktion gegen die preußische Regierung mit mehr oder weniger starkem Beifall bedacht hatten. Aus der offiziellen Konferenzniederschrift läßt sich dagegen unschwer entnehmen, daß der Reichskanzler in Stuttgart überwiegend – und teilweise heftig – kritisiert wurde. Lediglich die nationalsozialistischen Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin (Granzow) und Oldenburg (Röver), der deutschnationale Staatsminister Michael von Mecklenburg-Strelitz, der einer DNVP/NSDAP-Koalition präsidierte sowie Legationsrat von Stutterheim als Vertreter Anhalts und Braunschweigs, der seine Instruktionen von nationalsozialistischen Regierungen empfing, hatten sich hinter Papen gestellt[7]. Diesen fünf Kleinstaaten standen die süddeutschen Länder Bayern, Württemberg, Baden und Hessen sowie Sachsen und die Hansastädte gegenüber, deren Vertreter entweder ganz offen, oder vorsichtig in der Form, aber eindeutig genug, ihre Skepsis gegenüber Papens Beruhigungsversuchen, seinen Beteuerungen föderalistischer Gesinnung und politischer Unabhängigkeit (im Hinblick auf die NSDAP) ausdrückten. Eine wichtige Rolle spielte der württembergische Staatspräsident Bolz, dem eine vermittelnde Haltung zugeschrieben wurde[8], der aber nach dem Bericht seines badischen Kollegen die „schärfste Sprache" auf der Stuttgarter Konferenz geführt hat.

Zur Vorgeschichte der Stuttgarter Konferenz gehört die Auseinandersetzung über die Aufhebung des SA-Verbots. Bei einer Besprechung am 11. Juni 1932, in

---

[4] 23 Seiten Masch. Schr. (Abschrift), Bundesarchiv Koblenz R 43 I/2280.

[5] 2 Seiten Masch. Schr., Kopie (Mikrofilm) im Institut für Zeitgeschichte, MA 88, Bl. 462–463.

[6] 7 Seiten Masch.Schr. mit zahlreichen handschriftl. Korrekturen. Badisches Generallandesarchiv Karlsruhe, Fasz. 233/25 713.

[7] Der hessische Staatspräsident Adelung will sich auch daran erinnern, daß die beiden Nationalsozialisten Röver und Granzow „sehr kräftige Worte wegen des Vorgehens gegen Preußen" gefunden haben. Vgl. Bernhard Adelung, Sein und Werden, Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen, Offenbach 1952, S. 367.

[8] Besson, a.a.O., S. 295. – S.a. Max Miller, Eugen Bolz, Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951, S. 421f.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Papen den Länderregierungen seine politischen Absichten verdeutlichen wollte, kam es zu einer scharfen Kontroverse mit der Reichsregierung, wobei die größeren Länder das von Bayerns Ministerpräsident Held temperamentvoll artikulierte Mißtrauen gegen Papens Intentionen teilten.

Beträchtliches Aufsehen und sehr unfreundliche Kommentare in der gesamten Rechtspresse („süddeutsche Hochverräter") hatte das Zusammenspiel der drei süddeutschen Länderchefs verursacht, die sich am 9. Juni in Karlsruhe zusammengesetzt und beschlossen hatten, ihre Besorgnisse dem Reichspräsidenten im Anschluß an die Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin vorzutragen. Die Anrufung des Staatsoberhaupts – verfassungsgeschichtlich durchaus ein Novum – war ein Symptom dafür, daß in Süddeutschland das Barometer auf Sturm kletterte. Hauptpunkte der Beschwerdeliste, die Hindenburg am 12. Juni vorgetragen wurde, bildeten die befürchteten Eingriffe der Reichsregierung in die Innenpolitik der Länder und die beabsichtigte Aufhebung des SA-Verbots. Papen, der an der Unterredung Hindenburgs mit den süddeutschen Regierungschefs teilnahm, dementierte alle Gerüchte über einen bevorstehenden Reichskommissar in Preußen. Geschmeidig suchte er jede Besorgnis hinsichtlich einer Verschiebung des Verhältnisses von Reich und Ländern zuungunsten des Föderalismus oder gar im Widerspruch zur Verfassung zu zerstreuen. Das gelang ihm jedoch kaum. Noch weniger Übereinstimmung wurde in der Frage des SA-Verbots erzielt, an dem den Süddeutschen so viel gelegen war. Die Besprechung endete in einem Schlagabtausch zwischen Held und Hindenburg, der aus Variationen zum Mainlinien-Thema bestand[9].

Sehr ernst war danach die Stimmung auf der Innenministerkonferenz am 22. Juni in Berlin, nachdem die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 16. Juni das SA- und Uniformverbot sowie die Versammlungsbeschränkungen aufgehoben hatte und die Länder Preußen, Hessen, Baden und Bayern mit dem Erlaß bzw. der Aufrechterhaltung landesrechtlicher Uniform- und Demonstrationsverbote geantwortet hatten. Reichsinnenminister von Gayl beschwor die Länderminister, ihre Vorschriften den reichsrechtlichen Bestimmungen anzupassen und drohte im Weigerungsfall mit einer Ergänzungsnotverordnung, die die landesrechtlichen Verbote beseitigte. Sie wurde am 28. Juni vom Reichspräsidenten erlassen.

Juristisch gesehen war diese Drohung ein arger Verstoß gegen die föderative Verfassungsstruktur. Entsprechend war die Reaktion der Länder, namentlich Bayerns, wo man Eingriffe in die Landeshoheit stets mindestens mit geharnischten Protesten, notfalls mit offener Auflehnung zu quittieren pflegte.

Die anfangs als Beginn einer „Verwaltungsreform" deklarierte Aktion gegen Preußen am 20. Juli wurde folgerichtig von Bayern und Baden sofort – und unabhängig von Preußen – mit Klagen vor dem Staatsgerichtshof beantwortet. Die

---

[9] Niederschrift über die Besprechung des Reichspräsidenten mit den süddeutschen Minister- bzw. Staatspräsidenten v. 12. Juni 1932, abgedr. u.a. bei Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, Stuttgart 1962, S. 466–470. – Zum anschließenden Streit um das Protokoll s. Besson, a.a.O., S. 280. – Rehberger, a.a.O., S. 22.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stuttgarter Regierung legte immerhin Verwahrung ein[10]. Die übrigen Länderregierungen äußerten sich dann beim „Stuttgarter Konklave" am 23. Juli 1932.

Wolfgang Benz

Dokument 1

Niederschrift

über die Besprechung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder am 23. Juli 1932 in Stuttgart

...

Vorgänge in Preußen.

Der *Reichskanzler* führte aus, daß die Reichsregierung mit wachsender Besorgnis die Lage in Preußen betrachtet habe. Am 20. Mai 1932 sei die alte preußische Regierung freiwillig zurückgetreten[11]. Die Bildung einer neuen Regierung sei erschwert worden durch die Änderung der Geschäftsordnung. Seine Bemühungen auf Bildung einer neuen preußischen Regierung hätten Anfang Juni eingesetzt. Die Nationalsozialisten hätten sich bereit erklärt, hierbei mitzuwirken. Gescheitert seien seine Bemühungen am Zentrum. Durch diese Konstellation hätten sich zwei Fronten herausgebildet, erstens: die Front der Rechtsparteien, und zweitens: die antifaschistische Front, die – er scheue nicht, es auszusprechen – vom Zentrum bis zu den Kommunisten gehe. Die letztere Front habe es sich zur Aufgabe gemacht, gegen die jetzige Reichsregierung vorzugehen. Der Reichskanzler verwies auf den Beschluß der Konferenz von Brandenburg, bei der Thälmann, die S.P.D. und die Eiserne Front einmütig zusammenstanden in Bezug auf die Bildung von gemeinsamen Demonstrationen[12]. Diese Konstellation halte er für staatsgefährdend, insbesondere deshalb, weil sie Unterstützung durch die preußischen Behörden gefunden habe. Zu seinem Bedauern müsse er erklären, daß der frühere Preußische Minister des Innern Severing, der über den Parteien stehen müsse, seinen Standpunkt verlassen habe. Der Reichskanzler wies sodann auf die Unterredung von Staatssekretär Abegg mit dem kommunistischen Abgeordneten Torgler hin und erwähnte dabei, daß Waffenscheine an kommunistische Organisationen ausgegeben worden seien. Der Reichskanzler verwies ferner auf die Rede des Ministers Severing, welche darin gipfelte, „fort mit der Regierung Papen" und auf die Rede des ehemaligen Polizeipräsidenten Grzesinski, der mit der Entfesselung des Bürgerkrieges gedroht habe. Der Reichskanzler berichtete sodann von dem aufreizenden Bild in der „Reichsbanner-Zeitung", das sogar den Reichspräsidenten von Hindenburg anklage, und von der Rede des Reichsbannerführers Breuer, der – noch dazu als ein Angestellter der Reichszentrale für Heimatdienst –, auch die Äußerung getan habe, daß die Reichskanzlei telephonisch überwacht werde.

---

[10] Daß sich die württembergische Regierung lediglich zu einer Rechtsverwahrung entschloß, hatte seinen Grund hauptsächlich in der Zusammensetzung der Stuttgarter Koalition, der zwei DNVP-Minister angehörten. Vgl. Besson, a.a.O., S. 293 u. 407 f.

[11] Am 20. 5. 1932 endete die Legislaturperiode des alten preußischen Landtags.

[12] Zu den Bemühungen der KPD, eine antifaschistische Front zu bilden vgl. Joachim Petzold, Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen, in: Zeitschr. f. Geschichtswissenschaft 4 (1956), S. 1146 ff. (insbes. S. 1151 f.).

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit steigender Sorge habe die Reichsregierung die Vorgänge in Altona verfolgt, welche nur auf eine ungenügende Aktionsfähigkeit der Altonaer Polizei zurückzuführen seien.

Der Reichskanzler betonte weiter, daß die Tagung des Internationalen Transportarbeiter-Verbandes in Altona, einer rein kommunistischen Bewegung, trotz der Warnung der Hamburger Polizei, gestattet worden sei. Die vollkommene Unsicherheit im preußischen Beamtenkörper und in der Schupo habe letzten Endes der Reichsregierung Veranlassung gegeben, in Preußen durchzugreifen, um Schlimmeres zu verhindern[13]. Der Reichspräsident habe deshalb die Verordnung, den Reichskanzler als Kommissar für Preußen zu bestellen und den Preußischen Ministerpräsidenten Braun und den Preußischen Minister des Innern Severing abzusetzen, vollzogen. Die Reichsregierung habe beabsichtigt, mit den übrigen preußischen Ministern zusammen zu arbeiten. Bei der Besprechung am 20. Juli mit den Staatsministern Hirtsiefer, Severing und Klepper, habe Staatsminister Severing nachdem den Herren Mitteilung von der Notverordnung des Reichspräsidenten gemacht worden sei, erklärt, daß diese Notverordnung nicht verfassungsmäßig sei und er nur der Gewalt weichen wolle. Er, der Reichskanzler, habe Herrn Severing erklärt, er müsse sich der Anordnung des Reichspräsidenten fügen. Erst durch die Äußerung Severings, daß er sich nur der brachialen Gewalt unterwerfen werde, sei die Reichsregierung in die Lage versetzt worden, über Berlin und die Mark Brandenburg den Ausnahmezustand zu verhängen. Diese Maßnahme falle deshalb lediglich Herrn Minister Severing zur Last. Nachdem die Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums mit Schreiben vom 20. Juli dem Reichskanzler erklärt hatten, daß sie die Notverordnung des Reichspräsidenten nicht anerkennen, (der Reichskanzler verliest das Schreiben) sah er sich als Reichskommissar für das Land Preußen genötigt, die sämtlichen preußischen Minister ihrer Amtsfunktionen zu entheben. Gleichzeitig damit ging die Amtsentsetzung des Polizeipräsidenten Grzesinski, des Polizeivizepräsidenten Weiß und des Polizeikommandeurs Heimannsberg vor sich. Der Herr Reichskanzler erwähnt weiter die Betrauung des Oberbürgermeisters Dr. Bracht mit seiner Stellvertretung, einer Persönlichkeit, die auf dem Gebiete des Verwaltungswesens einen guten Ruf genieße und die Gewähr dafür leiste, daß in Preußen in Zukunft keine Parteipolitik getrieben werde. Es sei beabsichtigt, in Preußen Personalveränderungen nur in eng begrenztem Rahmen vorzunehmen. Der Reichskanzler erklärte, daß diese Maßnahmen gegen die Preußische Staatsregierung in den übrigen Ländern starke Beunruhigung hervorgerufen hätten. Er erkläre aber ausdrücklich, daß die Reichsregierung nicht beabsichtige, irgendwie in einem anderen Land ähnlich vorzugehen, da hierzu keine Gründe vorlägen. Er betonte, daß in Preußen nicht vorgegangen sei, weil nur eine geschäftsführende Regierung vorhanden sei, sondern weil Ruhe und Ordnung nach Auffassung der Reichsregierung in diesem Lande gefährdet sei. Es sei dagegen seine Auffassung, daß die Staatsregierungen in den anderen Ländern in den besten Händen seien. Die Reichsregierung bitte in den getroffenen Maßnahmen nicht die Absicht zu erblicken, eine Schwächung der Länder vorzunehmen, sondern im Gegenteil eine Stärkung der Länder. Er verwies dabei auf seine letzte Rundfunkrede[14]. Der Bayerische Ministerpräsident habe in einer seiner Wahlversammlungen erklärt, daß er (der Reichskanz-

---

[13] Die zur Rechtfertigung der Aktion gegen Preußen von Papen angeführten Gründe (Abegg-Story, Altonaer Blutsonntag usw.) sind in der Literatur eingehend behandelt worden, es erübrigt sich, hier abermals darauf einzugehen.

[14] Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 537/539 v. 21. 7. 1932. – Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1932, S. 250.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ler) zwar wortföderalistisch, aber tat-unitaristisch sei. Er müsse diese Äußerung auf das entschiedenste zurückweisen. Die Herren in Süddeutschland könnten nicht ermessen, wie wesentlich in Preußen sich die Verhältnisse geändert hätten. Der Reichskanzler zitierte dann aus den „Münchener Neuesten Nachrichten" Nr. 196 die Stelle: „... und wir behaupten, der föderalistische Aufbau des Deutschen Reiches und mit ihm das Reich selbst können nur gerettet werden, wenn man den Dualismus Reich-Preußen beseitigt, der wie Schwamm in seinen Mauern ist."[15] Der konstruktive Fehler der Weimarer Verfassung sei der Urgrund dieses Konfliktes, und er stelle jetzt die Frage: ist es notwendig, daß die Länder diesen Konflikt so ernst nehmen? Als Reichskanzler beantwortete er diese Frage mit nein. Wir müßten in der Staatspolitik neue Wege gehen, und wir müßten für unser Volk eine neue Lebensgrundlage geistiger und wirtschaftlicher Art zu schaffen suchen. Die geistige Wende der Zeit verlange neue geistige Fundierung der Staatsführung.

Der Bayerische Ministerpräsident *Held* dankt dem Herrn Reichskanzler für seine Ausführungen und wünscht, daß die Frage, die so bedeutungsvoll geworden sei, in diesem Kreise leidenschaftslos eingehend besprochen werden könne, und er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß man zu einer einheitlichen Auffassung komme. Er wolle nicht das Vorgehen der Reichsregierung für unberechtigt erklären, er bemängele nur die Art der Entscheidung. Wenn die Sicherheit gefährdet sei, habe die Reichsregierung das Recht einzugreifen; aber die Entscheidung sei dahin gefallen, daß der Reichskommissar sich an die Stelle der Rechte und Funktionen der Länderregierungen gesetzt habe. Darin erblicke er eine Verfassungswidrigkeit. Der Reichskommissar könne wohl *neben* die Minister gestellt werden, aber er könne nicht *über* sie gesetzt werden. Die Dinge hätten sich so gestaltet, als wenn Landeshoheitsrecht unter das Reichsrecht gestellt werde. Er wünsche Klarheit, wie weit das Reich gehen könne bei Bestellung eines Reichskommissars. Er betrachte es ferner für unmöglich, daß der Reichskommissar Minister absetze und entlasse und zu gleicher Zeit die ganze Landesregierung für sich in Anspruch nehme. Bei Anrufung des Staatsgerichtshofs stelle sich die Bayerische Regierung nicht vor die Kommunistische Partei. Dagegen möchte er annehmen, daß die sogenannte kommunistische Gefahr erst durch die Lockerung, die seit 3 Wochen eingetreten sei, verstärkt worden sei. Was vor 6 Wochen für Bayern noch eine Tugend gewesen wäre, müsse jetzt als ein Verbrechen angesehen werden. Alle diese Fragen seien für Bayern lediglich Rechtsfragen, und entscheidend bleibe, ob dieser Rechtsgrundsatz festgehalten oder ob er verlassen werden solle. Durch die Bestellung des Reichskommissars sei man zu einem generellen Angriff auf die Rechtsgrundlage der Länder übergegangen. Der Bayerische Ministerpräsident wirft in diesem Stadium der Verhandlung die Frage auf, was aus der Tätigkeit des Reichsrats werden solle. Dieser vertrete zwei Interessen: erstens die des Reichs, zweitens die der Länder. Der Reichskanzler könne aber nicht preußische Stimmen für sich im Reichsrat in Anspruch nehmen. Das würde eine völlige Verkennung der Grundlagen des Reichsrats überhaupt bedeuten. Er halte es für unmöglich, daß jetzt eine Sitzung des Reichsrats stattfinden könne, bevor diese Frage

[15] Münchner Neueste Nachrichten Nr. 196 v. 21 7. 1932. Der von Papen zitierte Leitartikel Fritz Büchners billigte allerdings weder Art und Weise noch Begründung des Vorgehens gegen Preußen. Bei aller Ablehnung des Papenkurses wurde in den MNN jedoch die Ansicht vertreten, Bayern solle die günstige Stunde der Unsicherheit der Reichsregierung nutzen und sich den Verzicht auf weitere Proteste mit Sicherungen seiner Selbständigkeit (nach Art der Reservatrechte der Bismarckverfassung) honorieren lassen. Vgl. Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, München 1954, S. 458f. – S.a. Erwein von Aretin, Krone und Ketten, München 1955, S. 114–117.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geklärt sei, da das Land Preußen jetzt keine Stimme für sich abgeben könne. Daraus folge, daß die Frage in kürzester Zeit seine Regelung finden müsse.

Der Bayerische Ministerpräsident bemängelte sodann die Gerichte und erklärte sie für nicht mehr intakt. Bei den Gerichtsentscheidungen habe man häufig das Gefühl des Ertrinkens. Wolle man jetzt die Frage des Dualismus Preußen-Reich behandeln, dann wäre damit auch die Frage der Reichsreform in Angriff genommen. Er sei kein Gegner der Reichsreform. Staatsrat Schmelzle[16] habe seinerzeit zuerst die Frage der Reichsreform gestellt, und zwar in seiner Rede vom 18. Januar 1928. Schon damals habe Bayern deutlich gesagt, wie es sich das Verhältnis zwischen Reich und Ländern denke. Er zitiert die „Deutsche Allgemeine Zeitung". Er stelle daher jetzt die Frage, ob die Maßnahmen so gedacht seien, um ein Vorwärtstreiben der Reichsreform zu ermöglichen, dann hätten die Länder das Recht und die Verpflichtung, zu fragen, was das Reich beabsichtige.

Er möchte bei dieser Gelegenheit folgenden Vorfall erwähnen: am vergangenen Dienstag (19. Juli) sei in seinem Auftrage bei der Reichskanzlei angefragt worden, ob am nächsten Tage eventuell der Ausnahmezustand erklärt werden würde. Daraufhin sei dem Fragesteller der Bayerischen Gesandtschaft von der Reichskanzlei erwidert worden, die Frage sei nicht akut. Trotzdem sei am nächsten Tage der Ausnahmezustand erklärt worden. Er möchte hierbei betonen, es sei schwer zu glauben, daß das ein zufälliges Zusammentreffen sei. Die bekannte Äußerung „der Reichskanzler firmiert, ein anderer Herr signiert, und ein dritter Herr, nämlich Hitler, diktiert", sei wohl nicht ganz unangebracht. Daher möchte er jetzt die Frage stellen: ist die Reichsregierung in jeder Hinsicht frei? Was ist das Ziel der Reise und wie sieht der Weg aus, der bei der Reichsreform mit den Ländern beschritten werden soll? Hierüber bestehe bei Bayern großes Mißtrauen. Er bitte die Reichsregierung ganz offen zu dieser Frage Stellung zu nehmen und mit aller Deutlichkeit sich zu äußern.

Bezüglich der Stellungnahme zu den Kommunisten bemerkte der Bayerische Ministerpräsident, daß nicht alles auf das Schuldkonto der Kommunisten zu setzen sei, sondern auch andere Parteien hätten vielfach einen provokatorischen Standpunkt eingenommen, der die Grundlagen unseres öffentlichen Lebens auf das stärkste bedrohe.

Er fasse seine Wünsche dahin zusammen: Zusammenarbeit auf dem Boden des Rechts und im Respekt vor der Verfassung, die das deutsche Volk sich gegeben habe. Er mache keine Reichsreform mit, die die Länder abschaffen wolle.

Der Sächsische Ministerpräsident *Schieck* erklärte, daß seine Regierung überrascht worden sei durch die Bestellung des Reichskommissars, aber der Reichskanzler trage dafür die Verantwortung, und letzten Endes habe der Staatsgerichtshof zu entscheiden. Wenn in Preußen sich die Sozialdemokraten mit den Kommunisten verbunden haben sollten, so sei in Sachsen gerade das Gegenteil der Fall. Er verweise auf die Reichsexekutive in Sachsen im Jahre 1923, die vom Reichspräsidenten Ebert und den Reichsministern Stresemann und Sollmann durchgeführt worden sei. Damals sei die Rechtslage die gleiche wie jetzt gewesen[17]. Er befürchte nur, daß dieser Fall Schule

---

[16] Hans Schmelzle (1874–1955), von 1921 bis 1927 Staatsrat im bay. Ministerium des Äußern, dann Finanzminister, genoß als Verfasser der beiden Regierungsdenkschriften von 1924 und 1926 („Zur Revision der Reichsverfassung" und „Über die fortschreitende Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit der Länder") in Bayern höchste Autorität als Fachmann für die Probleme einer Reichsreform im bayerisch-föderalistischen Sinne.

[17] Mit dem Unterschied, daß der Reichsexekution gegen Sachsen 1923 ein Ultimatum vorangegangen war; der Reichskommissar Heinze amtierte lediglich zwei Tage lang und versuchte nicht, Regierungsfunktionen zu übernehmen oder in die innere Verwaltung einzugrei-

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

machen könne. Er erblicke in den getroffenen Maßnahmen eine Reichsreform auf halbem Wege[18]. Er hoffe, daß diese Maßnahme nur vorübergehender Natur sei und möchte sich auch den Bedenken des Ministerpräsidenten Held wegen der Ausschaltung des Reichsrats anschließen. Er hoffe, daß die Wahl am 31. Juli unbedingt durchgeführt werde. Die kommunistische Partei müsse mit allen Mitteln bekämpft werden, aber seine Regierung wünsche nicht, daß es zu einem Verbot der Gesamtpartei komme.

Staatspräsident *Bolz* beschränkte sich auf kurze Ausführungen. Auch er wünschte, daß die Reichstagswahl nicht verschoben werde und sprach sich gegen ein Verbot der kommunistischen Partei aus.

Der *Reichskanzler* und Reichsminister des Innern Freiherr *von Gayl* bestätigten dieses.

Bezüglich des Vorgehens der Reichsregierung teilte Staatspräsident *Bolz* die rechtlichen Ausführungen, die von dem Vorredner gemacht worden seien. Er glaube nicht, daß davon die Rede sein könne, daß in Preußen ein offener Widerstand gegen die Reichsregierung ausgebrochen wäre. Er halte deshalb die Anwendung des Artikels 48 Abs. 1 (Reichsexekutive) für bedenklich. Für ebenso bedenklich halte er es, daß der Reichskommissar unmittelbar mit dem Amt eines preußischen Ministers betraut worden sei. Aus dieser Maßnahme könne sich leicht ein mangelndes Vertrauen zur Reichsregierung entwickeln. Die Württembergische Staatsregierung habe sich an den Staatsgerichtshof gewandt, um vor allem die Frage nachprüfen zu lassen, ob eine tatsächliche Verfehlung der Preußischen Landesregierung vorliegt. Liege eine solche nicht vor, dann seien die Länder einfach schutzlos jeder Reichsregierung ausgeliefert. Bei dieser Gelegenheit möchte er auch die Rundfunkfrage erwähnen. Auch hier habe die Württembergische Staatsregierung das gleiche beängstigende Gefühl, daß eine Zentralisierung von Berlin eintrete, und daß die Länder nichts mehr zu sagen haben sollen[19]. Wen der Wind einmal von einer anderen Seite wehen werde, dann werde die Reichsregierung erst sehen, wie sie fehlgegangen sei.

Bürgermeister *Petersen*[20] schloß sich den Ausführungen der anderen Herren über die Rechtsfrage an. Auch er bemängele die Art der Maßnahmen der Reichsregierung. Alles spreche gegen die Nationalsozialisten. Er zitierte hier die Altonaer Vorgänge und auch das Vorgehen gegen Staatssekretär Abegg. Vielleicht habe Minister Severing garnichts davon gewußt, was man ihm vorwerfe, denn weder Staatssekretär Abegg noch Minister Severing seien vorher befragt worden. Ihm sei es zweifelhaft, ob die

---

fen. Einzelheiten bei Klaus Hohlfeld, Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923, ihre Vorgeschichte und politische Bedeutung, Phil. Diss., Erlangen-Nürnberg 1964.

[18] Sinngemäß wohl: „auf kaltem Wege."

[19] Die Papenregierung forcierte die bereits angebahnte (und notwendige) Rundfunkreform. Am 13. Juni wurde die „Stunde der Reichsregierung" eingeführt. Auf der Tagesordnung der Reichsratsausschußsitzung vom 27. Juli 1932 standen die „Leitsätze zur Neuregelung des Rundfunks". Der Entwurf war am 15. Juli mit Fachvertretern der Länder vorbesprochen worden. Beabsichtigt war die wirtschaftliche Verstaatlichung und die Überwachung der Programmgestaltung durch einen Rundfunkkommissar des RMdI bzw. durch regionale Staatskommissare. Der Einspruch der Länder verhinderte die letzte Konsequenz der Rundfunkreform, die völlige Verstaatlichung und absolute Kontrolle durch das RMdI. Trotzdem lieferte der am 11. November 1932 im Reichsrat beschlossene Kompromiß den Nationalsozialisten ein brauchbares Werkzeug zur Propaganda und bedeutete die Vorstufe der Gleichschaltung des Rundfunks. – Vgl. Heinz Pohle, Der Rundfunk als Instrument der Politik, Zur Geschichte des deutschen Rundfunks 1923/38, Hamburg 1955, S. 118ff.

[20] Vertreter Hamburgs.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verfassung eingehalten worden sei. Aber er befürchte, daß man durch dieses Vorgehen wieder eine schärfere sozialdemokratische Partei schaffe; früher hieße es schwarz-rot-gold, jetzt rot. Der Staatsgerichtshof habe in Ermessensfragen nicht nachzuprüfen, aber verschiedene Juristen meinten, er hätte sie bereits nachgeprüft. Für ihn sei die Frage wichtig; was geschehe, wenn der Staatsgerichtshof die Maßnahmen wieder aufhebe? Hierin liege doch eine große Gefahr bezüglich der Autorität des Herrn Reichspräsidenten. Man hätte es deshalb zu der Anrufung des Staatsgerichtshofs erst gar nicht kommen lassen dürfen. In Hamburg ständen sich die Sozialdemokraten und Kommunisten scharf gegenüber, und er glaube einfach nicht an eine Annäherung dieser beiden Parteien. Sollte es aber durch verfehlte Maßnahmen der Reichsregierung dahin kommen, dann erblicke er darin eine ganz ungeheure Gefahr für Deutschland. Er appelliere deshalb an alle Beteiligten, die Lage Deutschlands nicht unnütz zu erschweren. Er sehe in dem Auftreten der Nationalsozialisten eine der großen Gefahren. Auch er möchte deshalb die Frage aufwerfen, ob man der Nationalsozialistischen Partei etwas zugesagt habe.

Bürgermeister Petersen streifte dann die Frage der Verabschiedung der Staatssekretäre Krüger und Staudinger[21]. Diese beiden Staatssekretäre hätten doch wirklich nichts gegen die Sicherheit, Ruhe und Ordnung des Preußischen Staates getan. Wenn man über diese schwere Zeit hinwegkommen wolle, dann dürften nicht Maßnahmen getroffen werden, die alles zerstören.

Der Badische Staatspräsident *Schmitt* schloß sich den Darlegungen des Vorredners an. Das Problem sei politischer und rechtlicher Natur. Die Klage Badens dürfe nur politisch gesehen werden. Baden halte in unverbrüchlicher Treue zur Reichsverfassung. Was der Staatsgerichtshof entscheide, sei für Baden Recht. Er erkläre hier, daß auch Baden berechtigte Zweifel an der föderalistischen Haltung des Reichs habe. In der Regierungserklärung stehe beispielsweise kein Wort über diese Frage. Er betrachte das Vorgehen des Reichskanzlers als Eingriff in die Polizeihoheit der Länder. Die Personalunion zwischen Preußen und Reich sei nach Auffassung Badens die größte Gefahr für die Selbständigkeit der Länder. Auch er möchte die Frage gern beantwortet haben, ob die Reichsregierung an den Nationalsozialismus gebunden sei. Er glaube, es bestehe mindestens eine Art Stillhalteabkommen in dieser Beziehung[22]. Auch bezüglich der Rundfunkfrage habe er die stärksten Bedenken. – Die angesetzte Sitzung des Reichsrats müsse abgesagt werden (der Reichsminister des Innern bestätigt, daß die Sitzung bereits abgesagt sei)[23].

Die Ursache der Unruhen in den letzten Wochen liege in der Herabminderung der Autorität der Länder und der Reichsregierung; der Länder durch die Herabminderung der Polizeihoheit der Länder, und der Reichsregierung durch Aufhebung des Uniformverbots und die Wiedereinführung des Demonstrationsverbots. Er möchte deshalb die Reichsregierung bitten, nochmals die Frage des erneuten Uniformverbots, zum mindestens bis zur Wahl, durchzuprüfen. Er stelle weiter die Forderung, daß Alarmbereitschaft der S.A. und S.S.-Leute am Wahltage verboten werde, da Baden nur eine geringe Polizei habe und diesem Ansturm nicht gewachsen sei. Auch er spreche sich gegen ein Verbot der Kommunistischen Partei aus.

Sodann nahm der Badische Ministerpräsident Stellung zu der rechtlichen Frage. Ihm schiene es zweifelhaft, ob man deshalb, weil Minister Severing sich geweigert

[21] Staudinger war Staatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe, Krüger im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Zu den Personalveränderungen in Preußen s. Horkenbach, S. 253 f.

[22] „Beziehung" handschriftl. eingefügt, ursprünglich „Richtung".

[23] Die erste Vollsitzung des Reichsrats nach dem „Preußenschlag" fand am 2. August 1932 statt.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte, zurückzutreten, den Ausnahmezustand verhängen mußte. (Der Reichskanzler erwiderte, rechtlich sei nichts anderes möglich gewesen, da die Reichsregierung keine Reichspolizei habe). Er bemängelte ferner die Absetzung der übrigen preußischen Minister durch den Reichskommissar. Er verweise auf Ausführungen im Deutschen Handbuch für das Staatsrecht.

Zur Frage des Reichsrats müsse er folgendes sagen: er halte es für unlogisch, daß der Reichskommissar zugleich Mitglied des Reichsrats werde. Beispielsweise könne der Reichskommissar nicht im Namen eines Landes Darlehen aufnehmen.

In der Frage des Reichsrundfunks halte er einen Beschluß des Reichsrats für unmöglich.

Der Hessische Staatspräsident *Adelung* schloß sich den Ausführungen der übrigen Herren an. Auch er halte es für unmöglich, daß der Reichskommissar einen Minister verhaften dürfe. Er bringe seine Sorgen über die Maßnahmen der Reichsregierung zum Ausdruck und verweise auf die Presse und das sichtliche Schwinden der Staatsautorität. Es sei die Pflicht der Länderregierungen, die Autorität des Reichs mit allen Mitteln zu schützen, aber andererseits sei es Aufgabe der Reichsregierung, die Autorität der Länderregierungen nicht zu erschüttern. Er habe den Eindruck, daß die jetzigen maßgeblichen Herren der Reichsregierung den Parteien mit Mißachtung gegenüberstehen.

Auch die Hessische Staatsregierung habe mit großer Sorge die Aufhebung des Uniformverbots beobachtet und habe gewarnt davor. Er halte die Begründung für das Eingreifen gegen Preußen für gänzlich abwegig. Er bemängele ferner die Äußerung des Reichskanzlers über das Zusammengehen der Parteien vom Zentrum bis zu den Kommunisten. Staatspolitisch gesehen werde jeder Staatsmann die Partei hinter den Staat zurückstellen. Er bringe seine Sorgen dehalb hier zur Sprache. Die Reichsregierung dürfe sich wirklich nicht in irgendwelche parteipolitische Bindung begeben. Er sei aber dem Reichskanzler für seine Erklärung dankbar, daß die Wahlen unbedingt stattfinden würden. Dazu gehöre aber nach seiner Überzeugung, daß der Ausnahmezustand baldmöglichst beseitigt werde.

Der *Reichskanzler* gibt das zu.

Hier tritt eine Pause von etwa 1 ½ Stunden ein[34].

Um 3 ½ Uhr wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Das Wort erhielt zunächst der Mecklenburgische Ministerpräsident *Granzow*. Er wies zuerst auf die Verarmung des Landes Mecklenburg hin und daß Tausende von Landwirten vor der Zwangsvollstreckung stünden, sowie ferner darauf, daß in Norddeutschland sich bereits drei nationalsozialistische Regierungen befänden und trotzdem die Beschimpfungen Hitlers immer weiter fortgingen. Diese Beschimpfungen fänden unter dem Schutze der preußischen Polizei statt. Der Staatsanwalt Hennings habe der Mecklenburgischen Regierung erklärt, daß er von Preußen den Befehl erhalten hätte, zwei Beamte der Mecklenburgischen Ordnungspolizei zu bestrafen. Die Mecklenburgische Regierung habe es als eine Entlastung empfunden, daß endlich einmal gegen die sozialdemokratische Regierung in Preußen eingeschritten werde. Er hoffe, daß nach der Reichs-

[34] Die Konferenzpause benützte der Reichskanzler dazu, für ein Gruppenfoto zu posieren, bei dem er seinen Arm unter den des bayerischen Ministerpräsidenten Held schob, um solchermaßen einen Beweis für die Bändigung der opponierenden Süddeutschen mit nach Berlin zu bringen. In München nahm man diesen „Papenstreich" sehr krumm, vor allem, weil das Bild wenige Tage später auf Wahlplakaten der NSDAP erschien mit der Unterschrift: „Zuerst kämpft Dr. Held gegen von Papen, daß man glauben könnte, er würde ihn bei der ersten Gelegenheit auffressen! Und dann? Obiges Bild sagt alles! . . ." Bay. Hauptstaatsarchiv München, AStA, Zeitgeschichtl. Sammlung. – Vgl. Schwend, a.a.O., S. 461. – S.a. Berichte des württ. Gesandten in München v. 2. u. 5. 8. 1932, Württ. Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 130 II, 102.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tagswahl die sachliche Arbeit wieder aufgenommen werde. Nachher solle der Staatsgerichtshof entscheiden. Er bitte die Reichsregierung, auf diesem Wege fortzuschreiten, damit Deutschland nicht untergehe. Die Schwierigkeiten, mit den Nationalsozialisten zu regieren, seien wirklich nicht so groß. Die Kommunisten wollten zerstören, aber die Nationalsozialisten wollten aufrichten. Es sei ihr Bestreben, in Deutschland wieder saubere Verhältnisse einzuführen. Die Maßnahmen der Reichsregierung seien dringend notwendig und erforderlich gewesen.

Der Vorsitzende des Thüringischen Staatsministeriums, Staatsminister *Baum*, hielt die Frage für wichtig, ob die Einsetzung des Staatskommissars auf Veranlassung irgendeiner Partei erfolgt sei. Er nehme an, daß der Reichskommissar vollständig unabhängig sei. Wir müßten wieder zu verfassungsrechtlichen Zuständen kommen. Durch die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers sei ein großer Teil des bestehenden Mißtrauens zerstört worden. Es sei Pflicht der Reichsregierung, da einzugreifen, wo sie glaube, daß Maßnahmen erforderlich seien. Auch er lege alles in die Hand des Staatsgerichtshofs. Er habe allerdings nicht verstanden, warum die Reichsregierung plötzlich das Demonstrationsverbot wieder aufgehoben habe, und er möchte gern die Gründe hierfür wissen. Er hätte diese Maßnahme nach der Reichstagswahl verstanden, aber in dieser Periode sei sie ihm unverständlich.

Die Absicht, durch eine Reichsreform Preußen dem Reich einzuverleiben, werde in Thüringen auf die größten Bedenken stoßen. Bei einer solchen Reform würden Thüringen und Hessen nicht am besten wegkommen; die Maßnahmen würden neuen Streit verursachen, und man hätte zweckmäßigerweise einen Zeitpunkt wählen sollen, wo mehr Ruhe herrsche.

Der Mecklenburg-Strelitz'sche Staatsminister *von Michael* führte aus: im Jahre 1923 habe sich kein Widerspruch gegen die Maßnahmen zur Einsetzung eines Reichskommissars für Sachsen erhoben, und die Gründe lägen heute nicht entfernt anders. Es sei auch nicht Sache des Staatsgerichtshofs, die Gründe des Herrn Reichspräsidenten für den Erlaß einer Notverordnung einer Nachprüfung zu unterziehen; eine solche Verordnung sei lediglich in das Ermessen des Reichspräsidenten gegeben. Die Reichsregierung brauche andererseits den Staatsgerichtshof nicht zu scheuen. Seine Regierung begrüße die Maßnahmen der Reichsregierung und stelle sich hinter sie.

Der Präs. Bürgermeister *Löwigt* (Lübeck) äußerte etwa folgendes: er erhebe Widerspruch gegen die Notverordnung und teile die Rechtsauffassung der Ministerpräsidenten Held und Schmitt. Er halte die Maßnahmen der Reichsregierung für sachlich nicht begründet und bestreite ebenfalls ein Zusammengehen der Kommunisten und der Sozialdemokraten. Er möchte die Frage aufwerfen, wer sich nicht schon gegen die Reichsregierung gewandt habe. Die preußischen Beamten hätten sich keiner Pflichtverletzung schuldig gemacht; wenn Severing schuldig sei, dann müsse er bestraft werden. Aber gegen die gesamte Preußische Regierung vorzugehen, halte er für verfehlt. Ebensowenig habe sich Ministerpräsident Braun schuldig gemacht. Deshalb sei kein zwingender Grund gewesen, gegen ihn vorzugehen. Weite Kreise der Arbeiterschaft hätten dieses Vorgehen mit großer Erbitterung empfunden. Dies sei vielleicht nicht die Absicht der Reichsregierung gewesen, aber der Eindruck bleibe, und die Folgen würden sich schwer rächen. Die Maßnahmen seien nicht geeignet gewesen, den Frieden im Lande zu stärken.

Der Vertreter von Anhalt und Braunschweig, Legationsrat *von Stutterheim*[25], stellte sich hinter die Reichsregierung. Er stehe auf dem Standpunkt, daß die Ver-

[25] Hermann von Stutterheim, der spätere Reichskabinettsrat und pers. Referent von Lammers in der Reichskanzlei, war von 1920–1934 Legationsrat bei der braunschweigischen und anhaltischen Gesandtschaft in Berlin.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tretung Preußens im Reichsrat durch den Reichskommissar nicht auf Schwierigkeiten stoßen werde.

Bürgermeister *Spitta* (Bremen) schilderte den scharfen Gegensatz zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Bremen. Durch das Vorgehen gegen die Preußische Staatsregierung sei in Bremen eine starke Erregung hervorgerufen. Die Regierung werde zwar Herr der Lage, er befürchte aber durch das Vorgehen die Schaffung eines Präjudizes in der Richtung, ob Mitglieder einer Landesregierung auf Grund des Artikel 48 Abs. 2 abgesetzt werden dürfen. Diese Frage mache ihm große Sorgen. Sie werde vom Staatsgerichtshof entschieden werden müssen, nicht nur wegen des preußischen Falles, sondern grundsätzlich. Sollte es zu einer Entscheidung nicht kommen, dann müsse man doch an ein Ausführungsgesetz zu Artikel 48 herangehen. Er sei dem Herrn Reichskanzler dankbar für die Erklärung, daß gegen eine Regierung, weil sie nur geschäftsführend sei, nicht herangegangen werden würde. Er sei ferner dem Herrn Reichskanzler dankbar für sein Bekenntnis zum Föderalismus.

Der Oldenburgische Ministerpräsident *Röver* erklärte, daß seine Regierung eine reine Mehrheitsregierung darstelle. Die Reichszentralgewalt müsse da, wo es erforderlich sei, auch zur Anwendung gebracht werden. Man habe in den letzten Jahren unter der Willkürherrschaft viel gelitten. Wir lebten in einer Zeit, wo die Geister sich scheiden müßten. Jetzt müsse es zu einer Klärung kommen. Die Tatsache stehe fest, daß in Preußen Zustände eingerissen seien, die zum Eingreifen zwängen. Die Reichsautorität müsse jetzt fest bleiben, dann könne sie auch in Zukunft gegen alle Vorstöße vorgehen.

Der Reichsminister des Innern Freiherr *von Gayl* begann seine Ausführungen damit, daß er erklärte, er würde auf alle Anregungen, soweit es möglich sei, erschöpfend antworten. Er fühle sich dazu berufen, da er 11 Jahre im Reichsrat gewesen sei[28], und er empfinde es als tragisch, daß er pflichtgemäß Dinge tun müsse, die nicht im Sinne der Länderregierungen liegen.

Zur Frage des Demonstrationsverbotes bemerkte er, daß der § 2 des Artikel 48 eine Milderung des Umzugsverbotes enthalte. (Der Reichsminister des Innern verliest diesen Artikel). Er beabsichtige, im Interesse der Polizei mit dem Wahlsonntage eine Art Burgfrieden einzuführen. Es sei richtig, daß seit seiner Amtsübernahme eine Änderung der Innenpolitik eingeleitet sei, und zwar dürfe man die Kreise, die bei der Reichspräsidentenwahl 13 Millionen aufgebracht hätten, nicht völlig ausschalten. Es sei seine pflichtmäßige Überzeugung, daß auf diesem Gebiet Wandel eintreten müsse. Diktatorisch zu regieren sei von ihm und seinen Ministerkollegen abgelehnt worden. Bei der erstmaligen Zusammenkunft der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats sollte daher der Versuch gemacht werden, einen gemeinsamen Standpunkt zu finden. Grundsätzlich sei die Legislative beim Reich, die Exekutive bei den Ländern. Er sei überzeugt, daß bei den anderen Ländern die Dinge sich eingespielt hätten. Die Tatsache der Wiederzulassung der Uniformen habe nicht dazu beigetragen, die Unruhe zu steigern. Die Kommunisten hätten ihre Fehlschläge bei der Wahl durch aktive Propaganda wettzumachen gesucht, um die Massen für sich zu gewinnen. Der Reichspräsident habe in seiner Notverordnung ausdrücklich betont, daß, wenn grobe Ausschreitungen sich herausstellen sollten, ein erneutes Umzugsverbot erlassen werden müsse, wie es nun auch geschehen sei. Die Aktion gegen die Preußische Regierung habe der Herr Reichskanzler so eingehend geschildert, daß er es sich versagen könne, näher darauf einzugehen. Tatsache bleibe, daß auf Grund verschiedener Geschehnisse vorgegangen werden mußte. Nach unserer inneren Überzeugung bestand die Notwendigkeit, für vorübergehende Zeit die staatlichen Machtmittel zwi-

[28] Als Vertreter der Provinz Ostpreußen.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Reich und Preußen in einer Hand zu vereinigen. Der Eingriff mußte schlagartig erfolgen, wenn er Erfolg haben sollte. Die Reichsregierung sei dauernd bespitzelt worden; interne Besprechungen seien innerhalb dreier Stunden in der Presse bekannt gewesen. Aus all diesen Gründen mußte gehandelt werden. Aber die gegenwärtige Reichsregierung denke nicht daran, Folgerungen für ein anderes Land aus den Maßnahmen gegen Preußen zu ziehen. Sie habe sich auch nur schweren Herzens zu dem Ausnahmezustand entschlossen.

Der *Reichsminister des Innern* entwickelte sodann die Gründe, weshalb der Ausnahmezustand durchgeführt werden mußte. Es sei der Reichsregierung vorgeworfen worden, daß sie damit die sogenannte kalte Reichsreform durchbringen wollte. Die Reichsreform sei notwendig, aber es sei nicht die Absicht der Reichsregierung, im gegenwärtigen Augenblick sie in Angriff zu nehmen, und er müsse den Gedanken einer Zentralisierung Deutschlands auf das schärfste von sich weisen. Dadurch würde nur eine Periode neuer Unruhe geschaffen werden. Nach der Auffassung der Reichsregierung bleibe die Erhaltung der deutschen Länder unbedingt notwendig. Man könne höchstens hie und da auf dem Wege des Staatsvertrages vorgehen. Er denke dabei an Norddeutschland mit seinen Enklaven; mit diesen müsse man an eine gemeinsame Verwaltungsreform denken. Aber es habe nie die Absicht bestanden, Preußen als solches zu zerschlagen und die Länder aufzulösen. Dagegen wäre eine Zusammenfassung verschiedener Verwaltungszweige in Reich und Preußen zu begrüßen und seiner Auffassung nach auch ohne zu große Schwierigkeiten möglich. Wenn eine Reichsreform kommen sollte, dann würde diese selbstverständlich nur im Zusammengehen mit den Ländern erfolgen.

Der Reichsminister des Innern Freiherr *von Gayl* nimmt sodann Stellung zu den Ausführungen zur Notverordnung. Ein Eingreifen gegen Preußen sollte vorbeugend wirken, und es sei erst nach reiflicher Überlegung zur Durchführung gekommen. Zwei Gesichtspunkte seien maßgebend gewesen: Zunächst sei der Reichskommissar vom Reichspräsidenten eingesetzt und befugt worden, falls notwendig, die Mitglieder des Preußischen Kabinetts zu entsetzen oder an der Ausübung ihres Amtes zu verhindern. Weiter sollte die Reichsregierung nicht gehen. Auf diesem Gedanken sei der § 1 der Notverordnung aufgebaut, und er glaube, den Wortlaut dieses Paragraphen vor dem Staatsgerichtshof rechtfertigen zu können. Der Reichskommissar habe vor einer schwierigen Situation gestanden. Er habe, gestützt auf das geltende Recht, den Staatsminister Severing gebeten, sich zu fügen. Darauf sei Staatsminister Severing nicht eingegangen, sondern habe vielmehr gedroht, die Reichsregierung wegen Verfassungsbruchs durch die preußische Polizei festsetzen zu lassen. Erst in diesem Augenblick hätten wir zur zweiten Waffe gegriffen und den Ausnahmezustand erklären müssen. Denn die Reichsregierung verfüge nicht über eine Reichspolizei, sondern höchstens über einen Amtsgehilfen. Erst unter Schutz des Ausnahmezustandes konnte die Verordnung des Reichspräsidenten zur Durchführung gelangen, und zwar sei dies in vornehmster Weise geschehen. Es seien keine parteipolitischen Maßnahmen, die die Reichsregierung gegen verschiedene Personen ergriffen habe. Unter Mitwirkung der preußischen Staatssekretäre sei die Durchführung gelungen. Nachträglich habe sich aber gezeigt, daß in einigen unpolitischen Ressorts der Widerstand sich fortsetzte. Da sei nichts anderes übrig geblieben, als auch diese Herren aus ihren Ämtern zu entfernen. Dies sei auf Grund der preußischen Beamtenbestimmungen durchgeführt worden.

Alsdann ging der Reichsminister des Innern zur Frage der Tätigkeit des Reichsrats über. Er gebe zu, daß die Situation einer eingehenden Prüfung der Rechtslage bedürfe. Insbesondere sei die Frage zu prüfen, ob ein Mitglied des Reichsrats stimmführender Bevollmächtigter bleiben dürfe, wenn er an der Ausübung seines Amtes

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verhindert sei. Von 26 preußischen Stimmen seien 13 frei[27]. Die Instruktion dieser Stimmen müsse vom zuständigen preußischen Innenminister erfolgen, nicht vom Reichskanzler. Dieser habe zwar das Recht, diese Stimmen zu instruieren, aber ob er Anspruch darauf erhebe, wisse er nicht. Es sei müßig, die Frage aufzuwerfen, ob der Reichsrat weitertagen könne oder nicht. Nach seiner Auffassung müsse er weitertagen.

Der Reichsminister des Innern gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß nach den Reichstagswahlen wieder ordnungsmäßige Verhältnisse in Deutschland eingeführt werden könnten.

Zum Abschluß drückte der *Reichskanzler* den Sprechern der einzelnen Länderregierungen seinen Dank aus für das hohe staatspolitische Niveau, auf dem die Verhandlungen geführt worden seien. Er hoffe, daß die eingehenden Besprechungen zur Klärung und Beruhigung beigetragen haben. Er betone ausdrücklich nochmals, daß eine Minderung der Länderrechte nicht beabsichtigt sei. Die Schuld an einer Minderung der Polizeihoheit, wie von verschiedenen Rednern ausgeführt worden sei, liege nicht beim Reich. Er sei dankbar für die Zusicherung der einzelnen Herren, daß sie bestrebt sein werden, sich für die Wahrung der Reichsautorität einzusetzen. Aber er müsse in diesem Zusammenhang nochmals betonen, daß der bisherige Preußische Minister des Innern sich hierzu anders ausgedrückt habe, er brauche in dieser Beziehung nur auf die Erklärungen Severings im „Vorwärts" zu verweisen. Die Autorität der Reichsregierung liege im wesentlichen in unserem eigenen Handeln. Die Länder müßten sich selbst schützen.

Bezüglich der Reichsreform habe er aus den Darlegungen der Herren Ministerpräsidenten entnehmen können, daß keine grundsätzliche Ablehnung einer solchen von den Länderregierungen erfolgen werde. Er schließe sich in dieser Frage den Ausführungen des Herrn Reichsministers des Innern dahingehend an, daß kein Zentralismus kommen solle, und daß eine Verständigung mit den Ländern auch über dieses schwierige Problem von der Reichsregierung mit allen Mitteln erstrebt werde. Es sei beispielsweise unmöglich, an eine Finanzreform heranzugehen, wenn eine andere Regierung alles sabotiere. Die Zeit dränge nun. Wir müßten innerhalb des nächsten Jahres alles tun, um eine Angleichung an die Armut der Nation durchzuführen. Es müsse die Zeit ausgenützt werden, wenn man zu einem greifbaren Resultat gelangen wolle. Alle diese Fragen müßten aber gemeinschaftlich geregelt werden, und zwar müsse man sich mit dem Reichspräsidenten zu einer Zusammenarbeit vereinigen. Der große Befreiungskampf müsse gemeinsam und geschlossen geführt werden. Er wolle mit einem Zitat des Generalfeldmarschalls von Moltke schließen: „das einzig Sichere zur Erringung des Sieges ist die Entschlußkraft, die der Führer trägt".

Nach diesen Worten schließt der Herr Reichskanzler die Sitzung, gegen ½6 Uhr[28].

---

[27] Die Hälfte der preußischen Stimmen im Reichsrat wurde von der preußischen Regierung instruiert, die andere Hälfte von den 13 Provinzen einzeln abgegeben.

[28] Folgender Satz wurde in der Niederschrift nachträglich gestrichen: „Ein Redaktionskomitee, bestehend aus den Herren Reichskanzler von Papen, Freiherr von Gayl, Ministerpräsident Held, Bürgermeister Petersen und Ministerpräsident Granzow, beschließt das in der Anlage beigefügte Communiqué über die Konferenz." – Die Kernsätze lauteten: „Die Konferenz nahm mit Befriedigung von der Zusicherung Kenntnis, daß die Reichsregierung durchaus auf föderalistischem Boden stehe und die Rechte der Länder in keiner Weise antasten wolle . . . Reichsregierung wie alle Länderregierungen waren sich darin einig, daß die Autorität der Reichsregierung und der Länderregierungen ungeschmälert aufrechterhalten werden müßte. Zu diesem Zwecke ist ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reich und Ländern beiderseits anerkannte Notwendigkeit." Nach Horkenbach, a.a.O., S. 257.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 2

Ministerbesprechung vom 25. 7. 1932

1.) *Bericht des Reichskanzlers über die Länderkonferenz in Stuttgart am 24.[29] Juli 1932[30]*

Der *Reichskanzler* berichtete, daß die Besprechung am 24. Juli[29] in Stuttgart mit den Vertretern der Länder sehr gut verlaufen sei. Er, der Reichskanzler, habe zunächst über Lausanne berichtet und sodann die Preußenfrage behandelt. Mit Ausnahme des Vertreters Badens hätten die Vertreter aller Länderregierungen erklärt, es sei sehr gut, wenn der Dualismus zwischen dem Reich und Preußen beseitigt würde. Die Vertreter Württembergs, Mecklenburg-Schwerins und Hamburgs hätten ausdrücklich betont, daß sie an sich gegen das Vorgehen der Reichsregierung gegen die frühere Preußische Staatsregierung nichts einzuwenden hätten.

Die Staats- bzw. Ministerpräsidenten Bayerns, Württembergs und Badens hätten dringend einen besonderen Vertreter der Reichsregierung für diese unruhigen Zeiten erbeten. Sowie Hessen hiervon gehört habe, habe es ausdrücklich gebeten, daß dieser Vertreter auch bei der hessischen Regierung beglaubigt werde[31].

Er, der Reichskanzler, habe den früheren Legationsrat von Lersner für diesen Posten in Aussicht genommen. Er wolle mit ihm einen Privatdienstvertrag abschließen. Die pekuniären Fragen müßten baldigst geklärt werden.

Der *Reichsminister der Finanzen* erklärte, es sei natürlich mißlich, nach Aufhebung der Vertretung der Reichsregierung in München nun abermals eine neue Vertretung zu errichten. Es müsse angestrebt werden, die Landesfinanzamtspräsidenten mehr als bisher[32] mit politischen Aufgaben zu betrauen. Er gebe jedoch zu, daß hier die Situation etwas anders liege.

Etatrechtlich sehe er die Sache so an, daß die Ausgaben mit Zustimmung des Reichsfinanzministeriums außerplanmäßig verbucht würden.

Der *Reichskanzler* stimmte dieser finanziellen Regelung zu und erklärte im übrigen, daß er noch den Sächsischen Ministerpräsidenten fragen wolle, ob er die Ernennung Herrn von Lersners als Vertreter der Reichsregierung auch bei der Sächsischen Staatsregierung wünsche[33].

---

[29] Falsche Datierung!

[30] Auf der Tagesordnung standen außerdem u. a. die Klage Preußens vor dem Staatsgerichtshof, die Rundfunkangelegenheit und die Tagung des Reichsrats.

[31] Es ist unwahrscheinlich, daß die süddeutschen Länderchefs derart dringlich einen ständigen Vertreter Berlins forderten. 1919/20 hatten sie große Energie daran gewendet, entsprechende Pläne des RMdI abzuwenden. Seinerzeit sollten die innerdeutschen Gesandtschaften der Länder abgebaut und gleichzeitig Beauftragte der Reichsregierung entsandt werden, die als Aufsichtsorgane gedacht waren und von den Ländern als solche strikt abgelehnt wurden. Gesandtschaften zwischen dem Reich und den Gliedstaaten waren verfassungsrechtlich unmöglich. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich Berlin und München auf die Umwandlung der preußischen Gesandtschaft in Bayern in eine „Vertretung der Reichsregierung in München". Der Vertreter führte den persönlichen Titel Gesandter und entstammte auf bayerischen Wunsch auch jeweils dem diplomatischen Dienst. Die Vertretung der Reichsregierung entstand am 1. April 1921, sie fiel am 31. März 1931 Sparmaßnahmen zum Opfer. Zwischen 1921 und 1927 amtierte auch in Darmstadt ein Vertreter der Reichsregierung.

[32] „als bisher" handschriftlich eingefügt.

[33] Lersner, der am 9. September 1932 ernannt wurde, bezeichnete später seine Mission als eine ausdrückliche Anerkennungsgeste zugunsten der Selbständigkeit der süddeutschen Län-

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 3

Streng vertraulich!

Bericht des Staatspräsidenten über die Konferenz der Minister- und Staatspräsidenten der Länder mit Reichskanzler von Papen in Stuttgart an die badischen Kabinettsmitglieder[34].

In dem über die obige Konferenz ausgegebenen Communiqué steht, wir hätten von den Darlegungen des Reichskanzlers „mit Befriedigung" Kenntnis genommen. Nach dem eine Dreier-Kommission das Protokoll festgelegt hatte, habe ich beim Herrn Reichskanzler privatim angeregt, das Wort „mit Befriedigung" wegzulassen. Der Reichskanzler legte aber Wert darauf, daß es drinnen steht. Meine Bedenken waren begründet; wenn man sachlich alles richtig niedergeschrieben hätte, so hätte man sagen müssen, die Ministerpräsidenten haben immerhin noch mit einigen Zweifeln Kenntnis von den Zusicherungen des Reichskanzlers genommen. Wenn der Herr Reichskanzler erklärte, er sei der erste föderalistische Reichskanzler, so widersprächen doch die Realitäten dieser Behauptung. Die Eingriffe in die Polizeihoheit der Länder, in deren Kulturhoheit beim Rundfunk, die Absetzung der Regierung in Berlin, die Beseitigung des Dualismus in Preußen, das seien Realitäten, die durch keine Erklärung widerlegt werden könnten.

Zunächst machte Reichskanzler von Papen Ausführungen über die Verhandlung in Lausanne. Er versuchte dabei die in den Zeitungen enthaltene Behauptung zu entkräften, daß ein anderer Reichskanzler mehr hätte erreichen können. Das wird später auszutragen sein. Italien sei nach Außen auf Deutschlands Seite gestanden, innerlich aber nicht. England hätte eine völlige Schwenkung nach einigen Tagen gemacht und schließlich Deutschland gedroht. Ich habe auf den Widerspruch hingewiesen, der darin liegt, daß der Reichskanzler behauptet hat, wenn die Ratifizierung unterbleibe, finde eine neue Konferenz statt, während in dem amtlichen Schreiben Englands darüber nichts steht, vielmehr ausgesprochen sei, daß ohne Ratifizierung der Rechtszustand „vor" dem Hoover Moratorium eintrete.

Zu der Klage der Länder hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Held mir persönlich gesagt, die badische Formulierung sei die beste. Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke hat auch eine entsprechende Bemerkung gemacht, ebenso hat Ministerial-

---

der, die seit Bismarck von keinem Kanzler so betont worden sei wie durch Papen. Die Darstellung Lersners (IfZ/Zeugenschrifttum 1697), wonach die süddeutschen Regierungschefs, einschließlich des sächsischen und thüringischen, bei der Stuttgarter Konferenz nach einem „Botschafter" des Reichs geradezu gefleht haben sollen, klingt ebenso unglaubwürdig wie die dürftige Motivierung durch Papen und Lersner. Aretin, a.a.O., S. 107f., schreibt sich das Verdienst an der Entsendung Lersners nach Süddeutschland zu. Den Hauptgrund dürfte aber doch nachträglich Lersner selbst genannt haben: „Der Reichskanzler hat mich hinuntergeschickt nach München und hat mir gesagt, die wichtigste Aufgabe meines Lebens wäre es, zu sorgen, daß man dort Ruhe behalte und nicht irgendwelche Extratouren oder weitergehende Sachen mache." (IfZ/Zs 1697). Nach dem Rücktritt Papens zeigte sich Lersner nur noch einmal in München, am 6. 2. 1933. Ministerpräsident Held behandelte ihn zu diesem Zeitpunkt als Privatmann. S. Bericht des württ. Gesandten in München v. 7. 2. 1933, Württ. Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 130 II, 102.

[34] Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des badischen Staatsministeriums vom 25. Juli 1932.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

direktor Dr. Brecht unsere Sache übernommen[35]. Ich habe außerdem in Stuttgart behauptet, wenn Preußen ein Darlehen braucht, so kann ein solches nur die alte Regierung aufnehmen. Im Namen des Landes kann ein Reichskommissar ein Darlehen nicht aufnehmen. Die Frage wird übrigens nicht vom Staatsgerichtshof beantwortet werden, sondern von den Banken.

Der wichtigste Punkt unserer Auffassung betrifft den Reichsrat. Innenminister von Gayl erklärte – teilweise zustimmend –, er müsse sich überlegen, ob er bei der Abstimmung im Reichsrat die preußischen Stimmen noch mitzählen könne[36].

In den Zeitungen lese ich, daß die bisherigen preußischen Minister Entlassungsurkunden bekommen und die neuen Minister den Ministereid geleistet hätten. Nach unserer Auffassung ist das rechtlich unzulässig.

Reichskanzler von Papen hat bei der Konferenz ausdrücklich bestätigt, daß das was bei der Verhandlung in der preußischen Zentrumsfraktion über die preußische Regierungsbildung, über die Tolerierung seiner Regierung durch Hitler behauptet wurde, richtig sei, insbesondere bestätigte er die Bedingungen der Nationalsozialisten für die Bildung der preußischen Regierung, insbesondere die Forderung, das Zentrum müsse die Regierung Papen tolerieren.

Der Reichskanzler sprach weiter von der antifaschistischen Front vom Zentrum bis zur Kommunistischen Partei. Ich habe dagegen Widerspruch erhoben; mit den Kommunisten habe das Zentrum nichts zu tun. Weiter habe ich behauptet, daß bei Severings Weigerung freiwillig zu gehen der militärische Ausnahmezustand in diesem Umfang nicht notwendig gewesen sei. Darauf erklärte der Reichsinnenminister, Severing habe, als ihm gesagt wurde, er solle ausscheiden, dem Sinn nach geantwortet, nur er sei im Besitze der Gewalt; er werde prüfen ob er nicht die Verfassungsbrecher in der Reichsregierung verhaften lassen müsse. Daraufhin sei der Ausnahmezustand verhängt worden.

Wenn eine solche Bemerkung gemacht worden wäre, würde ich sie nicht als glücklich betrachten. Reichsinnenminister von Gayl sagte, er wolle *diese* Sache nicht in die Öffentlichkeit bringen. Weiter wurde gesagt, ein hoher Staatsbeamter hätte vorgehabt, die Legalität[37] der kommunistischen Partei nachweisen zu wollen, dadurch, daß er sie veranlaßt habe, ordnungsmäßige Befehle in Geheimform zu erlassen. Diese sollten dann von der preußischen Polizei beschlagnahmt werden, damit die Legalität der Kommunisten auf diese Weise nachgewiesen werde. In dieser Sache hat schon Minister Hirtsiefer ein Schreiben an die süddeutschen Minister gerichtet. In dem dienstlichen Bericht des Herrn Staatssekretärs Abegg wird aber die Sache ganz anders dargestellt. Er habe die Kommunisten kommen lassen und gebeten von einer Katastrophenpolitik abzusehen. Der Kommunistenführer habe gesagt, wenn wir Befehle erlassen, so glauben uns die Leute nicht. Abegg hätte ihnen dann geraten, die Befehle in Form eines Geheimbefehls zu machen. Die weiteren Auslassungen seien alle scherzhaft gemeint gewesen. Er bestreitet die Absicht gehabt zu haben, mit Geheimbefehlen zu arbeiten, damit er sie beschlagnahmen könne, um die Loyalität der Kommunisten nachzuweisen. – *Solche Scherze müßte man nicht machen!* Von uns wurde entgegengehalten[38], selbst wenn solche Sachen vorgekommen sind, könne man noch nicht von einer Nichterfüllung einer Verpflichtung nach Art. 48 Abs. 1 RV reden. Der Reichskanzler hätte das dem zuständigen Minister sagen müssen und erst

[35] S. Arnold Brecht, Mit der Kraft des Geistes, Lebenserinnerungen 1927–1967, Stuttgart 1967, S. 180ff.

[36] Im Text gestrichen: „Es wäre das beste, wenn die Länder in dieser Frage einen gemeinsamen Antrag stellen würden."

[37] Handschriftlich eingefügt, ursprünglich „Loyalität" gestrichen.

[38] Gestrichen: „– und das steht auch in dem Gutachten von Anschütz –".

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dann wäre ein Einschreiten begründet gewesen, wenn Severing Gegenmaßnahmen gegen Abegg abgelehnt hätte und Zustände wie seinerzeit in Sachsen und Thüringen entstanden wären. Dort ist bekanntlich der Reichskommissar erst nach vorausgegangenem Widerstand eingesetzt worden.

Von Reichsseite wurde dann hervorgehoben, daß die preußische Polizei den – kommunistischen – internationalen Transportarbeiterverband in Altona zugelassen habe, entgegen der Warnung des Auswärtigen Amtes und entgegen dem Verfahren in Hamburg.

Im weiteren Verlauf der Aussprache erklärte der Reichskanzler, er wolle die Autorität der Länder stärken. Es sei falsch, wenn behauptet werde, er hänge von den Nationalsozialisten ab.

Innenminister von Gayl erklärte, die erwähnte Behauptung sei ein Unrecht. Es sei ein Zufall, daß die nationalsozialistischen Forderungen in dem Augenblicke kämen, wo vom Reich die entsprechenden Maßnahmen schon getroffen seien. Ich habe erklärt, daß ich an Bindungen mit den Nationalsozialisten glauben müsse, weil ihre Wünsche großenteils erfüllt seien, daß ich nicht an den Zufall glaube, und weil, was aus den abgegebenen Erklärungen hervorgehe, von den Nationalsozialisten doch eine Tolerierungspolitik getrieben werde.

Weiter wurde gesagt, in Süddeutschland sei auch die Beamtenpolitik besser gewesen als in Preußen. Man hätte z. B. in Baden nur Beamte mit entsprechender Vorbildung angestellt.

Was die Kommunisten angeht, so haben sowohl der Reichskanzler als der Reichsinnenminister erklärt, daß sie nicht daran denken, die kommunistische Partei aufzuheben. Der bayerische Ministerpräsident hat gewarnt, *vor* den Wahlen ein Verbot zu erlassen. Ich habe erklärt, daß die Aufhebung der K.P.D. *nach* der Wahl noch schlimmer wäre. *Wenn* das gemacht würde mit dem Ziele, sie aus dem Reichstag zu beseitigen und mit der Wirkung, daß eine Rechtsmehrheit entstehe, so würden wir das für unmöglich halten, weil die Schaffung einer derartigen Mehrheit gegen die Verfassung ist. Die beiden Herren erklärten wiederholt, daß sie nicht daran denken.

Unter Hinweis auf badische Fälle habe ich dann die Wiedereinführung des Uniformverbots verlangt. Ich habe weiter gefordert, daß am Wahltag und am Tag nach der Wahl die sogenannten S.A.-Alarmbereitschaften verboten werden. Reichsinnenminister von Gayl erklärte, man beabsichtige vom Wahlsonntag ab einen Gottesfrieden einzuführen, d. h. auf etwa 14 Tage alles zu verbieten, was überhaupt verboten werden kann. Vielleicht beginnt das Verbot schon am Wahltag. Ich habe erklärt, der Entscheid dürfe nicht erst am Samstag bekanntgegeben werden, sondern das müsse schon früher geschehen. Der Tag des Beginns der Wirkung einer solchen Vorschrift, so erklärte der Reichsinnenminister, müsse entweder der Samstag oder Sonntag sein.

Reichsinnenminister von Gayl anerkannte die Notwendigkeit der möglichst baldigen Bekanntgabe entsprechender Anordnungen.

Hinsichtlich des Uniformverbotes habe ich weiter darauf hingewiesen, daß es keine größere Autoritätsschädigung für das Reich geben könne als zuerst ein Verbot zu erlassen, dann aufzuheben und dann wieder einen Teil zu verbieten, so daß die Bevölkerung nicht wisse, was eigentlich sein soll.

Der Reichskanzler erklärte, die Länder sollten Vertrauen haben; er würde heute und künftig *gegen* das Drängen der Nationalsozialisten mit den Ländern verhandeln. Er wolle wieder eine (Reichs-)Gesandtschaft in München für Bayern, Württemberg und Baden einführen, und habe hierfür den Freiherrn von Lersner in Aussicht genommen. Dieser werde beauftragt, mit den Ländern Beziehungen zu unterhalten[39].

[39] Gestrichen: „Mein Eindruck war: Dilettantismus überall."

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die schärfste Sprache hat Ministerpräsident Bolz geführt. Er erklärte, er verweigere der Reichsregierung jedes Vertrauen[40].

Was die Vollmachten zu der Notverordnung gegen Preußen angeht, so erfuhr man, daß sie nicht erst neuerdings geholt worden sind, sondern schon früher, damit man für alles gerüstet ist.

Ministerpräsident Held teilte mit, er habe am Tage vor Erlaß der Notverordnung in Berlin angefragt, ob für Preußen der Reichskommissar komme. In Abwesenheit des Herrn Blank[41] habe ein anderer Referent erklärt, man denke nicht daran. Auf die Frage des Herrn Held, wie dieser Widerspruch aufzuklären sei, wurde geantwortet, es gäbe Dinge, die man nicht sagen könne. – (Aus diesem Vorkommnis kann man allerdings einigen Verdacht gegen die erneuten Zusicherungen des Reichskanzlers schöpfen.)

Innenminister von Gayl sagte, man könne zwar nicht voraussehen, was noch geschehen müsse. Aber der preußische Fall solle keine weiteren Folgen haben. Er erklärte weiter, *für ihn sei folgendes eine Kabinettsfrage: Er würde nicht bleiben, wenn sein Wille gegen Zentralisation und gegen Verprovinzialisierung nicht durchgeführt werde.* Er wolle Staatsverträge haben zur Einigung der Länder. Preußen dürfe nicht zerschlagen werden in Länder neuen Rechtes. Die Reichsreform sei nur durch Verständigung mit den Ländern möglich.

Ich habe keinen Zweifel in den guten Willen[42], aber die Frage ist die, ob die Herren in der Regierung bleiben oder ob die Tatsachen nicht stärker sind als der Wille.

Bezüglich des Reichsrats bemerkte Herr von Gayl, ihm sei es fraglich, ob der Reichsrat noch arbeitsfähig sei. Ich habe dann gefragt, wie sich die Dinge entwickeln, wenn etwa Bayern und Hessen Reichskommissare bekämen. Es mache keinen Unterschied, ob der Reichskanzler dann selbst in den Reichsrat gehe oder ob er Beamte hinschicke. Schließlich hingen alle Stimmen vom Reichskommissar ab. Mit Rücksicht darauf ist die Aussprache über den Rundfunk im Reichsrat abgesetzt worden.

Weiter habe ich bemerkt, man müsse den Ausnahmezustand in Preußen raschestens beseitigen. In Berlin herrsche Ordnung und wenn es sich nur darum gehandelt hätte, Severing zu beseitigen, wären einfachere Mittel hinreichend gewesen. Man hätte auch den Belagerungszustand lediglich einführen können zum Zwecke der Ausführung dieser Maßnahme, aber mehr sei nicht nötig gewesen.

Zusammenfassung

Der Reichskanzler betonte, er wolle keine Minderung der Länderrechte, die Wahlen bleiben, in der Frage des Reichsrats denkt von Papen wie von Gayl (der seine Meinung hierüber vorher in der Konferenz selbständig vorgetragen hatte). Der Reichskanzler bestritt die Abhängigkeit der Regierung von der N.S.D.A.P., in der Frage der Reichsreform werde kein Zentralismus angestrebt, sondern Verständigung mit den Ländern und Zusammenarbeit mit ihnen, ein Verbot der K.P.D. sei nicht beabsichtigt.

Innerlich unbefriedigter bin ich noch von keiner Konferenz fortgegangen. Ich habe aber den Eindruck, daß die Kundgebung *nach außen eine wesentliche Entspannung der Lage gebracht hat.* Bemerkenswert war, daß Reichsinnenminister von Gayl eine Kausalität zwischen Uniform und Blutvergießen nicht anerkennen wollte.

---

[40] Gestrichen: „So scharf waren wir nicht."

[41] Richtig: Planck.

[42] Gestrichen: „so erklärte ich Herrn von Gayl,".

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

EDITION VON AKTEN ZUR VORGESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK 1945–1949

Das Bundesarchiv, Koblenz, und das Institut für Zeitgeschichte, München, haben vereinbart, gemeinsam eine Edition von Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik 1945–1949 zu veranstalten. Es wird damit das Ziel verfolgt, Umfang und Entwicklung des Handlungsspielraums westdeutscher Organe oberhalb der Ebene der Länder, die von ihnen angestrebten Lösungen wichtiger innerdeutscher Nachkriegsprobleme, die Inhalte und die allmähliche Emanzipation eines eigenständigen politischen Willens sowie die Schaffung eigenständiger staatlicher Organe unter den Bedingungen des Besatzungsregimes auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik aufzuzeigen und dokumentarisch zu veranschaulichen. Das gemeinsame Editionsprogramm bezieht sich dementsprechend primär auf Verhandlungsprotokolle und Akten solcher zonaler und interzonaler Behörden, die in den Jahren 1945–1949 oberhalb der Länderebene entstanden bzw. sich mit gemeinsamen Problemen der Länder und Zonen in Westdeutschland befaßten (Länderrat der amerikanischen Zone, Zonenbeirat der britischen Zone, Ministerpräsidentenkonferenzen, Organe des Vereinigten Wirtschaftsgebietes u. ä.).

Der Gesamtumfang des Editionsprogramms wird auf vier Bände von jeweils etwa 600 Druckseiten geschätzt. Der erste Band soll die Zeit von Oktober 1945 bis Dezember 1946 umfassen. Er stützt sich vor allem auf die Akten des Länderrats und des Zonenbeirats 1945/46 und wird von Walter Vogel (BA) in Verbindung mit Christoph Weisz (IfZ) bearbeitet.

H. Kr.

EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KIRCHLICHE ZEITGESCHICHTE

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat beschlossen, einem Antrag der bisherigen „Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes" auf Umbenennung in „Evangelische Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte" stattzugeben.

In dieser Umbenennung kommt zum Ausdruck, daß sich der Forschungsbereich der neuen Arbeitsgemeinschaft von nun an nicht mehr allein auf die Zeit von 1933–45 erstreckt, sondern darüber hinaus auf die kirchliche Zeitgeschichte überhaupt, d.h. auf die Zeit von etwa 1918 bis zur Gegenwart.

Den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft führt nach wie vor Prof. D. Dr. Dr. Ernst Wolf, 34 Göttingen, Merkelstr. 49. Im Zuge der Umbenennung berief der Rat der EKD Herrn Prof. Dr. Klaus Scholder (Tübingen) zum neuen Mitglied. – Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft befindet sich in 8 München 13, Georgenstr. 7, im Seminargebäude der ev.-theol. Fakultät.

Die Aufgaben der neuen Arbeitsgemeinschaft bestehen zunächst darin, die schon von der „Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes" geplanten und eingeleiteten Forschungsvorhaben abzuwickeln. Hier geht es um folgendes:

a) Anregung und Betreuung von wissenschaftlichen Arbeiten im Bereich des Kirchenkampfes (der kirchlichen Zeitgeschichte), die dann in den „Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes" (AGK) bzw. in einer Ergänzungsreihe zu den AGK veröffentlicht werden (Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen). Von den AGK sind bisland 22 Bände erschienen,

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drei weitere befinden sich im Druck. Ein zweiter Band mit Gesammelten Aufsätzen zur Geschichte des Kirchenkampfes, der auch einen Teil der Beiträge der Münchner Tagung zur Geschichte des Kirchenkampfes vom Oktober/November 1969 aufnehmen soll, wird vorbereitet und 1971 erscheinen. – In der Ergänzungsreihe zu den AGK sind bislang sieben Bände erschienen.

b) Vorbereitet wird eine auf 8–10 Bände geplante Dokumentation zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches 1933–45. In dieser Dokumentation werden die wichtigsten und repräsentativsten staatlichen und parteiamtlichen Äußerungen zur Kirchenfrage abgedruckt und insoweit erläutert, wie es für das Verständnis des historischen Zusammenhangs notwendig ist. Außerdem werden kurze biographische Notizen über die in den Dokumenten erwähnten Personen zugefügt.

Der erste Band dieser Dokumentation, der das Jahr 1933 umfaßt, ist soeben in den Druck gegangen und wird Anfang 1971 im Chr. Kaiser-Verlag München erscheinen.

c) Vorgesehen ist weiterhin eine größere Dokumentation von *kirchlichen* Quellen für die Jahre 1933–35 und 1937–1945. Eine zeitgenössische Dokumentation über die Anfangsjahre des Kirchenkampfes liegt in den 3 Bänden der „Bekenntnisse und grundsätzlichen Äußerungen zur Kirchenfrage", hg. von K. D. Schmidt, vor (Göttingen 1934–36); für die Zeit des Reichskirchenausschusses 1935–37 wird diese Sammlung ergänzt durch die ebenfalls von K. D. Schmidt hg. „Dokumente des Kirchenkampfes II" (AGK 13/14, Göttingen 1964/65). Diese Dokumentationen genügen allerdings nicht mehr den Anforderungen moderner zeitgeschichtlicher Forschung. Ihre Fortführung und eine etwaige Neuauflage werden den bei der Edition der „Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches" (vgl. b) befolgten editionstechnischen Prinzipien sich anschließen.

d) Weitere Perspektiven für die Erforschung der kirchlichen Zeitgeschichte sollen im Zusammenhang mit einer zweiten internationalen Tagung über Probleme der Erforschung kirchlicher Zeitgeschichte entwickelt werden, die für 1971/72 geplant ist.

Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft richtet im Interesse der Koordinierung der Arbeit an der kirchlichen Zeitgeschichte eine zentrale Auskunftsstelle ein. Sie bittet um Mitteilung, wo im Bereich ihres Forschungszeitraumes Themen für Staatsexamina, Dissertationen, Habilitationen etc. vergeben werden bzw. Monographien, Autobiographien, Memoiren usw. entstehen.

In diesem Zusammenhang wird ferner darauf hingewiesen, daß die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte gern alle einschlägigen Zeitschriften und Zeitungen, Bücher, Schriften und private oder behördliche Nachlässe aus der Zeit nach 1918 übernimmt, um ihr Archiv und ihre Bibliothek weiter auszubauen. *Carsten Nicolaisen*

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Wolfgang Benz, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, 8 München 80, Möhlstraße 26.

Dr. Léopold-Joseph Bonny Duala-M'bedy, ordentlicher Professor für politische Wissenschaften an der Universität Yaunde, Kamerun; B. P. 317, Yaoundé, Cameroun.

Fil.kand. Henrik Lindgren, Assistent am Historischen Institut der Universität Stockholm; Stockholm, Baltzar von Platens gata 6/IV (c/o Wattrang), Schweden.

Dr. Carsten Nicolaisen, Geschäftsführer der Ev. Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte, 8 München 13, Georgenstr. 7.

Doct. ès lettres Pierre Renouvin, emer. ordentl. Professor für neuere Geschichte an der Sorbonne; 2, Boulevard St. Germain, Paris-V^e^, Frankreich.

Jahrgang 18 (1970), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte